

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigenzeile über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf. (zweifach 2-fachgedruckt Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Verfahren „Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Welfen.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Auch in der sozialdemokratischen Partei herrschen vielfach ganz falsche Ansichten über die welfische Partei, sofern man dieser kleinen Gruppe überhaupt Beachtung schenkt. Man sieht in den Welfen ein Häuflein altmodischer Eigenbrödlar, die sich immer noch nicht mit der Annektierung Hannovers durch Preußen und der damit im engsten Zusammenhang stehenden Zerstückelung des Cumberländers, des legitimen Thronerben von Hannover und Braunschweig, vom braunschweigischen Herzogsthron abgefunden haben. Man hält sie für ehrliche Monarchisten, die in dem Wahne leben, daß Recht vor Macht gehen müsse, für Leute, die mit den idealen Triebfedern ihrer politischen Haltung gewissermaßen im Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung stehen und als Ausnahme nur die Regel bestätigen. Man tut damit den Welfen unrecht oder man schätzt sie vielmehr viel zu hoch ein.

Die welfische Partei, die wieder, so klein sie ist, in verschiedenen Seitengruppen zerfällt, steht auf einer durchaus materialistischen Grundlage, sie ist nicht, wie sie sich nennt, eine Rechtspartei, sondern eine Machtpartei. Sie gehört zu den reaktionären Parteigebilden, die der Bund der Landwirte ihrer Eigenbrödelerei entleidet und sich vollständig dienstbar gemacht hat. Sie dient unter dem welfischen Deckmantel großagrarischen Interessen. Der welfische Gedanke wird in der welfischen Partei von deren Führern nicht deshalb aufrechterhalten, weil sie noch an eine Wiederherstellung des Königreichs Hannover oder an eine Befreiung des braunschweigischen Thrones mit dem Herzog von Cumberland glauben, sondern weil sich mit der Welfenflagge eine große Masse von Reichstagswählern für den Bund der Landwirte einfangen läßt, die sich eigentlich durch die Ziele und die Tätigkeit dieses Bundes, der ihre wirtschaftlichen Interessen schwer schädigt, abgestoßen fühlen müßten. Wie die Agrarier in Altpreußen die politisch indifferente Masse mit der nationalen Sammelparole einfangen, so fangen sie sie in dem preußenfeindlichen Hannover und Braunschweig mit der welfischen Parole ein. Es ist deshalb ein schlauer Schachzug Niederich Sahn's, daß er in Hannover soweit wie möglich von den Nationalliberalen abtrüdt, sie nach allen Regeln demagogischer Kunst schlecht macht und ihre Vernichtung in Aussicht stellt; er gewinnt dadurch die welfisch denkenden Hannoveraner, die in den Nationalliberalen ihren größten Feind erblicken, für den Bund der Landwirte und die großagrarische Zollpolitik. Damit hofft er, nicht mit Unrecht, bei den nächsten Reichstagswahlen glänzende Geschäfte zu machen. Der selbe Bund der Landwirte, der in Altpreußen eins ist mit den hochbaurussischen Konservativen, stellt sich in Hannover und Braunschweig welfisch und glaubt dadurch auch bei den städtischen und industriellen Wählern die vom schwarz-blauen Bloß gemachte Reichsfinanzreform in den Hintergrund treten lassen zu können und selbst die einzufangen, die durch die Folgen der Reichsfinanzreform in tiefer Erbitterung versetzt worden sind. Die gleiche Taktik befolgen die braunschweigischen Welfen.

Das zeigte der Parteitag der braunschweigischen Landes-Rechtspartei, der am Sonntag in Schöppenstedt stattfand. Diese Partei faßt die Mehrzahl der braunschweigischen Welfen zusammen, deren Kinderheit durch eine ausgesprochen konservativ-agrarische Gruppe vertreten wird. Diese Landes-Rechtspartei erklärt, sich in wirtschaftliche Fragen nicht einzumischen, hier ihren Mitgliedern vielmehr völlig freie Hand zu lassen. Der einigende Gesichtspunkt soll nur die welfische Gesinnung sein, die Treue zum verbannten Herzogshause, der Wunsch, den Cumberländer auf dem braunschweigischen Herzogsthron zu sehen. Da unter dem letzten Welfenherzoge in Braunschweig ein verhältnismäßig liberales Regiment geführt wurde, dem unter dem Prinzregenten Albrecht von Preußen ein von schwarzem Mundergestein durchtränktes reaktionäres Vorrußenregiment folgte, das auch unter dem Weidenburger andauernde, ist die Erinnerung an die bessere Welfenzeit nicht erloschen. Es finden sich deshalb in allen Klassen, selbst in der unaufgeklärten Arbeiterklasse noch zahlreiche Welfen, die von der Rückkehr des Cumberländers bessere Zeiten erhoffen. Die Landes-Rechtspartei stützt sich also auf alle Klassen. Vornehmlich hat sie im Handwerkerstande und bei den Kleinbauern Anhänger. Es ist klar, daß dem Bunde der Landwirte eine solche Partei, als Zubringerin von Wählermassen, die sein eigenes Programm nicht befechten kann, nur willkommen sein muß. Aber die Welfen dürfen sich auch wiederum nicht offen zu der großagrarisches Politik bekennen, weil sie sonst einem großen Teil ihrer Partei vor den Kopf stoßen würden.

Der nominelle Führer der braunschweigischen Landes-Rechtspartei ist der Graf von der Schulenburg-Gehlen, der voranschickliche braunschweigische Staatsminister nach der Rückkehr des Cumberländers. Graf Schulenburg ist ein ehrlicher Vorkämpfer, der nur seinem „gnädigen Herrn“ in Emsünden dienen will. Der dynastische Gedanke ist für ihn allein maßgebend. Sonst ist er, trotz des feudalen Grafentitels, ein verhältnismäßig freidenkender Mann und ein Feind der konservativen Reichspolitik. Der wirkliche Führer der Partei ist jedoch der Rechtsanwält und Notar Dedekind in Braunschweig, der dem alten Vorkämpfer zwar freie Hand

läßt, um auch freitheitlich denkende Kreise an die Partei zu fesseln, aber in geschickter und vorsichtiger Weise die ganze Partei dem Bunde der Landwirte zuführt.

Der „Volksfreund“ hat das alles den Welfen schon wiederholt auf den Kopf zugehakt. Jetzt hat es der Schöppenstedter Parteitag bestätigt. Auf diesem Parteitage hielt Graf Schulenburg ein Referat über die allgemeine politische Lage. Der alte Herr schwingt sich wohlweislich über die Reichsfinanzreform aus, obwohl er früher die agrarische Zollpolitik, das indirekte Steuersystem, die Geldverschwendung für Militär, Flotte und Kolonien kräftig verurteilt hatte. Er nahm sich diesmal nur die Marokkofrage vor, wobei es allerdings recht interessant war, von einem feudalen Grafen eine Rede gegen die Kriegsbegehr zu hören, die selbst bei der Friedensdemonstration im Treptower Park Weisfall gefunden hätte. Nach Schulenburg referierte ein Dachdeckermeister über das braunschweigische Landtagswahlrecht. Auch ein Sozialdemokrat hätte das Dreifloßwahlrecht und den Wechselhaß der an ihm festhaltenden geplanten Wahlreform nicht gründlicher zerpfänden können. Der Dachdeckermeister, der sich mit Stolz gern als freien Mann bezeichnet, war rot wie ein gefochter Krebs.

Das waren die radikalen Vorläufer, die bei der freidenkenden Bevölkerung Stimmung für die Welfen machen. Nun trat jedoch der agrarische Revolutionshebel auf die Bühne. Rechtsanwält Dedekind brachte das Kunststück fertig, aus den Referaten seiner Vordruder die verblüffende Folgerung zu ziehen, daß man die welfische Sache nicht besser fördern könne, als wenn man bei den nächsten Reichstagswahlen mit dem schwarz-blauen Bloß gehe! Die intimsten Feinde der Welfen seien die Nationalliberalen. Die Reichsfinanzreform habe diese von den rechtsstehenden Parteien getrennt. Seine intimsten Feinde suche man selbstverständlich zu vernichten, also müßten sich die Welfen den rechtsstehenden Parteien anschließen. Wirtschaftliche Fragen kämen nicht in Betracht, da sie nicht im Programm der Landes-Rechtspartei ständen. Es wäre allerdings für Herrn Dedekind auch sehr gefährlich gewesen, sich heute auf die Reichsfinanzreform einzulassen, an der Graf Schulenburg früher kein gutes Haar gelassen hatte, die aber doch von denselben rechtsstehenden Parteien angenommen worden ist, denen jetzt die Welfen Gefolgschaft leisten wollen.

Der Parteitag hatte gegen diese ungeheuerliche Zumutung nichts einzuwenden, obwohl die Delegierten zum größten Teil kleine Leute waren, die an der agrarischen Zollpolitik schwer zu tragen haben. Sie ließen sich willig durch die Verherrlichung der „Mittelstandsfreundlichkeit“ des schwarz-blauen Bloßes Drei um den Mund schmieren.

Der Anschluß der Welfen an den Bund der Landwirte ist im 2. braunschweigischen Reichstagswahlkreise schon perfekt. Dort haben die Antisemiten, die Christlichsozialen, der Bund der Landwirte, der Schutzverband für Handel und Gewerbe, unter welchem Namen jetzt in Braunschweig der Reichsverband liegt, und die Welfen den welfischen Konservativen v. Damm aufgestellt, der im gegenwärtigen Reichstage als Vertreter des dritten braunschweigischen Wahlkreises der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ angehört und die ganze Finanzreform des schwarz-blauen Bloßes mitgemacht hat.

Im ersten und dritten Wahlkreise sind die welfischen Kandidaten noch nicht nominiert, doch dürften ähnliche Kombinationen zu erwarten sein. Während man also im Reich mit der nationalen Phrase die politisch indifferente Masse einzufangen sucht, geht im Herzogtum Braunschweig und voraussichtlich auch in Hannover der Bund der Landwirte mit der reichsfeindlichen welfischen Parole krebien. Und der Reichsverband geht mit ihm.

Man sollte nun glauben, daß eine Wahlparole, die nur auf den welfischen Haß gegen die Nationalliberalen aufgebaut ist, eine gegenwertige Stützstütze zwischen Welfen und Konservativen unmöglich machen müßte. Dem ist jedoch nicht so. Dedekind strich, nachdem er kaum die Nationalliberalen die intimsten Feinde der Welfen genannt und ihre Bekämpfung als vornehmste Aufgabe der nächsten Reichstagswahl hingestellt hat, der Nationalliberalen gleich wieder den Vort, indem er meinte, es gäbe in Braunschweig auch anständige Nationalliberale, mit denen man zur Not verhandeln könnte. Das heißt, wenn ein Welfe mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt, will man seine intimsten Feinde zu Hilfe rufen, und wenn der intime Feind mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl kommt, wird der ehrliche Welfe seinem intimsten Feinde unter die Arme greifen.

Man sieht, die politische Korruption kann anderswo kaum schlimmer sein als unter den Welfen, die man hier und da immer noch für monarchische Idealisten hält, die aber nur die Landsknechte des Bundes der Landwirte sind, dem ihre Führer unter Vorpiegelung falscher Tatsachen das Stimmvieh zuführen.

## Die Marokkoeffäre.

Der angekündigte Ministerrat hat am Dienstag nachmittag stattgefunden. Es wurde über die Antwort Frankreichs auf Deutschlands Vorschläge beraten. Die endgültige Festsetzung des Textes wird aber erst in einem zweiten Ministerrat, der Ende der Woche abgehalten werden soll, stattfinden. Die französische Presse hält trotz der deutschen offiziellen Gegenbehauptungen an der Ansicht fest, Deutschland

fordere in Marokko Sonderrechte und Privilegien. Die französische Antwort werde in dieser Frage keine Nachgiebigkeit zeigen können, im übrigen aber versöhnlich lauten.

Verzeichnen wollen wir noch eine Meldung der New Yorker „Financial News“, die von einem einflussreichen Direktor einer Berliner Großbank die Mitteilung erhalten haben will, daß Wilhelm II. lieber den Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter aus dem Amte scheiden lassen wolle, als Deutschland in einen Krieg mit Frankreich verwickeln zu lassen. Die Meldung enthält zwar nur etwas, was selbstverständlich sein sollte, wird aber schon deshalb demontiert werden um Wilhelm II. nicht wieder dem Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“, den die alldeutschen Narren sofort erheben würden, auszuweichen.

#### Ein Dementi.

Das von einem hiesigen Abendblatt verzeichnete Gerücht über die Ablösung des Kreuzers „Berlin“ vor Agadir durch ein Kriegsschiff einer neutralen Macht ist nach Erkundigungen von Wolffs Telegraphischem Bureau nicht begründet.

Schade! Eine solche Maßregel wäre durchaus vernünftig und könnte auf die Verhandlungen mit Frankreich nur günstig einwirken.

#### Eine englische Stimme.

London, 12. September. Die „Daily News“ schreibt: Deutschlands Verzicht auf Gebietsansprüche in Marokko und seine Bereitwilligkeit, das französische Protektorat anzuerkennen, zeigen, daß Deutschland nicht unnachgiebig ist. Die logische Folgerung der französischen Haltung wäre nicht nur die Verweigerung deutscher Sonderprivilegien, sondern auch die Ausschließung der anderen Mächte, an der Entwicklung Marokkos Anteil zu haben.

## Der Parteitag in Jena.

Jena, den 12. September.

#### Zweiter Tag.

Nach der heftigen leidenschaftlichen Debatte in der gestrigen Nachmittags Sitzung ist eine gewisse Ermüderung eingetreten. Die Gründe sind verbraucht, es läßt sich nur noch bereits Gesagtes wiederholen und tatsächlich sind es denn auch meist bloße Variationen gestriger Reden, die heute die Redner nach der Eröffnung der Sitzung vortragen — zum Teil allerdings recht geschickte Variationen. So läßt sich nicht leugnen, daß von ihren verschiedenen politischen Standpunkten aus die Genossen Wittmann, Diebnecht, Gente und David sehr geschickt sprechen und argumentieren. Die etwas abgefaule Stimmung unter den Parteitag delegierten hindert nicht, daß einige Redner durch ihre protzige, scharfe Ausdruckweise wiederholt bald bei den Radikalen bald bei den Revisionisten heftigen Protest hervorrufen. Das gilt besonders vom Genossen Fischer-Berlin, der die Kritik an den Maßnahmen des Parteivorstandes als ein Kesseltreiben bezeichnet und sich, indem er seinem hitzigen Temperament die Zügel schießen läßt, heftige Ausfälle gegen die Radikalen leistet, die er als rabulische Jeremiaße bezeichnet. Besonders wirft er dem Genossen Ledebour persönliche Gefälligkeit und Wichtigkeit vor. Anders Genosse Eduard Bernstein, der seinem Freunde MacDonald, dem Führer der Independent Labour Party, ein Loblied singt und das politische Verhalten der englischen Korrespondenten der größeren deutschen Parteiblätter, auch des „Vorwärts“, belügt, in deren politischer Kritik manche englische Arbeiterführer eine persönliche Verunglimpfung erblicken. Geschickt spricht auch Genossin Lugenburg, die sich gegen die Angriffe Wollenbüchse und Webers verteidigt. Wenn sie Indiskretionen begangen hätte, so noch viel größere Webers selbst durch die Mitteilung eines Gesprächs mit Guchmans. Genugtuung hätte sie doch empfunden, als sie gesehen hätte, von welcher Seite der rauschende Applaus gekommen wäre, als Webers seine Angriffe gegen sie beendet hätte. Gestalteten hätten nur die Männer aus dem Saale, die Revisionisten, — eine ganz unrichtige Behauptung, die auch den heftigen Widerspruch der Mehrheit des Parteitages hervorrief. Nachdem noch die Genossen Ledebour, Gente, Luise Fleg und Ed. David gesprochen hatten, nimmt Webers das Wort. Er stimmt im wesentlichen den Ausführungen Davids über die Marokkofrage zu, erörtert nochmals den Briefwechsel des Parteivorstandes mit dem Internationalen Bureau, widerlegt den Vorwurf, er hätte Indiskretionen begangen und weist auf's Schärfste Ledebours Behauptung zurück, er hätte sich von andern schieben lassen.

Es sprechen noch einige weitere Redner, dann erfolgt auf Antrag Leuth-Hamburg Schluß der Debatte. Doch die erhitzen Gemüter vermögen sich nicht zu beruhigen. Verschiedene Redner machen ihrer Erregung in längeren persönlichen Bemerkungen Luft. Schließlich ziehen zum allgemeinen Erkennen diejenigen Delegierten, die Tadelanträge gegen den Parteivorstand gestellt haben, ihre Anträge zurück, wie die Genossin Jettin erklärt, deshalb, weil den Antragstellern an einem Tadelvotum nichts liege und sie durch die statifundene Ansprache und die zugesagte Reorganisation ihren Zweck erreicht sähen — eine recht geschickte Taktik, denn es besteht kaum noch irgend welche Aussicht auf Annahme dieser Anträge.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung hält Genosse Herm. Müller vom Parteivorstand die Schlußrede. Nachdem er auf die dem Vorstand gemachten Vorwürfe ein und erklärt sich dann mit einer Reorganisation des Parteivorstandes im nächsten Jahre einverstanden. Wollte die Versammlung zu diesem Zwecke eine Kommission wählen, so sei der Parteivorstand auch damit einverstanden.

Damit ist die Debatte über die Geschäftsführung des Parteivorstandes erledigt. Es folgt die Verhandlung über verschiedene von Organisationen gestellte Anträge, zu deren Begründung die Vertreter jeder Organisation das Wort ergreifen.

Genosse Ebert vom Parteivorstand geht auf die von verschiedenen Seiten geäußerten Wünsche nach billiger Agitationsliteratur näher ein und stellt die Erfüllung dieser Wünsche zu. Der Antrag auf Verstärkung des Parteivorstandes um zwei Mitglieder und Einsetzung einer Kommission zur Beratung der Reorganisation wird fast einstimmig angenommen. Den Schluss der Sitzung bildet eine mehrstündige Debatte über die Jugendbewegung. Es sprachen in dieser Debatte Genosse Kayser, der einen Antrag auf Herausgabe eines Korrespondenzblattes für die Jugendzweigschäfte begründete und Genosse Hillebrand, der einen Antrag der Thüringischen Jugendzentrale auf Anstellung eines besoldeten Jugendsekretärs sehr warm empfahl, während Genosse Liebknecht sich insbesondere mit dem Vorgehen der Schulaufsichtsbehörde beschäftigte und Genosse Fahrenwald-Verlin die proletarischen Eltern aufforderte, mit der sozialistischen Erziehung ihrer Kinder schon während der Schulzeit zu beginnen.

Nachdem noch einige Redner gesprochen, sagte Genosse Ebert in seinem Schlusswort Verabsichtigung und Würdigung der Anregungen zu. Seine Erklärung, daß die Anstellung eines Jugendsekretärs für die Jugendzweigschäfte erwogen würde, fand lebhaften Beifall, ebenso sein warmer Appell an die ganze Partei, die Jugendbewegung mit allen Kräften zu unterstützen.

Nachdem so die heutige Sitzung in ihrem Ausklang gezeitigt hatte, daß sich die ganze Partei über die Notwendigkeit der Förderung der Jugendbewegung einig ist, vertagte sich der Parteitag.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September 1911.

### Anebelgesetz gegen die Arbeiter.

Der „Post“ geht von parlamentarischer Seite eine Zuschrift zu, die sich für gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Aufzucht zum Massenstreik im Falle eines Krieges ausspricht. Daß es dem bisherigen freikonservativen Scharfmacher nicht allein um einen Massenstreik im Kriegsfall zu tun ist, beweist seine Erwähnung, daß ja Liebknecht von der Tribüne des Abgeordnetenhauses mit dem politischen Massenstreik sogar als Mittel zur Erzwingung der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen gedroht habe. Der freikonservativen Scharfmacher möchte also ein Anebelgesetz zur Verhinderung des politischen Massenstreiks überhaupt eingeführt werden!

Ja, es scheint sogar, als ob der Parlamentarier der „Post“ es sogar auf Anebelgesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung überhaupt abgesehen habe, fordert er doch, die bevorstehende Reform unseres Strafgesetzbuches dazu zu benutzen, „um in bezug auf den Schutz der wirtschaftlichen Freiheit gegen Verwältigung auch die nötigen Bestimmungen zu treffen“. Vom politischen Massenstreik im Kriegsfall spricht man also, um die wirtschaftliche Aktionskraft des Proletariats überhaupt zu treffen!

Daß Gesetzesparagrafen nicht den geringsten Schutz gegen einen Massenstreik im Kriegsfall bieten würden, mögen sich ja auch unsere Scharfmacher selbst sagen. Solch ein Massenstreik könnte niemals künstlich gemacht werden, er müßte mit elementarer Gewalt aus der Empörung der breiten Massen selbst hervorgehen. In solchem Fall wären allerdings die Zwangsmaßnahmen des Gesetzes das letzte Mittel zu seiner Verhinderung. Wohl aber mögen die Herren Scharfmacher damit rechnen, daß in normalen Zeiten einem Massenstreik durch schälfandöse Gesetzesbestimmungen zugunsten des Unternehmertums begegnet werden könne. Die Verteidigung der Geldsachinteressen, nicht die Furcht vor einer Gefährdung des Vaterlandes, ist es auch sicherlich, was die „parlamentarische Seite“ der „Post“ zu ihrer Anregung veranlaßt. Solch scharfmacherische Offenheiten über können und vor Eröffnung des Wahlkampfes nur willkommen sein.

### Kriegshege der Kriegervereine.

Die „Parole“, die „amtliche Zeitung des Deutschen Kriegerbundes“, beteiligt sich in sehr bemerkenswerter Weise an der Kriegshege unserer Panzerplattenpatrioten. In der Nummer vom 10. September veröffentlicht Generalleutnant z. D. von Alten einen heftigen Artikel unter dem bezeichnenden Titel: „Die Gefahren des Krieges!“ Sätze wie: „Wehe darum dem Volke, das seine Waffen rosten läßt“, und: „Der Glaube an unsere Friedfertigkeit reizt unsere Nachbarn nur zu Übergriffen“, kennzeichnen zur Genüge den Geist dieses Hezergusses, der auch wieder in der bekannten Manier den ungeheuerlichen Schwindel aufwärmt, daß die Bestialitäten des Massenmordes „die Herzen reinigen“. Was Herr v. Alten unter solcher Reinigung der Herzen versteht, kennzeichnet er allerdings selbst deutlich genug durch die Keufierung, daß unter dem Donner der Geschütze und dem Pfeifen der Kugeln Mannhaftigkeit und Entschlossenheit aussprechen, „das dürre, zähe Friedenskraut der Reichherzigkeit und Halbheit schnell erdrückend“.

Aber nicht nur in dem Leitartikel des amtlichen Organs der Kriegervereine wird derartig in Kriegshege gemacht, sondern das Blatt veröffentlicht in derselben Nummer auch ein Feuilleton, betitelt: „Ein Feldpostbrief von 1912“, das hurratriotisch erdichtete Szenen aus einer bevorstehenden Massenmeuterei wiedergibt.

Will die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch immer mehr Beweise für die infame Kriegshege unserer Hurratrioten haben? Will sie sich nicht endlich dazu bequemen, solch widerwärtige Kriegshegereien zu brandmarken? Oder will sie, daß man im In- und Auslande annimmt, daß solche Hezereien der Regierung mindestens nicht unwillkommen sind?!

### Das Feldgeschrei des Zentrums.

Die „Germania“ bringt einen selbst für ihre Verhältnisse ungewöhnlich phrasenhaften Aufsatz: „Mar zu Gesecht!“ Dieses jesuitische Nachwort ergibt sich natürlich wiederum in Denunziationen gegen die Sozialdemokratie, der ein „an Landesverrat grenzendes Verhalten“ und die Drohung mit dem politischen Massenstreik und der Revolution bei Andbruch eines Krieges vorgeworfen wird. Es scheint freilich, daß das Zentrum selbst an die agitatorische Wirksamkeit dieser jammervollen Hezerei nicht recht zu glauben vermag. Fügt sie doch dieser echt ultramontanen Parole sogleich die bewährtere der Kulturkampfpaukerie hinzu. Eine Vorstich, die nur zu begründet ist. Denn wenn die Sozialdemokratie dem Volke erzählt, wie schamlos sich das Zentrum an den Kriegstreibern beteiligt hat, wie es trotz der gespaltensten weltpolitischen Situation nicht davor zurückgeschreckt, eines selbst von ausländischer Seite für völlig wertlos bezeichneten kolonialen Abenteuer wegen die Kriegshege und damit

unfähigkeites Elend über das deutsche Volk heraufzubeschwören, so wird sich die Empörung der Massen nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Partei des niederträchtigsten Volksverrats richten!

Deshalb aber hilt das Zentrum auch in diesem Wahlkampf die Schwindelsage der sogenannten „idealen Wähler“, indem es die Massen glauben zu machen sucht, daß der „heilige katholische Glaube“, die „katholische Kirche“ gegen die „Mächte des Unglaubens“ verteidigt werden müsse. Als ob die Bewegungsfreiheit der katholischen Kirche durch irgendwelche Gefahr bedroht sei, als ob nicht gerade die Sozialdemokratie jederzeit für die Befreiung aller Ausnahmefälle gegen geistliche Orden eingetreten wäre! Das einzige, was das führende Zentrumblatt denn auch vorzubringen vermag, ist die „Forderung nach einer Trennung von Staat und Kirche“. Aber auch damit läßt sich kein Staat machen, weil ja von ultramontaner Seite selbst eine solche Forderung früher nachdrücklich erhoben worden ist und weil eine solche Trennung jedem wirklichen Gläubigen nur willkommen sein dürfte.

Wenn das Zentrum seine wirksameren Wahlparolen aufzutreiben vermag, kann es uns leid tun.

### Konservative Antimonarchisten.

Die neueste „konservative Monatschrift“ bringt einen wunderbaren Artikel über die Monarchie. In diesem Artikel wird der Monarchie ihr Ende prophezeit, wenn es ihr nicht gelinge, wiederum ihre absoluten Machtvollkommenheiten zurückzugewinnen. Der Artikel gipfelt in dem Satze:

„Die geschichtliche Ordnung will die Menschen zur Stärke erziehen, einen jeden an seinem Platz; sie will, daß Könige herrschen oder fallen; sie will keine Institutionen des Scheins.“

Die sehr breitspurigen Ausführungen des Artikels sind offenbar nur als eine Umschreibung des also variierten Sprüchleins anzusehen: „Und der König absolut, damit er uns den Willen tut“. Von der konstitutionellen Monarchie will der konservative Monarchist nichts wissen. Ein Monarch, der nicht das absolute Werkzeug der Junker sein will, soll lieber fallen. Unsere Altdeutschen haben ja schon in ihren zahlreichen Zeitungsartikeln keinen Hehl daraus gemacht, daß sie ihre monarchische Auffassung gründlich revidieren wollen, wenn der Monarch sich nicht ihren aberwünschten und verdröherischen Plänen unterwirft. Diese altdeutsche Auffassung der Monarchie scheint nach dem Artikel des konservativen Organs innerhalb der Konservativen überhaupt geteilt zu werden.

### Nationalliberale „Wändnistreue“.

In Ostpreußen besteht seit längerer Zeit ein „Wändnis“ zwischen freisinnigen und Nationalliberalen. Der Vertrag wird aber lediglich von den Freisinnigen innegehalten. Die Nationalliberalen lehnen sich wenig um die Fortschrittler. In Ragnit-Willkallen haben sie sogar einen Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt, der bisher die Konservativen unterstützt hat, obwohl er nach dem Wändnis verpflichtet war, für den freisinnigen Kandidaten des Kreises einzutreten. Der nationalliberale Kandidat, er heißt v. Kuehle, schrieb seinerzeit an den Vertrauensmann der Konservativen, er sei stets ein „Anhänger des nationalliberalen Parteiprogramms“ gewesen. Nur mit Mühe ist darauf, daß im Kreise eine Betätigung am politischen Leben lediglich in konservativer Richtung möglich gewesen wäre, habe er bisher dieser Partei, als der der nationalliberalen nächststehenden, seine Unterstützung zugewandt! Nachdem nunmehr die nationalliberale Partei im Wahlkreise ihren Einzug gehalten, habe er sich derselben selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Der Anhänger des nationalliberalen Parteiprogramms unterstützte also die Konservativen! Dabei war in seinem Kreise ein freisinniger Kandidat aufgestellt und nach dem „Wändnis“ mußte er diesem seine Hilfe gewähren. Zur Belohnung für sein Nichtentreten für den Liberalismus ist er aber jetzt von den „Verbündeten“ des Freisinn als Kandidat aufgestellt worden, und nach dem „Vertrage“ haben die Fortschrittler diesen Kandidaten zu unterstützen!

Die Nationalliberalen verfahren mit ihren „Verbündeten“ aber noch ganz anders. Sie verlangen den Fortschrittler in zwei Kreisen vollständig jede Unterstützung. In Tilsit-Niederung wollen die Freisinnigen liegen; die Nationalliberalen gehen aber hier trotz der Parole gegen den schwarz-blauen Blod mit den Konservativen zusammen und lassen den Freisinn elend im Stich. In Insterburg-Gumbinnen haben die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufgestellt, obwohl diesen Wahlkreis die Fortschrittler als ihre Domäne betrachten. Trotz des Wändnisses werden sich also hier — zwei liberale Kandidaten gegenüberstellen. Das Insterburger Freisinnblatt, die „Ostpreussische Volkszeitung“, rechnet daher jetzt unter der Ueberschrift „Konservativ-nationalliberale Kampfmethode“ mit den Nationalliberalen in folgender Weise ab:

„Ueber den schulmeisternden Ton, der von Konservativen und Nationalliberalen in edlem Verein gegen die Volkspartei jetzt angeschlagen wird, können wir uns wirklich nur amüsen. Insbesondere die nationalmiserable Zensurbehörde als Richter über das, was entschiedener Liberalismus ist, erweckt bei uns wirklich nur ein mittelbürges Lächeln. Die für Brantwettlichebesgaben, Judentumsführer, Volksschulunterhaltungs-gesetz, Hochschulpflicht, indirekte Steuern, preussisches Dreiklassenwahlrecht und viele andere durch und durch reaktionäre Gesetzesmacher mitverantwortlichen Nationalliberalen können zu jeder Zeit auf Grund unserer politischen Kenntnisse noch mehr erfahren, soweit sie es darauf anlegen. Die Volkspartei jedenfalls hat auch hier andere Waffen zur Verfügung als ein ebenso hochnütziges wie unbegründetes Zensieren und zur Sache gehöriger Persönlichkeitswerte, wie es von den Gegnern beliebt wird. Die Volkspartei kämpft hier wie in Labiau-Beblau mit anderen Mitteln als denen, womit sich Konservativ und deren nationalliberale Kblömmlinge in gegenseitigem Ueberbieten in Oleglo-Lud. Remel usw. bekämpfen. Die nationalliberale „Fraktion Drehscheibe“ wird sich allmählich daran gewöhnen müssen, daß sie das Insterburg-Gumbinner Reichstagsmandat, das sie schon im Saal zu haben glaubte, doch nicht so leicht davontragen wird. Wir sind auch noch da und werden uns den nationalliberalen Wismarschpolitikern schon noch bei Zeiten kräftig sichtbar machen. Heute, wo der Jung der Zeit nach reinlicher Scheidung drängt, sehen wir die besseren Ansichten da, wo die reinliche Scheidung zwischen rechts und links klar und deutlich zum Ausdruck kommt und doch zugleich das Vaterland über die Partei gestellt wird. Wir sehen schon den Augenblick vor uns, wo die Nationalliberalen mit ihrer halb rechts, halb links Stimmenfangtaktik sich mit Eleganz zwischen den bekannten zwei Stühlen wiederfinden werden. Wir werden gegen eine solche nationalliberale „Niederlassung“ in unserem Wahlkreise nach wie vor nichts einzuwenden haben. Sturmstöße gegen die extremste Reaktion sind im übrigen mitunter ganz nützliche Tücken, die man sogar zuweilen unterstützen soll. Nur dürfen diese Sturmgezeiten nicht zu äppig werden, sonst müssen sie sich daran erinnern lassen, daß sie ohne schiebende, treibende, innere Kraft sind.“

### Wo das Zentrum herrscht . . .

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Bayern geschrieben: In Rothenburg hatten Stadtmagistrat, Gemeindefolge und Volksschulkommission einhellig beschlossen, einen Stadtschulreferenten aufzustellen, dem neben der Aufsicht über die höhere Mädchenschule und das Fortbildungsschulwesen auch das gesamte Volksschulwesen unterstellt werden sollte. Die Promoten im Städtischen segneten aber alle Hebel in Bewegung, um diese Erneuerung zu hintertreiben, und sie hatten Erfolg. Das Kultusministerium hat die Unterstellung des Volksschulwesens unter einen Stadtschulreferenten nicht genehmigt, so daß es also für die Volksschulen bei der geistlichen Schulaufsicht verbleibt.

### Vom „guten Ton“.

Besonders die Zentrumsprelle weiß nicht genug über den angeblichen „Sauerbraten“ der Sozialdemokratie zu zernern. Dabei finden sich in einem gegen die Monisten gerichteten Leitartikel der „Germania“, des Fraktionsorgans des Zentrums, in einem Absatz von achtzehn und einer halben Zeile folgende dufenden Wänter: „Unverschämtheit“, „Frechheit“, „geradezu phänomenale Ungezogenheit“, „stupiden Größenwahn“, „widerliche Intoleranz“, „Licht“, „amnahlich“, „Dreißigkeit“ verbunden mit „Unabuldfamkeit“.

Wer, was den „guten Ton“ betrifft, so im Glashaufe sitzt, sollte sich wahrlich hüten, mit Steinen zu werfen!

### Mittelständler und Hausbesitzer.

Den Gründern des „Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes“ ist seitens des Hausbesitzervereins zu Dessau folgender Abjagebrief zugegangen:

„An den vorbereitenden Ausschuss zur Gründung eines Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes z. B. des Herrn Architekten Felix Höhn, Leipzig, Senefelderstr. 13.“

Ihret Einladung zur Teilnahme an dem auf den 28. September d. J. nach Dresden einberufenen Mittelstandstag werden wir nicht folgen. Die Namen der Mitglieder des Ausschusses verbürgen uns, daß es sich bei der Begründung dieses Tages nicht um wirtschaftliche Arbeit für den Mittelstand, sondern um politische Werbetätigkeit im Interesse der Konservativen, des Bundes der Landwirte und der Antifeministen handelt. Handwerl und Gewerbe sollen vom Hansabund abgezogen und dem schwarz-blauen Blod zugeführt werden. Gerade, was Sie in Ihrem Programm verweigern, wollen Sie in Wirklichkeit erreichen: nämlich den Mittelstand in die einseitigste politische Richtung der Reaktion hineinzuzwängen. Da unser Verein nicht politisch tätig ist und überdies das Heil des Mittelstandes im Anschlag an die Bestrebungen des Hansabundes am besten gewährleistet sieht, so können wir nur alle Mittelstandskreise vor Ihrem neuen Versuch, den Mittelstand von seinen wahren wirtschaftlichen Bedürfnissen abzulenken, und für politische Sonderinteressen einzufangen, warnen.

### Ergebnis

Hausbesitzerverein zu Dessau.

Rechtsanwalt Dr. Cohn, Vorsitzender.“

Was die Dessauer über die reaktionären Tendenzen der projektierten neuen Mittelstandsorganisation sagen, ist zweifellos durchaus richtig. Ebenso richtig ist aber auf der anderen Seite auch, daß auch der Hansabund alles andere eher ist als eine geeignete Vertretung der Mittelstandsinteressen. Soweit der Mittelstand nicht unerfüllbaren Utopien nachjagt, die das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung rückwärts drehen wollen, findet er die einzig wirksame Vertretung seiner wahren wirtschaftlichen und politischen Interessen in der Sozialdemokratie.

### Hirsch-Dundersche Gewerksvereine und Poststil.

In dem Düsseldorfener Blatt der Gewerksvereine von Rheinland und Westfalen wird an dem Verhalten der Hirsch-Dunderschen Führer die politischen Fragen von einem Einsender in bemerkenswerter Weise Kritik geübt. Es wird erwähnt, wie die Gewerksvereinszeitungen und -führer oft auf die politische Betätigung der Hirsch-Dunderschen Mitglieder hinwirken. Der Einsender weist dann darauf hin, „daß gerade die Gewerksvereinskollegen am schlechtesten für eine Wahl zu begeistern sind“. Er findet den Grund darin, daß die Gewerksvereiner „oft durch die eigenen Führer irre gemacht werden“. Es wird sogar von „absichtlicher Irreführung“ gesprochen: „Diese Irreführung geschieht hauptsächlich im Interesse des Liberalismus, nicht aber im Interesse der Arbeiterschaft.“

Das wird dann noch weiter begründet. Vor keiner Partei, heißt es, dürfe halt gemacht, es müsse auch am Freisinn Kritik geübt werden, weil der sehr der Kritik bedürfe. Der Freisinn habe dem Reichsvereinsgesetz zugestimmt, gegen das die Hirsch-Dunderschen Resolutionen angenommen hätten. Der Freisinn sei bereit gewesen, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, wenn nur die Erbschaftsteuer durchgegangen wäre. Von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunen sei beim Freisinn gar keine Rede, und doch sei diese Forderung eine der wichtigsten für die Arbeiter. Auch für die Reichsversicherungsordnung, die entschieden nicht den Wünschen der Gewerksvereiner entspreche, hätte der Freisinn, „mit Ausnahme einiger Aufrechten“, gestimmt. Raumann, der wunderbar reden könne, habe versagt, „wo es galt zu reden und zu handeln“.

Der Einsender kommt dann auf die aussperrenden „freisinnigen“ Unternehmer in Hagen-Schwelm zu sprechen: „Dort standen Gewerksvereinskollegen gegen freisinnige Unternehmer im Kampfe ums Koalitionsrecht. Dort warf man unsere Kollegen rücksichtslos auf die Straße.“ Die freisinnige Presse, heißt es weiter, habe „vollständig versagt“, während andere Arbeitergruppen einen Rückhalt an ihren Parteiblättern gehabt hätten. Auch der freisinnige Oberbürgermeister Cuno habe versagt. Man sei nicht gewillt, schöne Theorien in die Praxis umzusetzen. Weiter heißt es:

„All diese Vorgänge sind den Kollegen bekannt und nun kommen allbekannte Führer wie Goldschmidt, Erkelenz u. a. m. und reden und schreiben für diesen Freisinn. Der erste hielt auch hier in unserem Wahlkreise Altena-Isereohn 4 politische Versammlungen ab, in denen er krampfhaft das Verhalten des Freisinn verteidigte. So z. B. leugnete er bis aufs Äußerste, daß der Freisinn bereit gewesen wäre, unter einer Voraussetzung 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen. Ja, er vertieg sich sogar zu der gemagten Behauptung, daß er dem Freisinn den Rücken gelehrt hätte, wenn derselbe etwas deartiges getan hätte.“

Von welchem Vertrauen die Hirsch-Dunderschen zu ihren „Führern“ besetzt sind, geht auch daraus hervor, daß der Einsender hinter vordiehende Worte den Sach einschaltet: „Wer Goldschmidt kennt, der weiß, wie hoch solche Keufereien zu bewerten sind.“ Sehr niedlich!

„Erst als ihm ein Gewerksvereinskollege“, heißt es weiter, „den Artikel des „Regulator“ vom Jahre 1909 Nr. 45, in welchem dem Freisinn wegen dieser Haltung eine Kritik zuteil wurde, vorhielt, ließ er ab von seinem Leugnen und verlegte sich auf persönliche Schimpfen.“

Goldschmidt wird also hier mit dürren Worten der Vorwurf der Bauerfangerei gemacht!

Nachdem der Einsender auch noch gegen Erkelenz losgezogen, empfiehlt er die Demokratische Vereinigung.

Es bleibt abzuwarten, was die angegriffenen Berliner Hirsch-Dunderschen Größen auf die Vorwürfe zu erwidern haben werden.

Sicher ist, daß auch die Hirsch-Dunderschen Arbeiter schon noch, von den Tatsachen dazu gezwungen, zur Erkenntnis kommen werden, daß keine einzige bürgerliche Partei in erster Linie und ernsthaft Arbeiterinteressen vertritt. Arbeiter gehören zur Sozialdemokratie.

### Östliche Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.

Unter dem 20. und 23. August 1910 wandten sich einige Schulmachegefallen aus Neutomischel (Polen) an die Gewerksvereinszentralverbandes der Schulpfänger Deutschlands, Sitz Breslau, um Anschlag an die Organisation. Am 28. August wurde auf Veranlassung der Gewerksvereinsvereine eine Besprechung in Neutomischel ab-

gehalten, an welcher sechs Personen, darunter einige Lehrlinge, teilnahmen. Für die Anwesenden wurden Mitglieder des Verbandes. Besprochen wurde in dieser Zusammenkunft nur der Wert der Gewerkschaft. Unter dem 7. September 1910 haben die Schuhmacher aus Reutomschel, da sie wegen Wagens- und Mottenplage nicht schlafen konnten und eine Beschwerde bei dem Arbeitgeber von diesem mit Überlegen beantwortet worden war, die Gauerwaltung um Unterstützung. Am 10. September 1910 teilte die Gauerwaltung der Polizei in Reutomschel die Mithände mit und hat im Interesse der Gesundheit der Arbeiter um Abhilfe. Zwei Schuhmachermeister, bei denen die Plage besonders stark sein sollten, wurden der Polizei namhaft gemacht. Die Polizei prüfte nun nicht etwa die ihre gemachten Angaben, sondern sandte dem Gauerleiter folgendes Schreiben:

Wir fordern Sie hiermit auf, und zunächst sämtliche dort eingegangenen Schreiben über die Unzulänglichkeit von Schlafstellen hiesiger Lehrlinge einzufinden sowie uns die Namen derjenigen Personen anzugeben, die nach dort bezügliche Mitteilungen über Schlafstellen usw. getan haben.

(Unterschrift unleserlich.) Die Gewerkschaft antwortete der Polizei, daß es nicht zu den Verpflichtungen der Gewerkschaftsvertreter gehöre, Gewahrmänner zu nennen; es wurde aber nochmals um Abhilfe der geschiedenen Zustände gebeten. Die schlechten Schlafstellen ermittelte die Polizei nicht, wohl aber die Teilnehmer jener Besprechung vom 28. August 1910, und da bekräftigt werden mußte, erhielten die Lehrlinge Strafmandate in Höhe von 6-10 M. Leider liegen diese die Einspruchsfrist verstreichen und konnte so an Gerichtsstelle das Unrecht der Polizei nicht festgestellt werden.

Am 30. September beschwerte sich die Gauerleitung wegen des Verhaltens der Polizeibehörde bei dem Landrat, der folgenden Befehl gab:

Da Ihre Angabe in obiger Beschwerde im Widerspruch mit den Feststellungen der hiesigen Polizeiverwaltung stehen, kann ich erst dann in der Sache entscheiden, wenn auf die gestellten Strafmandate richterliche Entscheidung ergangen sein soll.

(Unterschrift unleserlich.) Nach vielen Verhören fand am 5. Juli 1911 Verhandlung in Reutomschel statt, die natürlich mit Freisprechung endete. Aus dem vier Seiten langen Urteil geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Polizei im Unrecht war. Endlich am 4. September 1911 ist nun auch der Landrat soweit, daß er die Beschwerde vom 30. September 1910 wie folgt beantwortet kann:

An den Verbandssekretär Herrn Wilhelm Brunow, Breslau. Auf Ihre Beschwerde vom 30. September v. J. gegen die hiesige Polizeiverwaltung erhalten Sie im Anschluß an den Vorbescheid vom 24. 10. 1910 folgenden Bescheid:

Nach den seitens der Polizeiverwaltung angefertigten Ermittlungen mußte sie mit Recht annehmen, daß es sich bei der Zusammenkunft von Schuhmachergehilfen und Lehrlingen am 28. 8. v. J. im Rauchschen Lokale derselbst um eine öffentliche politische Versammlung gehandelt hat.

Das Vorgehen der Polizeiverwaltung war schon als gerechtfertigt.

Nachdem das hiesige Schöffengericht auf Grund der gerichtlichen Verhandlung vom 5. Juli v. J. zu einem gegenteiligen Ergebnis gelangt ist, wird hierdurch der Polizeiverwaltung behufs Nachsicht Mitteilung gemacht werden. In der Beurteilung künftiger Fälle muß letzterer allerdings freier Hand gelassen werden.

(Unterschrift unleserlich.) Obgleich die Verwaltungspraxis! Die Polizei verfährt gegen das Vereinsgesetz, der Landrat scheidet nicht ein, er muß erst das Urteil des Gerichts abwarten. Nach einem Jahr ist das gelprochen, der Landrat aber findet im Gegensatz zum Gericht das Vorgehen der Polizeiverwaltung noch gerechtfertigt, wird aber großmütig der Polizei von dem Urteil des Gerichts Kenntnis geben mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß sie in Zukunft in der freien Hand dem Vereinsgesetz gegenüber in keiner Weise beengt sein würde. So werden die Gesetze in Dispensationsgeschichten (dispensiert) und nicht beachtet!

## Schweiz.

### Die Städte über die Ausländerfrage.

Zürich, 5. September. (Sta. Ver.) Die fortschreitende Verschärfung des Mißverhältnisses der ausländischen zu der einheimischen Bevölkerung in der Schweiz erscheint auch bürgerlichen Kreisen, die nicht nur engherzige Parteipolitik treiben, je länger je mehr als ein wichtiges Problem, das der Lösung harret. Im ganzen Lande machen die Ausländer 15 Proz. aus, aber in den Städten und Industriestädten steigt ihr Anteil bis auf 32 Proz. in Zürich, 38 Proz. in Basel, 41 Proz. im Kanton Gené usw. Welche Bedeutung diese Bevölkerungsverhältnisse für die Arbeiterschaft heissen, erhellt aus der Tatsache, daß ein volles Drittel der Lohnarbeiter Ausländer sind, rechtlose Bürger, die bei Wahlen und Abstimmungen der Arbeiterschaft verloren gehen und ihren politischen Einfluß vermindern. Jetzt hat sich mit der immer dringender werdenden Ausländerfrage auch der schweizerische Städtetag beschäftigt und dazu einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der schweizerische Städteverband erachtet es als ein Gebot nationaler Selbstbehaltung und sozialer Gerechtigkeit, durch rasch erfolgende bundesrechtliche Maßnahmen die Nationalisierung der durch Geburt oder lange Niederlassung mit der Schweiz verwachsenen Ausländer herbeizuführen. Der Städtetag ist bereit, die darauf abzielenden Bestrebungen zu unterstützen und beauftragt seinen Vorstand, in diesem Sinne zu handeln und nötigenfalls einer außerordentlichen Tagung Maßnahmen von besonderer Tragweite vorzulegen.“

Die bürgerlichen Parteibüffel werden diesen Bestrebungen kaum ihre Unterstützung leihen. Die Gleichrichtung der Einbürgerung könnte in der Folge bürgerliche Seffel gefährden, was in den Augen der Streber und Seffelsäger gleichbedeutend mit dem Untergang des geliebten Vaterlandes wäre, das aber nicht preisgegeben werden darf. Und so werden die Seffel noch geraume Zeit das wichtigste Hindernis für eine vernünftige Lösung des Ausländerproblems bilden.

### Die Krankenversicherung.

Bern, 12. September. Das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung ist mit 75 000 Unterschriften zustande gekommen. Die Volksabstimmung wird wahrscheinlich im Februar stattfinden.

## Frankreich.

### Die Teuerung.

Chartre, 12. September. Die Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung dauert an. Hier und in Véziers kam es zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen Truppen und Aufständigen, von denen mehrere verwundet wurden.

## Italien.

### Die Tripolisfrage.

Rom, 12. September. Die „Tribuna“ schreibt: Einige auswärtige Blätter veröffentlichten Depeschen aus Konstantinopel, in denen behauptet wird, Italien habe Monopolsprüche für Unternehmungen aller Art erhoben, die für die wirtschaftliche Entwicklung von Tripolis und Cyrenaika ausgenutzt werden könnten, und halte sie fest. Die türkische Regierung weiß nicht, daß dies falsch ist, und daß, wenn eine Reihe von immer erneuert werden Fragen zwischen der Pforte und der italienischen Regierung entstanden ist, ihre Entscheidungen und Motive nicht zu so absurden Ansprüchen seitens Italiens zu suchen sind. Die italienische Regierung verlangt kein wirtschaftliches Monopol, sondern nur eine gerechte Behandlung italienischer Interessen und hat nur infolge der andauernden Besetzung

dieser Interessen Protest erhoben. Natürlich wird die italienische Regierung niemals dazwischen willigen, daß ihre Bürger und die wirtschaftlichen Interessen Italiens gegenüber anderen in Tripolis in eine ungünstigere Lage versetzt werden. Aber die falschen Gerüchte, die Italien monopolistische Tendenzen und Ziele zuschreiben, führen dazu, gegen Italien und seine Absichten eine Gegnerschaft und ein Mißtrauen zu erwecken, welche die klare, bestimmte und aufrichtige Haltung Italiens in keiner Weise rechtfertigt.

## Dänemark.

### Der soziale Tag.

Die dänische Sozialdemokratie veranstaltete am Sonntag einen „sozialen Tag“, der im ganzen Lande der Propaganda für die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft gewidmet war. Es fanden in den verschiedenen Landesteilen mehr als hundert Versammlungen statt, die außerordentlich zahlreich besucht waren. Ueberall wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien zur Verschlechterung der sozialen Befehle protestiert, und statt dessen ein weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes gefordert wird.

Bei jenen reaktionären Bestrebungen handelt es sich unter anderem darum, daß man statt der seit mehr als zehn Jahren bestehenden Altersversorgung aus öffentlichen Mitteln eine obligatorische Altersversicherung eingeführt, die nach deutschem Muster einführen will. Ferner beabsichtigt man, die Zuschüsse zu den Arbeitslosenlassen herabzusetzen. Ein ähnlicher Angriff soll auf die anerkannten und ebenfalls vom Staat unterstützten Krankenlosen unternommen werden.

Im allgemeinen ist jetzt für Dänemark eine Zeit hereingebrochen, in der sich die Besitzenden stärker denn je zusammenschließen, um der Arbeiterschaft die Vorteile zu rauben, die sie sich in jahrzehntelangem Kampf errungen hat. Der Klassenkampf schlägt höhere Wogen als je zuvor, aber die Arbeiterschaft ist auf dem Plan.

## Portugal.

### Anerkennung der Republik.

Lissabon, 12. September. England, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien und Spanien haben die Republik anerkannt. Infolgedessen fanden lebhafteste Freudenkundgebungen statt. Die Menge wird morgen vor den beteiligten Gesandtschaften Kundgebungen veranstalten.

## Japan.

### Peitsche und Zuckerbrot.

Man schreibt uns aus Yokohama: Seit der Hinrichtung Kotokus leben die japanischen Sozialisten in einem fortwährenden Schrecken. Aber anstatt die sozialistische Bewegung aufzuhalten, scheinen die Verfolgungen ihr mehr Werbekraft zu verleihen. Es ist klar, daß die Sozialisten keine offene Agitation treiben und ihre Ueberzeugung frei betonen können, aber im geheimen breitet sich der sozialistische Gedanke immer weiter aus und die Zahl seiner Anhänger wächst.

Die Regierung hat sich die Methode Bismarcks zum Muster genommen, um die Massen vom Sozialismus fern zu halten; sie versucht es mit einem System sozialer Reformen. Außerdem sucht sie die Aufmerksamkeit des Proletariats noch nach einer anderen Richtung abzulenken. Sie will es für den Ahnenkult und die Sinto- und die buddhistische Religion interessieren, damit das Volk, wie sie sagt, zu besseren Menschen erzogen werde. Dadurch sollen die gefährlichen sozialistischen Ideen wirkungslos gemacht werden, und das Proletariat soll in Frieden leben, wenn es an die Ahnen und die Götter denkt.

Ferner versucht die Regierung mit Hilfe eines Kredits von 30 Millionen Yen (60 Millionen Mark) das Krankenhauswesen zu verbessern und den Armen unentgeltlich ärztliche Hilfe zu gewähren.

Zum Ueberflus hat die Regierung noch eine Kommission eingesetzt, die die Lage der Armen studieren soll und zwar nach dem Vorbilde des Generalis Booth von der Heilsarmee.

In der letzten Session des Parlaments wurde das allgemeine Wahlrecht von der Nationalversammlung angenommen, aber der Senat hat das Gesetz abgelehnt. Die Regierung ist darauf zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Gedanke des allgemeinen Wahlrechts sehr gefährlich sei, und hat die „Gesellschaft der Wahlrechtsfreunde“ aufgelöst. Sie behauptet ganz fälschlich, die Idee des allgemeinen Wahlrechts sei sozialistisch und müsse daher mit allen Mitteln unterdrückt werden.

Die gegenwärtige Situation in Japan ist sehr kritisch: überall gärt es und die Vorkämpfer des Sozialismus arbeiten heldenhaft für seine Verbreitung und seinen künftigen Sieg.

Während der letzten Session der Zweiten Kammer wurde ein Arbeitsgesetz durchberaten, das in ein oder zwei Jahren in Kraft treten soll. Nach diesem Gesetz wird die Nachtarbeit 15 Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes verboten! Aber wenn das auch ein sehr ferner Zeitpunkt ist, bedeutet das Gesetz trotzdem einen Fortschritt für das japanische Proletariat. Es ist den Arbeitern verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, aber es ist zu hoffen, daß die Reformbestrebungen der Regierung den Sozialisten Gelegenheit geben, das gewerkschaftliche Organisationsrecht zu erkämpfen.

Gegenwärtig befindet sich die japanische Industrie in einer Periode des Stillstandes. Die Lebenshaltung ist sehr verteuert und die Mieten sind fast unerschwinglich. Das Leben der japanischen Arbeiter wird von Tag zu Tag härter und entbehrungsreicher. Die Selbstmorde, die Diebstähle und Morde nehmen immer mehr zu — all das sind die Folgen der wirtschaftlichen Notlage des Landes.

In sechs Monaten ist der kleine, wöchentlich erscheinende „Sozialist“ dreimal unterdrückt worden. Beim dritten Male wurden unsere Genossen zu 200 Yen Geldstrafe verurteilt wegen einer einzigen angeblich strafbaren Zeile. Sie haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Zu allem Unglück trat im Laufe des Juli ein neuer Zolltarif in Kraft, der den Preis der Lebensmittel noch mehr in die Höhe treiben wird. Da die Arbeiter nicht organisiert sind und eine Erhöhung der Löhne nicht durchdrücken können, werden sie noch mehr als vorher zu leiden haben.

## Aus der Partei.

### Der Braunschweiger „Volkfreund“ vor Gericht.

Der bekannte Dr. Köller, Verfasser des im Reichsverbandes für geschriebenen Buches „Die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Erdkränken“, fühlte sich durch eine Kritik seiner Schriftstellerischen Meisterleistung im Braunschweiger „Volkfreund“ in seiner Ehre gekränkt. Er hatte mit der Klage auch den Erfolg, daß Genosse Redakteur Günther am Donnerstag vom Braunschweiger Schöffengericht wegen drei Beleidigungen mit je

40 Mark Geldstrafe belegt wurde. Dem in allem Ernst vom kaiserlichen Rechtsanwalt ausgesprochenen Verlangen, unteren Genossen wegen Dr. Köller-Beleidigung in Gefängnis zu schicken, lam das Gericht nicht nach. Die in der beklagten Zeit gebrauchten Ausdrücke „Reichsverbändlerische Eudelschrift“ und „Reichsverbändlerische Eudelschrift“ wurden als nicht beleidigend angesehen. Auch Genosse Redakteur R. Wagner wurde wegen vermeintlicher Beleidigung des Dr. Köller in drei Fällen zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Zu einer anderen Klage wurde am demselben Tage Genosse Günther wegen Beleidigung eines Gendarmeriewachtmannes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

## Aus der Frauenbewegung.

### „Freie Liebestätigkeit“.

Am Tiergartenportal des im herrlichen Sonnenglanz blinkenden Reichstagsgebäudes rollte am Montagmittag eine Karosse nach der anderen vor, denen „hohe, höchste und allerhöchste“ Herrschaften in eleganten Kostümen, im schwarzen Galafraed entzogen, um im Plenarsitzungsaal zu verschwinden. Draußen stauten sich die Gaffer, stierten und staunten, drinnen aber wurde vom Herrn Staatsminister und preussischen Minister des Innern v. Dallwitz eine fulminante Rede geschwungen zur Eröffnung des dritten internationalen Kongresses für Säuglingschutz. Unserem Berichterstatter wurde auf seine Frage geantwortet, daß die Teilnahme nur den Mitgliedern des Kongresses gegen Zahlung von 20 Mark gestattet sei und daß die Presse nicht zugelassen würde; die eventuellen Berichte würden vom Kongreß selbst veröffentlicht.

Wer etwa glaubte, daß Herr Minister von Dallwitz in seiner Rede eine Antwort auf die gewaltige Anklage unseres Genossen David im Reichstage bei Beratung des Mutter- und Kinderschutzes geben werde, sah sich bitter enttäuscht. Er gab wohl zu, daß auch in Deutschland das ungeheure Aufblähen der Industrie mancherlei Inzuchtigkeiten und Mithände im Gefolge gehabt haben. Durch die Pflege materieller Interessen seien die idealen Bedürfnisse und hygienischen Anforderungen vernachlässigt, besonders werde die Mutter vielfach der Familie entzogen. Es sei nicht zu bestreiten, daß trotz Wachstums des allgemeinen Wohlstandes (von dem freilich die Arbeiterin nichts merkt) die Sterblichkeit der Säuglinge zugenommen habe. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts sei die daraus resultierende nationale Schwächung den Behörden zur Erkenntnis gekommen. Man habe daher durch Aufklärung der Bevölkerung, Ueberlassung von Milch zu ermäßigten Preisen, durch polizeiliche Milchkontrolle und durch Anregung zur Begründung von Anstalten für Mutter und Kind dem entgegenzuwirken versucht. Alles das aber genüge nicht; die freie Liebestätigkeit und die höher ausgebildete Hygiene mühten hinzukommen. Dadurch sei es gelungen, die Sterblichkeit der Säuglinge einzuschränken. So sei in den Jahren 1905 bis 1909 allein in Preußen die Säuglingssterblichkeit um 22 Proz. zurückgegangen. Trotzdem sei die Kindersterblichkeit im Deutschen Reich eine sehr hohe, und es bliebe noch viel zu tun übrig. Die nachfolgende Rede des Kongreßvorsitzenden, Erbprinzen zu Hohenzollern-Sigmaringen, klang aus in den Wunsch: Laßt uns ringen um die Siegespalme der Humanität!

Wo aber waren die Herren und ihre Klassengenossen zu finden, als die Sozialdemokratie bei Beratung der Reichsversicherungsordnung den Müttern und Säuglingen wirklichen Schutz gewähren wollte? Wo waren sie mit ihrer humanitären Gesinnung, als der sozialdemokratische Redner konstatieren mußte, daß im Jahre 1908 im Deutschen Reich 859 000 Säuglinge starben, während Hunderttausende von Kindern, denen es schon im Mutterleibe an der notwendigen Nahrung mangelte, heranwachsen als körperlich degenerierte Menschen. „Kinderschutz und Mutterschutz“, rief Genosse David damals dem hohen Hause zu, „ist eins, so schafft Ruhezeit der Schwangeren vor und nach der Geburt des Kindes und schafft ihnen Brot und schafft ihnen Milch und gewährt ihnen freie Hebammenhilfe, damit sie nicht ihre letzten armseligen Groschen dafür hingeben müssen, das Land um einen neuen Bürger zu bereichern oder damit sie nicht elend in ihrer schweren Stunde verkommen. Erleichtert ihnen das Wochenbett, gewährt ihnen ein Stillgeld.“

Und was war die Antwort auf diese suchtbare Anklage? Die Minister erklärten, für die sozialdemokratischen Forderungen sei kein Geld vorhanden, und alle bürgerlichen Parteien stimmten die Anträge unserer Genossen nieder. Ja, noch viel mehr! Die Regierung ließ durch ihren Vertreter in der Kommission erklären, daß die ganze Reichsversicherungsordnung für sie unannehmbar sei, wenn der Antrag der Sozialdemokraten auf obligatorische Hebammenhilfe angenommen werden würde. So sieht die Fürsorge der Herren für die darbenenden Mütter, für die hungernden Säuglinge in der Wirklichkeit aus. Nur das wird den Arbeiterfrauen gewährt, was sie sich durch zähen Kampf aus eigener Kraft erringen. Nicht freie Liebestätigkeit verlangt die proletarische Frau, sondern ihr Recht, das ihr als Staatsbürgerin, als Erzieherin der heranwachsenden Jugend zusteht. Immer mehr aber erkennt die Proletarierin, daß ihre Interessen, ihre Rechte nur gewahrt werden können, wenn sie sich mit ihren Klassengenossen zu Organisationen zusammenschließt. Bei den kommenden Reichstagswahlen werden die Frauen — wenn auch noch nicht durch den Stimmzettel, so doch durch ihre Agitation — den bürgerlichen Klassen die Antwort geben, und diese Antwort wird lauten: Eure freie Liebestätigkeit ist eitel Heuchelei! Sie geschieht zum großen Teile, um den Proletarierinnen ihre Rechte vorzugestalten. Nur die Sozialdemokratie ist es, die wahrhaft die Interessen des Weibes vertritt!

### Frau Kaufmann Macdonald gestorben.

Wie man uns aus London schreibt, ist nach sechs Wochen langer schwerer Krankheit die Frau des Genossen Macdonald, des Vorsitzenden der Arbeiterpartei, gestorben. Sie stammte aus bürgerlicher Familie und begann schon in früher Jugend ihre soziale Wirksamkeit. 1895 schloß sie sich der sozialistischen Bewegung an. Seitdem entfaltete sie eine sehr ausgedehnte und vielseitige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, organisierte eine ganze Anzahl von sozialpolitischen Aktionen und gründete die Arbeiterinnenliga. Sie war auch auf internationalen Sozialistenkongressen und Frauenkonferenzen eine bekannte Persönlichkeit, und obgleich sie dort für das beschränkte Frauenwahlrecht eintrat, wandte sie sich von den Suffragettes mehr und mehr ab, weil sie nicht umhin konnte, die inneren Hohlheit dieser Bewegung zu erkennen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilmsdorf-Palast. Freitag, den 15. September, bei Schilling, Lauenburger Str. 20: Frauenlesabend. Stadtverordneter Genosse D. Nibel spricht über: Der Frauentag von Jena.

# Gewerkschaftliches.

## Arbeiter, Parteigenossen, Interessenten, Raucher!

Die Liste derjenigen Zigarrenfabrikanten, die den Lohn-tarif bewilligt haben, wird morgen veröffentlicht. Lebt Solidarität! Wenn je, so ist in diesem Kampfe die Anteilnahme der Partei- und Gewerkschafts-genossen, ja jedes fühlenden Menschen, am Platze. Nochmals: Lebt Solidarität! Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

### Berlin und Umgegend.

Die streikenden Elektromonteur und Helfer versammelten sich am Dienstagmorgen wieder im „Englischen Garten“. Handte erstattete Bericht über die Streiksituation. Gestreift wird noch bei den folgenden Firmen: Henning, Gebauer u. May, Machol u. Marter, Siemens, Schudert-Werke, Opiß, Käffer, Märkische Installationsgesellschaft. Die übrigen Unternehmer haben sich mit den Arbeitern geeinigt und annehmbare Zugeständnisse gemacht, so daß wie Handte hervorhob, der Streik seine Wirkung nicht verfehlt und den Arbeitern manche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht hat. Auch bei den zurzeit bestreikten Firmen stehen Verhandlungen bevor, so daß der Abschluß der Bewegung (vielleicht von einer oder von zwei Firmen abgesehen) zu erwarten ist.

Wie wir bereits berichteten, sollten die bestreikten Firmen aus einem Fonds, zu dem zwei Großfirmen 50 000 M. gestiftet haben, unterstützt werden. Wie diese Unterstützung vor sich geht, ist aus dem Protokoll über die letzte Versammlung der Unternehmer zu ersehen. Die geschädigten einzelnen Firmen haben die Offenlegung ihrer Verhältnisse einem Vertrauensmann aus der Mitte der Kommission darzulegen, der darüber an die Kommission zu berichten hat. In diese Kommission wurden gewählt: A. E. G., Schwabe u. Co., Siemens u. Schudert-Werke, A. Zenner, Ziele u. Jehnke.

Die Unterstützung ist, wie man sieht, teuer erkauft mit der Offenbarung aller geschäftlichen Verhältnisse an die konkurrierenden Firmen.

In Bezug auf die Haltung der Unternehmer den Forderungen der Arbeiter gegenüber heißt es in dem Protokoll:

„Die nach dem Beschluß der Monteurversammlung vom 31. August 1911 den einzelnen Firmen vorgelegten abgeänderten Vereinbarungen fallen unter den Begriff eines Tarifvertrages mit Mindestlöhnen, sind also ebenfalls abzulehnen. Die einzelnen Firmen können, wenn ihre Arbeiter zu ihnen kommen, um zu verhandeln, nach wie vor über etwa gewünschte Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse Rücksprache nehmen und solche — jedoch keinesfalls in Form irgend einer Vereinbarung — zufügen, unter der Bedingung, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird.“

Trotzdem haben zahlreiche Unternehmer diese verbotene Vereinbarung mit den Arbeitern getroffen. Wo die Arbeit wieder aufgenommen wurde, sind auch Verbesserungen erzielt worden.

### Die Tarifbewegung der Arbeiter in den Eisengießereien.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Bericht im „Vorwärts“ vom 12. d. Mts. über die Versammlung der in den Eisengießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist etwas zu rosig.

Soweit ist es denn doch nicht mit der Zustimmung der Former und Gießereiarbeiter. Es haben eine Anzahl Redner für und auch eine größere Anzahl Redner gegen die Vorschläge gesprochen. Eine Abstimmung ist über die Vorschläge nicht erfolgt. Vielmehr wurde beschlossen, erst das Endergebnis der Verhandlungen, das man in den nächsten 14 Tagen wünscht, abzuwarten und dann eine Abstimmung vorzunehmen. Wie die Abstimmung dann ausfallen wird, das steht noch sehr dahin. Adolf Cohen.

Die Arbeiterschaft der Firma Lorenz, Fabrik für Telegraphen- und Telephonartikel, Elisabethufer, hatte in einer Betriebsversammlung, die am 30. August stattfand, eine Kommission gewählt, um bei der Direktion des Werkes eine Reihe von Beschwerden vorzutragen. Am Montagabend fand wieder eine Betriebsversammlung im „Märkischen Hof“, Admiralstraße, statt; die Kommission berichtete, welche Antwort die Direktion erteilt hatte. Eine lange Reihe von Beschwerden hatte vorgelegen; die Arbeiter klagten, daß ihnen nicht das Werkzeug geliefert werde, wie es notwendig ist, daß sie sich zum Beispiel die teuren Spiralschleifer selber kaufen müssen. Als Abschlagszahlung von Afforden werde gelernter Arbeiter nur 45 Pf. als Stundenlohn geboten. Die Ventilation, besonders in der Brenner- und Schleiferei, sei ungenügend; über Toiletten, Garderoben, Waschvorrichtungen usw. wurde geklagt. Mit manchen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Ausperrung auf zwei Stunden für alle, die nicht morgens um 7 Uhr in der Fabrik sind, so daß sie erst um 9 Uhr anfangen dürfen, sind die Arbeiter durchaus nicht einverstanden, aber sie fanden bei der Direktion kein Verständnis dafür. Die Kommission konnte nur berichten, daß bei den Verhandlungen sehr wenig für die Arbeiter herausgekommen sei. Die Direktion machte in einigen Punkten Versprechungen und zeigte nur da Entgegenkommen, wo eine Pflicht unabweisbar vorlag; sonst aber bleibt alles beim alten, besonders wo es etwas kostet. Mit dieser Erledigung ihrer Beschwerden waren die Arbeiter sehr unzufrieden, wie die Diskussion zeigte. Von einigen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß nur mit einer besseren Organisation im Betriebe, mit dem Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband, bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. In einer angenommenen Resolution der Versammlung wurde dieser Ansicht Ausdruck gegeben.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die Parkettbodenleger Berlins befinden sich seit 14 Wochen im Streik, da ein Teil der Arbeitgeber sich weigert, den Tarif anzuerkennen. Bisher sind von den Bauten der Firma A. Wertheim in der Leipziger Straße und in der Königsstraße größere Arbeiten in Stoffboden angeführt. Die Arbeiter sind an die Firmen Chr. Becker Söhne, Schöneberg-Berlin, Heber in Weimar und die Straßburger Parkettfabrik Straßburg-Schillingheim, vergeben. Alle drei Firmen weigern sich, den Tarif anzuerkennen, und versuchen die Arbeiten mit Arbeitswilligen auszuführen. Die Firma Chr. Becker holt sich solche aus Italien; Heber sucht in Rheinland und Westfalen Parkettleger für Berlin. Wir ersuchen alle Bauarbeiter, uns in unserem Kampf zu unterstützen. Die Arbeiterpresse des In- und Auslandes ersuchen wir, vor Zugang nach Berlin zu warnen, da noch 80 streikende und arbeitslose Parkettleger vorhanden sind. Deutscher Holzarbeiterverband, Berlin. Die Branchenleitung der Parkettleger.

**Zum Streik der Hausdiener usw. der Firma Carl Stiller,** Jerusalemstraße 33/39, ist zu berichten, daß die Situation unverändert ist. Von den 43 in Streik getretenen Kollegen ist keiner abtrünnig geworden; auch Arbeitswillige haben sich nur drei anwerben lassen. Dahingegen haben die deutschen nationalen Handlungsgesellschaften sich bereit gefunden, die Bogenlampen in Stand zu halten und die Geschäftsräume auszufegen. Die Herren Verkäufer und Dekorateurs gehen als Fensterputzer, Abfrierer und Misfahrer. Die armen Lehrlinge müssen schwer beladen mit Paketen zur Rundschau.

In der Jerusalemstraße und Königsstraße haben Verkaufsrinnen den Fußboden gesäubert; von Rassisten auf ihr Verhalten aufmerksam gemacht, stellten sie den Besen in die Ecke; die Herren Geschäftsführer legten die unterbrochene Arbeit fort.

Die Zettelverteilung liegt der Geschäftsleitung am schwersten im Magen; alles, nur keine Zettel vor oder in der Nähe des Geschäfts verteilen. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

**Asphaltarbeiter!** Die bei der Firma J. Wigantow, Asphalt- und Straßenbauerschäden ausgebrochenen Differenzen sind

durch Verhandlungen mit einem Vergleich — die Kollegen erhalten eine Zulage von 2 beziehungsweise 2 1/2 Pf. pro Stunde — zugunsten der Arbeiter beendet.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Asphaltreue Deutschlands.

### Deutsches Reich.

**Streik der Elektromonteur in Hannover.** Die Elektromonteur und Helfer haben am Montag in einer Anzahl Betriebe die Arbeit eingestellt. Am 7. August hatten dieselben durch den Metallarbeiterverband Forderungen unterbreitet. Die Arbeitgeber beschloßen zunächst, nicht zu antworten. Auf Vorfestwerden der Monteur in den einzelnen Betrieben versprachen dieselben dann, in der nächsten Versammlung eine Gegenvorlage auszuarbeiten. Dies ist nicht geschehen, sondern die Arbeitgeber antworteten nun am 8. September, daß sie sich vorläufig nicht äußern könnten. Die Monteur versuchten nun am Montag, den 11. September, nochmals Verhandlungen anzuknüpfen. Auch diese wurden in den meisten Geschäften abgelehnt. Darauf legten in 20 Geschäften 120 Monteur die Arbeit nieder. 45 Monteur in 6 Geschäften arbeiten zu neuen Bedingungen; in den übrigen Betrieben werden die Verhandlungen noch fortgesetzt. Zugang ist fernzuziehen.

### Zur Aussperrung in Thüringen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Thüringen begann mit der Entlassung der Arbeiter in Eisenach und Jähershausen am 29. Juli und war am 26. August mit der Entlassung der Arbeiter in Saalfeld a. S. soweit durchgeführt, daß rund 8000 in Altenburg, Eisenach, Erfurt, Gera, Gohrnis, Gotha, Jähershausen, Ohrdruf und Zeulenroda ausgesperrt waren, wovon dem Deutschen Metallarbeiterverband rund 5000 und anderen Organisationen 1000 Mitglieder angehören.

In den fünf Wochen, die der Metallindustriellenverband zur Ausführung der Aussperrung in Thüringen gebraucht hat, versuchte der Metallindustriellenverband in der Zeit vom 18. bis 28. August die beteiligten Arbeiterorganisationen zu bewegen, die vor Beginn der Aussperrung gemachten Einigungsvorschläge anzunehmen. Bei den Versuchen stellte der Verband Thüringer Metallindustrieller die Gesamtaussperrung durch den Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen in Aussicht, die von den Bezirksverbänden in Sachsen und Thüringen beantragt worden war. Zu dem Zwecke fand in Berlin am 29. und 30. August eine Generalversammlung und Ausschüßung des Gesamtverbandes statt.

Trotz dieser Drohung mußte der Bezirksleiter Boh auf eine geregelte Verhandlung unter Teilnahme der in Frage kommenden Organisationen und Beauftragten der beteiligten Arbeiter bestehen. Widerwillig verstanden sich die Vertreter des Metallindustriellenverbandes dazu, daß am Freitag, den 25. August, Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Organisationen stattfinden konnten. Die ausgedehnten Verhandlungen ergaben folgendes Resultat: Bezirksleiter Boh vom Metallarbeiterverband erklärte:

Die beteiligten Organisationsvertreter werden für eine Einigung unter folgenden Bedingungen eintreten:

1. In allen Betriebsbetrieben wird der Bedarf an Arbeitskräften innerhalb 6 Wochen nach einer Einigung nur aus der bisherigen Belegschaft gedeckt.

2. Bezüglich der 9 Kopfschleifer in Jähershausen wünschen die Vertreter, es möge in Erwägung gezogen werden, daß, wenn die Kopfschleifer in Jähershausen nicht eingestellt werden, sie in anderen Betrieben des Verbandes untergebracht werden.

3. Bezüglich der nachträglichen Forderungen vom 28. und 31. Juli sind die anwesenden Gewerkschaftsvertreter der Meinung, daß nicht alle Mitglieder des Verbandes Thüringer Metallindustrieller einen ablehnenden Standpunkt einnehmen und ersuchen darum um eine Erklärung, ob die ablehnende Erklärung für alle Betriebe abgegeben sei. Die Vertreter seien nicht in der Lage, für den Fall, daß die Erklärung für alle Betriebe abgegeben sei, die Forderungen zurückzuziehen.

Der Metallindustriellenverband erklärte: „Auf folgender Grundlage ist eine Einigung möglich:

1. Die ausgesperrten und streikenden Arbeiter nehmen die Arbeit innerhalb drei Tagen nach Zustandekommen der vollständigen Einigung wieder auf, und zwar zu den alten Bedingungen bezw. zu den Bedingungen, die vor der Aussperrung und protokollarisch zugestanden worden sind.

2. Die Mitglieder des Verbandes Thüringer Metallindustrieller stellen innerhalb 14 Tagen vom Tage der Einigung an nur Arbeiter ihrer früheren Belegschaft in dem Umfange wieder ein, als der Betrieb es zuläßt. Bei der Firma J. A. Zopf u. Söhne, Erfurt, beträgt die Einstellungsfrist 6 Wochen und bei den Firmen Kästner u. Löbelmann, Erfurt und Thüringische Radel- und Stahlwarenfabrik Wolf, Knippenberg u. Co. A.-G. in Jähershausen, 4 Wochen.

3. Gegenseitige Belästigungen innerhalb der Arbeiterschaft haben zu unterbleiben.

4. Die nachträglich gestellten Forderungen vom 28. bezw. 31. Juli werden abgelehnt.

5. Die gegenseitige Sperre wird von beiden Seiten nach erfolgter Einigung für sämtliche Betriebsbetriebe aufgehoben mit Ausnahme der Firma J. A. John A.-G. zu Erfurt, welche ihre Differenzen mit ihren ausständigen Arbeitern selbst regeln will.

Bezüglich der 9 Kopfschleifer in Jähershausen wird zugefügt, daß der Arbeitsnachweis des Verbandes sich bemühen wird, ihnen Arbeit nachzuweisen. Zu der obigen Erklärung gaben die Organisationsvertreter folgende Erklärung ab:

Die beteiligten Organisationsvertreter sind zum Teil mit den Vorschlägen des Metallindustriellenverbandes einverstanden. Sie verlangen jedoch anstatt der Frist von 14 Tagen, eine Frist von 6 Wochen für alle Betriebe, in der sie gehalten sein sollen, Einstellungen nur aus den Reihen der ausstehenden Arbeiter vorzunehmen zu dürfen.

Bezüglich der Zurückziehung der gestellten Forderungen wurde folgende Erklärung abgegeben:

Die Gewerkschaftsvertreter sind ohne Zustimmung der örtlichen Mitgliedschaft nicht berechtigt, die Forderungen vom 28. bezw. 31. Juli zurückzuziehen und schlagen vor, die nötigen Verhandlungen über die Forderungen zwischen den einzelnen Ortsgruppen stattfinden zu lassen.

Der Metallindustriellenverband erklärte die Bedingungen für unannehmbar, sagte jedoch zu, sich dafür bemühen zu wollen, daß die Einstellungsfrist von 14 Tagen auf 4 Wochen verlängert werden sollte.

Dieses Verhandlungsergebnis wurde den Versammlungen in den einzelnen Orten in der Zeit vom 26. bis 28. August zur Beschlussfassung unterbreitet. Die Ablehnung der Arbeitgebervorschläge erfolgte gegen wenige Stimmen. Das wurde dem Vorsitzenden des Verbandes Thüringer Metallindustriellen, Herrn Küchler, am 29. August mitgeteilt, aber die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen erklärt. Herr Küchler fuhr mit dem Bescheid zum Gesamtverband in Berlin. Die dabei gefassten Beschlüsse zur Unterthänigung der Metallindustriellen in Sachsen und Thüringen sind bekannt und brachten keine Gesamtaussperrung, wie sie vom Verband Thüringer Metallindustrieller angebrocht worden war. Die bestehende Verlegenheit wurde für die Verbandsleitung der Thüringer Metallindustriellen dadurch vermehrt, daß sehr viel Arbeitgeber schon längst eine Beendigung der Aussperrung verlangten. Die Gefahr, daß die einzelnen Arbeitgeber selbst die Verhandlung mit den Arbeitern zur Festlegung der Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit aufnehmen würden, trat immer mehr für die Arbeitgeberorganisation hervor. Der Vorsitzende begann den Rückzug zu organisieren. Er gab die zentralen Verhandlungen preis und versuchte, seinen Einfluß in den einzelnen Orten und Betrieben zu sichern. Dazu wurde ein leiser Versuch gemacht, dem Bezirksleiter Boh die Schuld für den Abbruch der zentralen Verhandlungen zuzuschreiben. Nach einer Aussprache mußte davon Abstand genommen werden. Nach dieser

Aussprache wurde privat über die bestehenden Differenzen gesprochen. Die Herren vom Metallindustriellenverband erklärten Verhandlungsmüde aber bereit zu sein, eine Verständigung ermöglichen zu wollen. Es wurde von Arbeiterseite vorgeschlagen, eine zentrale Verhandlungskommission zur Festlegung der Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit anzuerkennen. — Das lehnten die Arbeitgeber ab und verlangten, örtliche Verhandlungskommissionen zu bilden, wozu die Arbeitgeber ebensoviel Arbeiter hinzuziehen, wie die Arbeiter selbst bestimmen werden und dieser Kommission die Ermächtigung für endgültige Abschlüsse zu erteilen. Dem Vorschlag konnten die Vertreter des Metallarbeiterverbandes nicht annehmen, erklärten aber nochmals ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen. — Bevor eine Unterredung stattfand, hatten an verschiedenen Orten einzelne Arbeitgeber erkennen lassen, daß sie geneigt seien, selbstständig die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit in ihren Betrieben mit den Arbeitern zu vereinbaren, was denn auch geschehen ist. Der Metallindustriellenverband tritt aber immer wieder störend dazwischen. Er hat an die Arbeitgeber die Weisung erteilt, daß die Verhandlungen betriebsweise in den einzelnen Orten stattfinden, zu denen die Unternehmer auf je 100 Mann ihrer Belegschaft 3 Arbeiterdelegierte entsenden sollen; außer dieser Taktik wird versucht, die Arbeiter mit der Aussperrung zu unüberlegten Schritten zu verleiten. Nach den dazu schädlichen erfolgten Bekanntmachungen werden die Belegschaften erst Festlegung der Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit fordern.

Die ohne jeden triftigen Grund vom Verband Thüringer Metallindustrieller leichtfertig vorgenommene Aussperrung geht ihrem verdienten Ende entgegen. Was die Metallindustriellen bezwecken wollten, kann nicht eintreten. Die Organisation der Arbeiter wird nicht geschwächt, sondern gestärkt werden.

### Die Verhandlungen in Leipzig.

Die Verhandlungen in der Leipziger Metallindustrie, die am Sonnabendvormittag wieder aufgenommen wurden, zeitigten einige kleine Zugeständnisse, die aber kaum zur Beilegung der Differenzen genügen dürften.

In der Frage der Arbeitszeit akzeptierten die Unternehmer die von den Arbeitern vorgeschlagene Fassung, wonach die Wochenarbeitszeit nicht mehr als 56 Stunden betragen darf. Sie strichen aber das Wort „effektive“.

Ebenso soll Überzeitarbeit Sonnabend überhaupt nicht geleistet werden.

Als Lohnausgleich und Lohnzulage sollen die Gießereiarbeiter, denen bisher nur 1 Pf. pro Stunde geboten war, 2 Pf. erhalten. Damit erhalten die Gießereiarbeiter, denen die Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche verläßt wurde, neben dem Ausgleich für Verfüzung der Arbeitszeit noch eine Lohnhöhung, dagegen gehen die Arbeiter, denen die Arbeitszeit um mehr als zwei Stunden verläßt wurde sowie die Dreher, Schlosser und andere Arbeiter der Metallwarenfabriken leer aus.

Keine Zugeständnisse wurden gemacht in Bezug auf die Verrechnung der Akkordarbeit, die Festlegung des Lohnes nach Leistung und in Bezug auf die Wirkung der etwa zustande kommenden Vereinbarung auf bessere Arbeitsverhältnisse, so daß es den Anschein gewinnt, als ob die Unternehmer künftighin bessere Arbeitsverhältnisse, als die Angebote der Unternehmer sie schaffen, nicht dulden wollen.

Eine Aenderung hat die Situation dadurch erfahren, daß das Kartell der sächsischen Metallindustriellen, wie es verstanden läßt, „um nach Möglichkeit weitere Schädigungen der sächsischen Metallarbeiterschaft zu vermeiden“, am 11. September auf Vorschlag des Kartellverbandes Leipzig einstimmig folgenden Beschluß faßte:

Die Aussperrungen in Chemnitz und Dresden werden mit dem 13. September abends aufgehoben, die Aussperrungen sollen jedoch in vollem Umfange am 27. September wieder aufgenommen werden, falls die Verhandlungen in Leipzig bis zum 23. September abends nicht zur vollen Einigung geführt haben.“

Die Arbeit in den Betrieben muß also offenbar sehr drängen. An das gute Herz der sächsischen Scharfmacher, die ihre Arbeiter nicht hungern lassen können, glaubt natürlich kein Mensch. An der Arbeiterschaft ist es nun, darüber zu befinden, ob sie die Arbeit jetzt schon aufnehmen soll, oder ob sie besser damit wartet, bis die Verhandlungen beendet sind. Was die richtigere Taktik ist, läßt sich nur bei genauer Kenntnis der Betriebsverhältnisse sagen.

### Ausland.

#### Generalstreik in Bilbao.

Wie aus Madrid gemeldet wird, haben die Arbeiterverbände in Bilbao den Generalstreik erklärt.

## Letzte Nachrichten.

### Im Dienste des Vaterlandes!

**Nachen, 12. September.** (B. S.) Während des Wandervers im hiesigen Bezirke sind dem „Ego“ zufolge sieben Soldaten, zumeist Reservisten des Regiments 160, an Hirschschlag gestorben.

### Der geheimnisvolle Marokkoschacher.

**Paris, 12. September.** (B. T. V.) In dem heute Nachmittag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Caillaux abgehaltenen Ministerrat machte Minister des Aeuheren de Seibers Mitteilung von dem Stand der Verhandlungen mit Deutschland und von dem Inhalt der Antwort, die er der deutschen Regierung zu geben gedenke.

### Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

**Nancy, 12. September.** (B. T. V.) Ein Personenzug, der Loul um 8 Uhr morgens verlassen hatte, entgleiste in der Weiche von Maréville; drei Wagen wurden beschädigt, der Zugführer getötet und drei Frauen leicht verletzt. Der Verkehr von Paris nach Straßburg wird durch Umsteigen auf einem Gleise durchgeführt.

### Chinas Entwicklung zum „modernen Kulturstaat“.

**Peking, 12. September.** (Tel. d. Petersb. Tel.-Ag.) Im Marineministerium ist ein sich auf sieben Jahre erstreckendes Flottenprogramm ausgearbeitet worden, nach dem China am Ende der genannten Frist 8 Linienschiffe, 20 Kreuzer, 10 andere Schiffe und 50 Torpedoboote, sowie 4 Marinearsenale besitzen wird.

### Verheerende Großfeuer.

**Donaueschingen, 12. September.** (B. T. V.) In dem nahen Grünlingen brach heute mittag inmitten des Ortes ein Großfeuer aus, das durch den starken Ostwind angefaßt, sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete und in wenigen Stunden 20 Gebäude in Asche legte. Die Feuerwehren aus der ganzen Umgegend sind zu Hilfe geeilt. Es herrscht Wassermangel.

**Prag, 12. September.** (B. T. V.) In dem Dorf Jamn bei Pisek in Südböhmen sind 32 Häuser samt der eingebrachten Ernte niedergebrannt. Der Schaden ist groß. Es sind 284 Personen obdachlos.

**Moskau, 12. September.** (B. S.) Das Dorf Crusadez wurde von einer verheerenden Feuerbrunst heimgesucht. Ein großer Teil der Ortschaft ist eingeeäschert. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Zweiter Tag.

Vormittags-sitzung.

Donn, 12. September 1911.

Vorsigender Dieb eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes wird fortgesetzt.

Dr. Lauffenberg-Hamburg:

Wir wünschen, daß mit der Bekanntmachung der Tagesordnung zum Parteitag auch der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird. Der Parteitag wird den Antrag ja nicht annehmen; aber vielleicht zieht doch der Parteivorstand den Antrag in wohlwollende Erwägung.

Rum zum Geheimzirkular. Ich verstehe die Empfindlichkeit in den Kreisen der Angestellten der Gewerkschaft. Aber in dieser Zeit großer wirtschaftlicher und damit auch organisatorischer Umwälzung ist es unbedingt notwendig, daß die Partei- und Gewerkschaftsorgane sich über die einzelnen Vorgänge äußern können.

Man hat versucht, aus der Marokko-Angelegenheit einen speziellen Fall Luxemburg zu konstruieren. Zweifellos hat die Genossin Luxemburg eine Indiscretion begangen. Aber darum handelt es sich hier nicht, sondern darum, ob der Parteivorstand seine Pflicht getan hat. In demselben Augenblick, als der Genosse Bebel der Genossin Luxemburg Indiscretion vorwarf, hat er selbst eine Indiscretion begangen, indem er über interne Vorgänge im Internationalen Bureau Mitteilung machte.

Vorsigender Dieb verliest einen Antrag Duard-Auer, der auch von sämtlichen Delegierten von Berlin und der Provinz Brandenburg unterstützt wird: Der Parteitag beschließt: 1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen; 2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 12gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Richard Fischer-Berlin:

Als ich gestern all die großen Männer ihr Scheitern hier heraufschleppen sah zu dem Scheiterhaufen, auf dem der Parteivorstand verbrannt werden soll, da fielen mir die Regier ein, die ihre hölzernen Högen immer prägen, wenn sie nicht den nötigen Regen geben. Aber die Regier wissen wenigstens, warum sie ihre Högen verputzen. Ich habe gestern keine einzige Tatsache gehört, die das Kesseltreiben rechtfertigt.

Rum haben ihre Freunde alles mögliche getan, um den Vorwurf der Indiscretion und Unwahrheit wegzuwischen. Aber wer hatte denn ein Interesse zu wissen, was die Führer der Internationale gegen den Krieg planen? Nicht die Partei! (Zuruf: Uniere Fremde!)

Ueber die Frage selbst kann man ja geteilter Meinung sein: Ist etwas veräußert worden und was? Aber dazu möchte ich Tatsachen hören und nicht Redensarten. Wer hat denn all die radikalen Jeremiaffen verhandelt, mit ihren Genossen am Ort Demonstrationen zu veranstalten? (Zuruf: gut!) Seit wann ist der Parteivorstand der Leihhimmel, der vorauslaufen muß? Der „Vorwärts“ hat schon am 4. Juli zum Protest gegen das Treiben der Chauvinisten aufgefordert. Das Wörtchen „Parteivorstand“ stand nicht unter dem Anruf.

Rimmt man die Sache chronologisch-historisch, so fällt der ganze Vorwurf in sich zusammen. Und haben denn die Tatsachen, die den Parteivorstand und den Genossen Bebel dazu geführt haben, die Konferenz hinauszuschieben, hat denn die Entwicklung der Dinge Bebel, Mollenhuth und dem Parteivorstand nicht

recht gegeben. Diese Frage stellen heißt, sie zugleich beantworten, obwohl Ledebour im Widerspruch mit der Wahrheit die Hinausschiebung jener Konferenz ein Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion nennt. Im „Volksblatt für Halle“ sagt er sogar, der Parteivorstand habe diese Aktion zum Scheitern gebracht. (Zuruf: Stimmt auch!) Er erhebt dann den Vorwurf, der Parteivorstand habe das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie geschädigt, er wolle oder wage nicht, die internationalen Verpflichtungen zu übernehmen. Wenn das wahr ist, dann her mit den Beweisen, und weg mit einem Parteivorstande, der so feige oder so hinterlistig ist. Hat man aber keine Beweise für solche ungeheuerlichen Vorwürfe, die tatsächlich das Ansehen der Partei schädigen, dann soll man mit solchem Geschwätz vom Parteitag wegbleiben. (Unruhe.) Der Parteitag hat das Recht, sich zu verbitten, daß Persönliche Gehässigkeit und Wichtigkeit in solchen geschwollenen Redensarten sich ergeht. (Große Unruhe.) Ledebour selbst, der es als ein Durchkreuzen der internationalen Verständigungsaktion bezeichnet, wenn die Konferenz nicht an einem bestimmten Tage zusammentritt, schreibt in dem bekannten Artikel, daß der internationale Kongress in Kopenhagen erst jüngst wieder gezeigt habe, wie weit die Meinungen auseinandergehen. Wir können erst an eine internationale Aktion gegen den Krieg herantreten, wenn der gesamte politische Kampf der sozialdemokratischen Parteien von dem nämlichen Grundgedanken durchdrungen ist. Erst dann kann man an die Aktion herantreten, die der Parteivorstand jetzt schon gefährdet und zum Scheitern gebracht, weil er nicht auf eine bestimmte Stunde die Konferenz einberief. (Ledebour: Lächerlich!) Ja, gewiß, das ist lächerlich. (Heiterkeit.) Das ist ja meine Auffassung über das geschwollene Getue, hinter dem nichts steckt. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.)

Ed. Bernstein-Teltow-Beechlow

verteidigt MacDonald gegen den von Ledebour erhobenen Vorwurf des Nationalismus, er sei es nicht mehr wie Hyndman, der ebenfalls den Befürchtungen der Engländer wegen der deutschen Flottenrüstungen Ausdruck gegeben hat. Ein grober Unfug sei es, dem ein Ende gemacht werden müsse, daß die auswärtigen Korrespondenten unserer großen Blätter die Bruderparteien beschimpfen, statt objektive Berichte über die auswärtigen Verhältnisse zu liefern. — Zwei Tage nach dem angeforderten Briefe Mollenhuth hat Vaillant aus Paris geschrieben, die Gefahr sei nicht so unmittelbar, daß die Einberufung der internationalen Konferenz ohne Befragung der nationalen Parteien nötig sei. Der Vorstand einer Dreimillionenpartei trägt ja auch eine ganz andere Verantwortung, als der Vorstand einer kleinen einflusslosen Partei; diese hat das Bedürfnis nach vielen internationalen Konferenzen, durch die sie moralisch gehoben wird. Die Gefahr liegt weniger im Krieg, als in der Kriegshege und ihrer Milderwirkung auf die innere Politik, und gerade angefaßt der ganzen weltpolitischen Situation und ihrer Gefahren dürfte der Parteivorstand der großen und einflussreichen deutschen sozialdemokratischen Partei nicht auf Gerichte hin, sondern erst, wenn die Verhältnisse klar zu übersehen sind, den Moment für die internationale Aktion des Proletariats wählen. (Beifall.)

Bischoff-Altona:

Die Parteigenossen im achten und zehnten Schleswig-holsteinischen Wahlkreis waren allgemein der Meinung, daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig auf den Plan getreten ist. Nach den Ausführungen von Bebel und Mollenhuth kann man allerdings eine andere Ansicht gewinnen. Wir beantragen die Streichung der Bestimmung des Organisationsstatuts, daß zwei Delegierte zu wählen sind, möglichst eine Genossin darunter sein soll. Wir wollen nicht etwa den Genossinnen die Erlangung eines Mandats erschweren, aber diese Bestimmung ist un demokratisch. Schließlich könnte es einmal dahin kommen, daß man bitten möchte, daß auch ein Genosse unter den Delegierten sein soll. (Heiterkeit.) Dazu kommt, daß diese Bestimmung ja so wie so nicht von allen Kreisen befolgt wird.

Dittmann-Solingen:

Es ist richtig, daß ich von dem Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gesprochen habe. Aber wer den Sinn meiner Worte nicht abfälschlich verdrehen will, der wird etwas anderes herauszuhören müssen, wie Fischer, besonders, wer meinen Artikel im „Vorwärts“ gelesen hat. (Sehr richtig!) Der Artikel enthält auch nicht einen Funken einer Animosität gegen irgendein Mitglied des Parteivorstandes, sondern lediglich sachliche Gründe für die Notwendigkeit der Reorganisation unserer Parteileitung. Selbst Müller hat ja die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Parteivorstandes zugegeben. Im übrigen liegt es mir vollständig fern, mich über das aufzuregen, was Richard Fischer hier gesagt hat. Ich sage nur, daß was ganz Richard Fischer. (Sehr richtig!) Damit ist alles gesagt, was zur Kritik gesagt werden kann. Wie denke ich mir die Reorganisation des Parteivorstandes? Für unsere süddeutschen Freunde ist es von der größten Bedeutung, daß ein Sekretär des Vorstandes für Landesangelegenheiten eingesetzt wird, der in ständigem Kontakt mit den Landesorganisationen und Landesorganisationen der einzelnen Länder stehen muß. Er muß eine Zentralkonferenzstelle bilden für die einzelnen Landesorganisationen und sobald irgendwelche wichtigen Angelegenheiten in den Landtagen zu erledigen sind, die neue Wege für die Partei erschließen können, muß er sich rechtzeitig mit den Fraktionen ins Einvernehmen setzen. Gätten wir bereits einen solchen Sekretär gehabt, dann wären vielleicht Differenzen, die die letzten Parteitage beschäftigt haben, überhaupt nicht, oder doch nicht in so unangenehmer Form zurage getreten, wie es leider der Fall gewesen ist. (Zustimmung.) In ähnlicher Weise denke ich mir die Dinge in bezug auf die Kommunalpolitik. Hier eröffnet sich für einen Sekretär ein ungeheures Arbeitsgebiet. Man hat doch wohl noch das Recht, in der Partei seine Ansichten auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verzichte darauf, auf Einzelheiten der Angelegenheit des Geheimzirkulars noch weiter einzugehen. Es ist um so dringender notwendig, daß die Parteipresse Kritik an den Maßnahmen der Gewerkschaften übe, als leider bei diesem im Laufe der letzten Jahre die Kritik in der Verbandspresse außerordentlich eingeschränkt worden ist. (Hört, hört!) In früheren Jahren hat man auch in den Gewerkschaften den Standpunkt vertreten, daß das Verbandsorgan unabhängig der Zentralleitung gegenüberstehen müsse, heute aber verfolgen Verbandsvorstand und Organ vielfach eine gemeinsame Politik, die sie unter allen Umständen durchzusetzen suchen, und gerade dadurch entsteht die Rebellion unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Es ist Pflicht der Parteipresse, sich auch mit den internen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu befassen und rücksichtslos auszusprechen das, was ist. Der Parteivorstand mußte, nachdem der „Grundstein“, der „Korrespondent“ und der Quadrandenvorstand das Eingreifen der Generalkommission gefordert hatten, sich darüber klar sein, daß eine Geheimhaltung nicht durchzuführen war. Legen hat mich in seiner Weise belehrt. Die leitenden Gewerkschaften sind nicht mit dem Verbandsorgane identisch und die Kritik an ihnen trifft noch lange nicht alle Verbandsmitglieder. Ein anderer Standpunkt führt zu dem absolutistischen Selbsterkenntnis Ludwigs XIV. „Der Staat bin ich!“ Dahin sollen wir es in der Gewerkschaft und Partei nicht kommen lassen. Die leitenden Instanzen müssen der Kritik unterliegen, und die Kritik kann höchst notwendig werden. (Beifall.)

Adolf Hoffmann:

Die Kritik am Geheimzirkular war nicht nur unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht. In diesem Zirkular hätte Licht und Schatten gehörig verteilt sein sollen, dann wäre viel Aufregung erspart worden. Wir alle wollen das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft. Aber es muß auf beiden Seiten eine Form der an sich berechtigten Kritik eingehalten werden, daß das Zusammenarbeiten möglich bleibt. Und wenn ein Räffel erteilt wird, dann muß er auch nach der anderen Seite erteilt werden, weil man ja nachher nicht mehr weiß, welches Karnickel eigentlich angefangen hat. Auf die Marokkofrage will ich nicht eingehen, weil ich Gelegenheit genug habe, im Reich über Marokko zu sprechen. Wenn sich auch gestern die Genossen alle Mühe gaben, den Rahmen der Parteioffenheit nicht zu überschreiten, so sind doch Dinge vorgekommen, die besser unterblieben wären. Aber — wer nie zu weit gegangen, ging selten weit genug. Luxemburg und Ledebour haben den Parteivorstand vorwärts geschoben. Im Parteivorstand ist ein Fehler begangen worden. Das müßte nicht unser August Bebel sein, wenn er nicht mit ganzer Kraft für den Parteivorstand eingetreten wäre, um ihn herauszubauen. Ich erkenne auch die hohen Verdienste Mollenhuths um die Partei an. Aber er ist, wie der Berliner sagt, ein lüchziger pomadig. (Heiterkeit.) Daß ein Mann im Vorstand ist, der seine Äuße stets behält, ist gewiß wertvoll, aber in dem Augenblick, wo er allein zu entscheiden hat, kann die Aube ein Hemmnis werden. Dagegen müssen wir Vorbehalte treffen. Sonst kann viel verpaßt werden. In diesem Falle ist ja nichts verpaßt worden, aber es hätte auch anders kommen können. Gerade die Rücksicht auf die Reichstagswahlen zwingt uns, bei Kriegsbegehren mit allen Mitteln einzufahren, damit die indifferenten Wähler nicht auf das Kriegsgeschrei hereinfallen. Eine Vermehrung des Parteivorstandes ist notwendig, aber ein festangestellter Vorsitzender würde ein Hemmnis werden. Er würde den zweiten Blick verlieren, wenn er mit Geschäften zu sehr überlastet wird. Wir müssen mit der Frage der Reorganisation des Parteivorstandes eine Kommission betrauen. (Beifall.)

Vorsigender Dieb macht den nächsten Redner Dr. Liebknecht darauf aufmerksam, daß er nur 10 Minuten sprechen darf. (Heiterkeit.)

Dr. Liebknecht:

Ich hoffe, daß diese freundliche Ermahnung auf meine Redezeit nicht angerechnet wird. (Heiterkeit.) Ich will nur zur Marokkofrage sprechen. Die Situation war schon Anfang Juli ganz klar. Es wurde nicht nur sofort der Aufruf im „Vorwärts“ erlassen, es wurden auch die Versammlungen zu gleichzeitigen Demonstrationen für den Frieden gestaltet. Das muß zur Ehre der Parteigenossen im Lande gesagt werden. Sie haben sich vielfach berührt und gezeigt, daß sie den Ernst der Situation besser begriffen hatten, als der Parteivorstand. Gerade der Tag, an dem der Parteivorstand seinen Aufruf erließ, war einer der unglücklichsten Momente für eine solche Veröffentlichung. Anfang August war der Kaiser in Swinemünde, am 5. erschien das Verfügungscommuniqué und just am 6. kam der Parteivorstand mit dem Aufruf. Das war eine Armäwinklei, wie sie in der Partei noch nicht vorgekommen ist.

Ueber die Indiscretionen will ich mich nicht auslassen, kann mir aber vorstellen, daß jemand sich sagt: Ich kann nicht schweigen, wenn eine Situation ungemein ernst wird. Trotzdem bedaure ich, daß die Sache in solcher Weise zur Sprache gebracht werden mußte. Die Art der Kritik hat aber gezeigt, daß die Masse der Parteigenossen mit viel größerem Eifer und größerem Interesse auf die Marokkofrage blickt, als gewisse leitende Stellen. (Sehr richtig!) Es handelte sich um Wichtiges, als um die Gewährung von Geldmitteln an die russische Revolution, von denen Bebel sprach. Dem Genossen Müller vom Parteivorstand könnte man zurufen: Mensch, erlesse deine Sünden! (Heiterkeit.) Hätte der Parteivorstand zugegeben, daß Erhebliches veräußert wurde, so wäre die Kritik viel sanfter gewesen. Statt dessen konstruiert er einen Fall Luxemburg und ruft: Haltet den Dieb.

Es ist richtig, daß die radikalen Jeremiaffen nicht verhindert waren, ihre Aktion durchzuführen. Aber der Parteivorstand geböt vor den Wagen und nicht dahinter. (Sehr richtig!) Die geübte Kritik ist deshalb erfreulich und wertvoll, weil die Debatte gezeigt hat, daß trotz der begangenen Fehler die deutsche Partei und die Gewerkschaften noch niemals so geschlossen und so einig waren wie jetzt. (Beifall.) Das sollen sich unsere Gegner gesagt sein lassen. Wir stellen fest, daß das deutsche Proletariat wie ein Mann zu einer mächtvollen Aktion gegen die Kriegshege geschlossen steht. (Beifall.) Krümmern wir uns nicht zu viel um das Vergangene, es hat ja nicht nennenswert geschadet. Jetzt gilt es, frisch in die Zukunft zu blicken, und dann mag Donnerwetter und Wetterfähen werden, das deutsche Proletariat wird sich bewähren. (Starker Beifall.)

Sassen-Berlin:

Der Antrag des 4. Kreises zur Landtagitation ist von der Erkenntnis getragen, daß in der Agitation auf dem Lande und ganz andere Aufgaben erwachsen, als in den Großstädten, und daher wollen die Antragsteller diese Agitation auf andere Grundlagen stellen. Der Kostenpunkt dürfte so gering sein, daß wir darüber nicht zu reden brauchen. Bei den Nachwahlen zum Reichstag ist bereits nach dieser Idee gearbeitet und die besten Erfolge sind erzielt worden. Die Landarbeiter sind auf die Landratspresse angewiesen, in der sie nur Lügen und Verleumdungen über die Sozialdemokratie finden. Deshalb wollen wir sie aufklären und Dreische legen in den festesten Wall der Reaktion. (Beifall.)

Wäcker-Frankfurt a. M.

begründet den Antrag 16, eine Zentrale für die Parteibetriebe zu schaffen. Frühere Parteitage haben den Antrag abgelehnt. Ein Teil des Antrages ist aber bereits zur Durchführung gekommen, indem ein Genosse zur Geschäftskredition angestellt ist. Diese Tätigkeit soll weiter geführt werden. — Redner wendet sich zur Quadrandfrage und empfiehlt den Redaktionen dringend eine größere Reserve. Gätten sie in den neunziger Jahren in der Tariffrage schon auf dem heutigen Standpunkt gestanden, so wäre uns mancher Kampf mit den Quadrandern erspart geblieben. Rechnlich liegt es heute.

Ueber die Marokkofrage braucht man kaum noch zu reden. In Frankfurt haben wir nicht auf den Parteivorstand gewartet, sondern haben große öffentliche Versammlungen veranstaltet und in den Versätzen die Genossen aufgeklärt. Man muß aber doch sagen, daß der Parteivorstand vorfristig vorgehen mußte, denn er trägt eine weit größere Verantwortung, als die Genossen im Lande. Sein Vorgehen ist deshalb durchaus korrekt gewesen. Die kleine Gruppe, die den Angriff gemacht hat, dürfte wohl selbst einsehen, daß sie nicht gut abgeschnitten hat. Wir haben nichts veräußert. Das deutsche Volk hat stets auf allen Gebieten der internationalen Fragen seine Schuldigkeit getan und wird es auch hier tun. (Bravo!)

Rauer-Sonneberg:

Die scharfen Angriffe gegen den Parteivorstand sind von ihm und seinen Verteidigern noch schärfer zurückgewiesen worden. Aber wir Genossen draußen in der Provinz hatten doch das Empfinden,

daß eine Aktion früher eingeleitet werden mußte. Sie hatten auch nicht das Empfinden, daß erst Rosa Luxemburg und die „Leipziger Volkszeitung“ die Anregung dazu gegeben haben. — Genosse Wels hat sich ganz besonders gegen den Ton der Pünke gewendet. Nun, die Redner der Rechten hatten einen Ton, der auch nicht schöner war, namentlich der Genosse Wels. Man soll aber nicht immer über den Ton jammern, wenn ein fräftiges Wort gesagt werden muß. Ich werde auch das Gefühl nicht los, als ob man zu wenig Wert auf die Meinung der Genossen in der Provinz legt und daß in Berlin viel Durchsichtsware vorhanden ist. Die Rede von Wels war wohl eine Kandidatensrede! (Luruf: Ach ne!)

Ein Wort zum Geheimzirkular. Die Freiheit der Presse muß unbedingt auch gegenüber Angriffen aus Gewerkschaftskreisen gewahrt bleiben. Man tut immer so, als ob die Genossen auf der rechten Seite allein Gewerkschaftler sind und die gewerkschaftliche Taktik in Erbpacht genommen haben. Antrag 15 wird zweifellos angenommen werden. Ich habe schon in Nürnberg darauf hingewiesen, daß eine schärfere Kontrolle der Parteigeschäfte notwendig ist.

Ueber die eigentliche Agitation ist hier noch nicht gesprochen worden. Die Genossen draußen können aber verlangen, auch in dieser Richtung hier Direktiven zu bekommen. Deshalb wende ich mich dagegen, daß man von gewisser Seite erklärt, daß wir mit Fortschrittler und Nationalliberalen zusammen gehen müssen. Wir wollen keinen Großklub, wie er vielleicht in Württemberg und Baden gewünscht wird. (Vereinzelt Bravo!)

#### Rosa Luxemburg:

Die politische Seite der Streitfrage, um die sich die Verhandlungen gestern und heute drehen, ist bereits so klar, daß ich gern auf das Wort verzichten hätte. Ich muß mich aber gegen die persönlichen Angriffe von Mollenbuehr und Webel wenden. Mollenbuehr hat besonders als einen Beweis meiner teuflischen Bosheit hervorgehoben, daß ich gefälscht das Datum meines Briefes an das internationale Bureau unterschlagen hätte. Ich stehe aber heute, wie damals, — und ich glaube, alle Mitglieder, außer Mollenbuehr — auf dem Standpunkt, daß nicht diese oder jene Rede eines englischen Ministers, sondern die Ablehnung eines deutschen Kanonenbootes nach Agadir der gegebene Moment sei, um eine Aktion gegen die Marokkofrage zu entfalten. (Sehr richtig!) Mollenbuehr sagt freilich, was das Kanonenboot dort wollte, das wußte man nicht. Vielleicht dachte man im Parteivorstand, daß es hingehört sei, um Pisalein zu fangen. (Heiterkeit.)

Nun zu Webel! Ich bedauere sehr, daß Webel, der so sehr gegen Indiskretionen vorging, mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Schärfe, Lebhaftigkeit und Jugendfrische zugleich die Indiskretion verübt hat, private Aeußerungen von Duhymans über mich zu verbreiten. Es tut mir leid, daß ich gegen meine Gewohnheit auf die Worte eines Abwesenden scharf antworten muß. Aber ich bin dazu durch Webel gezwungen. Duhymans soll zu Webel gesagt haben (Webel: Soll? Er hat gesagt!) erstens, daß es nicht das erste Mal sei, daß ich eine Indiskretion mit Mitteilungen des Internationalen Bureaus verübt habe. Das hat Duhymans das gesagt, was ich ja nicht weiß und nicht nachprüfen kann, so hat er eine aus der Luft gegriffene Behauptung aufgestellt, für die keinerlei Beweise zu erbringen sind. Weiter soll alle Mitteilungen des Internationalen Bureaus zu sperren. Das hat Duhymans das gesagt, dann hat er seine Kompetenz weit überschritten. (Webel: Das habe ich ja selbst gesagt!) Duhymans hat nicht zu befinden, sondern das Internationale Bureau, und (mit der Faust auf den Tisch schlagend) ich möchte das Bureau sehen, das es wagen würde, mir meine Mitteilungen zu sperren. (Lachen und Beifall.) Weiter hat Webel eine neue Beschuldigung zu meinen früheren Sünden hinzugefügt, ich hätte unterschlagen. (Webel: Sehr richtig!) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will, Genosse Webel, beruhigen Sie sich, bleiben Sie ruhig. (Lachen.) Ich hätte dadurch eine Unterschlagung begangen, daß ich nicht erwähnte, daß er die vorgefällene Sitzung nur zunächst, nur vorläufig, abgelehnt hätte. In meinem Artikel steht schwarz auf weiß: „Das deutsche Mitglied des Internationalen Bureaus erklärte gleichfalls zu nächst...“ (Webel: Davon haben Sie gestern kein Wort gesagt!) Ich habe das vorgelesen, Sie müssen zuhören und nicht immer durch Zwischenrufe hören (Unruhe); ja, ich habe nicht nur erwähnt, daß zunächst abgelehnt war, sondern ich habe mich darüber verbreitet, um nachzuweisen, daß das „zunächst“ ganz anders aufgefaßt werden mußte. Ich sage in meinem Artikel weiter: „Die Ablehnung von deutscher Seite jedoch zunächst ist als eine Ablehnung an die Idee überhaupt aufgefaßt worden.“ Wie man angefaßt dieses Wortlaut meines Artikels behaupten kann, ich hätte unterschlagen, daß die Ablehnung nur zunächst erfolgte, ist mir, um ein bekanntes Wort von Webel zu gebrauchen, ein psychologische Rätsel.

Webel macht mir weiter den Vorwurf, daß ich nicht erwähnt habe, daß er in seiner Besprechung mit Duhymans sich sogar für einen weitergehenden Vorschlag ausgesprochen hat. Er erwähnt aber nicht, daß diese Besprechung am 30. Juli stattfand und mein Artikel schon am 24. erschien. Webel hat dann öffentlich erklärt, er habe sich vorgenommen, künftig in seinen Briefen an mich sich sehr in acht zu nehmen. Diese Vorsicht ist ganz überflüssig. Sie wissen ebenso gut, wie ich, daß die Briefe, die wir einander schreiben, gewöhnlich von vornherein nicht hinter den Spiegel zu stecken sind. (Große Heiterkeit.) Der Parteivorstand, namentlich Webel, haben mit voller Macht aus ihrer Höhe als Jupiter auf mich die brennendsten Blitze und Donner herabgeschleudert, sie haben mich persönlich herabzurufen gesucht sowie sie konnten, aber ich habe schon jetzt eine Entschädigung erlebt. Und das war während der Rede von Ihnen, Genosse Webel. Haben Sie vielleicht gesehen, woher Sie den stürmischen Applaus bekommen haben? (Lachen.) Die applaudierenden Hände waren alle aus Bayern, Baden. (Große Unruhe. Luruf: Ist das so schlecht? Unerschämtheit, Unerblichkeit! Das ist die Einheit der Partei.) Es waren vor allem die Revisionisten. (Großes Gelächter und Zustimmung.) Jawohl, und das ist der Beweis dafür, daß es sich hier nicht um persönliche Angelegenheiten handelt, sondern um politische Fragen, um eine tatsächliche Meinungsdivergenz, die hier auf meinem Rücken ausgefochten ist. Ich gönne Euch diese Lorberen aus dem Süden, die Ihr diesmal reichlich verdient. (Beifall und Rufen.)

#### Lebedour: Berlin:

Liebnecht hat hier sehr wichtige Tatsachen klar gelegt, die meine Stellung vollkommen rechtfertigen. Durch seine Aeußerung: „menschlich auszusprechen, dann kriegt Ihr noch ganz anderes zu hören.“ hat Genosse Webel alles, was er gesagt hat, indirekt zurückgenommen. Es ist ein durchsichtiges Manöver namentlich des berühmten Mandatieraktors unserer Partei, des Genossen Fischers, Webel vorzuschreiben, weil er an der Sache am wenigsten beteiligt ist. (Webel: Ich lasse mich nicht vorzeichnen. Das ist eine Unerschämtheit, so etwas zu sagen!) Vielleicht wird im nächsten Rundbrief des Parteivorstandes der Presse die Meinung geäußert, daß in der Polemik mit Parteigenossen des Ausdrucks Unerschämtheit und nicht härterer Ausdrücke zu bedienen. (Webel: Das ist aber die richtige Antwort, es gibt kein anderes Wort!) Sie sind abgesehen von der brieflichen Korrespondenz mit dem Bureau in Brüssel, an der ganzen Sache nicht beteiligt, und infolgedessen ist es nicht richtig, daß gerade Sie als Vorkämpfer des Parteivorstandes in der Verteidigung von Vorgängen aufzutreten sind, an denen Sie nicht beteiligt sind. (Luruf: Webel ist doch Vorkämpfer!) Ich habe im „Salischen Volksblatt“ nachgewiesen, daß der Parteivorstand eine Unwahrheit gesagt hat. Ich verlange ausdrücklich, daß die beteiligten Parteigenossen sich über ihr bisheriges Schweigen rechtfertigen.

Es ist nicht wahr, daß die Einladung an die französische Partei erfolgt ist; aber eine Anzahl von Parteivorstandsmitgliedern ist in den letzten Wochen bereist worden, daß es der Fall war, weil die beteiligten Vorstandsmitglieder sie nicht informiert haben. In der Sitzung in der Neuen Welt, an der Mollenbuehr teilgenommen hat, ist zwischen deutschen Gewerkschaftlern und französischen Gewerkschaftlern festgestellt worden, daß eine Einladung der französischen Partei nicht gedacht werden könne. Ueber diese Abmachung hat Mollenbuehr dem Parteivorstand überhaupt nicht Bericht erstattet, und erst durch die Anfrage der Generalkommission hat der Parteivorstand davon erfahren. Daher konnte Bengels am 2. August zu mir kommen und erklären, daß die französische Partei an der Versammlung beteiligt war. Ebert ist viel zu vorsichtig, als daß er sich darauf einlassen würde, wenn die Parteigenossen in Frankreich davon nicht beteiligt wären. Ebert ist sogar so vorsichtig gewesen, daß er die übrigen Vorstandsmitglieder von der Nicht-Einladung der französischen Partei nicht unterrichtet hat; sie haben das erst nach meiner Rückkehr von mir erfahren. Aber diese erste Unterlassung könnte man noch immer mit der Hast entschuldigen. Aber nicht zu entschuldigen ist, daß der Parteivorstand am 4. August die Behauptung in die Presse schickte, die französische Partei sei eingeladen worden. Was der Parteivorstand sagt, ist unwarhaft, nicht was Genossin Luxemburg gesagt hat. Und bis zum heutigen Tage ist noch nicht einmal ein Wort der Entschuldigung gesagt worden. Ebert hat die unwarhafte Behauptung in die Welt gehen lassen, und damit hat er sich selbst einer bewußten Unwahrheit schuldig gemacht. (Unruhe.)

Unwahr ist auch die Behauptung Fischers, daß auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen die deutsche Partei sich gegen die Anwendung des Waffentreibs im Falle eines Krieges erklärt hat. Ich war namens der Partei in der Kommission und habe damals die von uns vereinbarte Resolution begründet. Unsere Stellung war genau die, die ich gestern zum Ausdruck gebracht habe: wir können nicht schon jetzt positiv oder negativ durch einen Beschluß festlegen, ob einmal ein Waffentreib angewendet werden kann. Weder hier noch in einer Resolution ist aber gesagt worden, was Richard Fischer hier fälschlich behauptet, daß wir gegen die Anwendung des Waffentreibs gewesen sind. Darum habe ich eben so großen Wert auf die Verabredung unter den Vertretern der Nationen gelegt, weil es notwendig ist, unter den Vertretern der sozialistischen Parteien über das, was in dieser Angelegenheit wichtiger ist, zu tun ist, zu einer Abmachung zu kommen. Selbstredend muß eine solche Verhandlung diskret behandelt sein. Wir mußten uns in irgendeiner Form darüber klar werden, was wir tun können, damit wir beim plötzlichen Ausbruch einer Krise auf alles gerüstet sind, was vorkommen kann. Gerüstet sein ist alles. Gerade weil plötzlich aus heiterem Himmel eine Kriegsgefahr über die Nation hereinbrechen kann, müssen wir jederzeit gerüstet sein. (Beifall.)

#### Genf-Bremen:

Zwischen Briefen und Briefen muß ein Unterschied sein. Es handelt sich hier nicht um einen Brief Mollenbuehrs an eine Jugendliebe (Aul Aul), sondern um einen Brief, den er in einer uns alle aus innigste interessierenden Sache geschrieben hat. Wenn Genossin Luxemburg nur im Interesse der Sache den Brief benutzt hat, so muß ich ihr in diesem Falle recht geben. Wenn aus dem Gebrauch dieses Briefes ein Fall Luxemburg konstruiert werden soll, so wird sich später bei ruhiger Ueberlegung herausstellen, daß dieser Fall in sich zusammenfällt. (Müller-München: Ja, ja, Luxemburg ist gefallen! Lebhaftes Heiterkeit.) Genosse Müller, Sie sind schon öfter gefallen. (Erneute Heiterkeit.) Wenn die Genossin das Mißfallen der Genossen aus Bayern erregt hat, so begreife ich das. (Zustimmung bei den Süddeutschen.) Aber auch Sie Süddeutschen haben oft das Mißfallen anderer Genossen erregt. Wenn Sie die kleine Gruppe verdammt haben, die sich um die Luxemburg, Pannekoek — Kautsky scheidet leider aus — (Lachen. Webel ruft: Ja, ja, die Gruppe wird immer kleiner!), wenn Sie die verdammt haben, dann wünsche ich Ihnen guten Appetit. (Webel ruft: Wir werden auch Genossin Luxemburg verdammen. Heiterkeit.) Die Genossin Luxemburg wollte mit ihrer Kritik des Parteivorstandes das Beste der Partei. Diese kleine Gruppe hat mit Nachdruck darauf hingewiesen: wir gehen großen, gewaltigen Kämpfen entgegen. Wir sind, um mit Kautsky zu reden, in das Zeitalter der Revolution eingetreten. (Frank-Mannheim ruft: Und der Antarktrophel! Heiterkeit.) In dieser Zeit kommt es darauf an, den Willen der Massen zu sein. In der Marokkofrage hat der Parteivorstand sich nicht immer im Einklang mit dem Fühlen, Denken und Wollen der Massen gehalten. Engels hat auch einmal den Brief eines anderen an den alten Riedrecht veröffentlicht, als dieser noch lebte. Auch Engels hat damals mancherlei Rücksichten zurückgedrängt, um der Sache zu dienen. Das hat auch die Genossin Luxemburg getan, die ich nicht weiter verteidigen will, obwohl ich auf ihrer Seite stehe. Gewiß soll der Vorstand nicht der Leitbammel der Massen sein, aber er muß die Wege weisen, die die Masse zu gehen hat oder geben will. Der Vorstand soll heute von einer Seite mit Beschlag belegt werden. (Hört! hört!) Er hat heute eine Mehrheit für sich, die z. B. im vorigen Jahre noch nicht hinter ihm stand. (Hört! hört!) Die Dinge ändern sich, sie ändern sich aber wohl auch bis zum nächsten Parteitag.

Wir wollen eine Reorganisation des Vorstandes, nicht etwa weil wir der Meinung sind, daß unfähige, untüchtige, schlechte Genossen im Vorstand sind. Dann wären wir ja Esel gewesen, als wir sie gewählt haben. Nein, die Last der Arbeit im Vorstände ist zu groß geworden. Die Kräfte müssen ergänzt werden. Es muß ein inniger Zusammenhang zwischen der Spitze der Partei und der Masse hergestellt werden. Wenn der Vorstand noch unserem Wunsche reorganisiert wird, dann wird er auf dem nächsten Parteitage wieder seine alte Mehrheit hinter sich sehen, die nun heute einmal nicht mit ihm zufrieden ist. Kautsky warnt uns Bremer und die Leipziger vor dem Weg zum Sozialismus. Und die „Frankfurter Volksstimme“ bringt einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Anarcho-Socialisten an der Arbeit.“ Auch die neuesten Freunde des Vorstandes sind nicht überall mit ihm einverstanden. Schippel hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ darauf hingewiesen, daß unser größtes süd-deutsches Parteiblatt nicht einmal den Aufruf des Vorstandes abgedruckt hat. Lesen Sie einmal das nach, was Lassalle in seinem Briefe über die tragische Bedeutung Sidings über die Bedeutung der Masse sagt. Dann werden wir wieder im Einklang kommen. (Beifall.)

#### Luise Stet:

Es ist nicht wahr, daß der Parteivorstand erst durch die Anfrage der Genossin Luxemburg zu seiner Aktion genötigt worden ist. Ich hätte gewünscht, daß der Aufruf etwas früher erschienen wäre, aber darum kam er selbst doch nicht zu spät. Er erschien, als eine neue, ungläubliche Kriegsgehe einkam. Die Meinungsverschiedenheit im Vorstand betraf nur den Zeitpunkt. Nun zum sogenannten Geheimverlaß. Wir haben in unserer Sitzung auch in der allerhöchsten Weise an den Auslassungen der Gewerkschaftspresse Kritik geübt, wie Genosse Silbermann, der anwesend war, bestätigen wird. In nachdrücklicher Weise wurde hervorgehoben, daß der „Korrespondent“ schon jahrelang unsere Partei heruntergerissen hat. (Sehr richtig!) Ich stelle fest, daß ausdrücklich vom Parteivorstand den Quadrudern erklärt worden ist, es sei ganz selbstverständlich, daß nachdem dieser Rat an die Presse gegeben worden war, der „Korrespondent“ seine Angriffe gegen die Partei unterlasse und einstelle. Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn dieses Vorkommnis erwähnt worden wäre. (Sehr richtig!) Man mag das als eine Unterlassungsfünde bezeichnen, die ich nicht verteidigen will. Aber es ist nicht wahr, daß der Vorstand nicht für das Interesse und das Recht der politischen Redaktionen eingetreten ist. Das ist in ausgiebiger Weise geschehen. Ich glaube allerdings im Gegensatz zu Laufenberg, daß Rathschilde des Parteivorstandes beachtet werden sollen, und ich hoffe, daß man haben und drüben mehr in genossinlichem Sinne arbeiten wird. (Beifall.) Dringend bitte ich, den von Bischoff begründeten Antrag 14 abzulehnen, der den Passus streichen will, daß, wo mehrere Delegierte zum Parteitag zu wählen sind, möglichst eine Genossin darunter sein soll. Der Passus ist nach reichlichen Beratungen in das Statut gekommen, er soll eine Ermahnung an

die Genossen sein, aber auch eine Mahnung an die Genossinnen, an der Bewegung in härterem Maße sich zu beteiligen. Eine zwingende Bestimmung enthält der Passus nicht. Ich habe den Vorschlag, daß unsere sieben Altonaer und Wandsbeler Genossen den Passus nur deshalb aus dem Statut herauszuheben wollen, weil sie zum Ausdruck bringen wollen, daß nicht nur eine, sondern mehrere weibliche Delegierte gewählt werden können (Heiterkeit), denn sie haben ja die Liebenswürdigkeit gehabt, zwei weibliche Delegierte aus einem Kreise zur Frauenkonferenz und zum Parteitag zu bringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Liebenswürdigkeit, aber ich bitte doch, den Antrag abzulehnen. (Großer Beifall und Heiterkeit.)

#### Dr. David:

Die anderthalbtägige Debatte ist ja reich an interessanten Momenten vom Standpunkt der inneren Parteigeschichte. Aber unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen politischen Situation kaum notwendig und nützlich. (Lebhaftes Sehr richtig!) Genossin Luxemburg hat versucht, ihr gestandenes Schiff im letzten Moment durch den alten Trieb wieder flott zu machen, die Debatte in eine Richtungsdebatte umzuwandeln. Die gegenwärtige politische Situation und die Bedeutung der Marokkofrage hätte es verbieten sollen, hier nicht vorhandene Gegenfuge hineinzutragen. (Lebhaftes Sehr wahr!) Wenn sie behauptet, Webel habe nur bei den süddeutschen und westdeutschen Genossen Zustimmung gefunden, so ist das eine Entstellung der Tatsachen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das werden die Abstimmungen ergeben; Verwahrung aber muß ich einlegen gegen die darin liegende Disqualifizierung der süd- und westdeutschen Genossen als Genossen zweiter Ordnung. Wir können ja nicht alle aus der Heimat der Genossin Luxemburg sein (stürmische Heiterkeit), aber wir beanspruchen, als vollwertige Genossen behandelt zu werden und lassen uns dies Recht von ihr am wenigsten nehmen.

Die Ankläger des Parteivorstandes geben selbst zu, daß sachlich nichts veräußert ist, nur meinen sie, sofort, als der deutsche Kreuzer vor Agadir erschien, hätte man zur Protestaktion übergehen müssen. Diese Auffassung kann ich nicht teilen. (Webel: Sehr richtig!) Die Regierung erklärte damals und erklärt noch heute, sie habe nicht die Absicht einer Besitzergreifung. Damals mit einer Protestaktion vorzugehen, hätte nur das Geschäft der Kriegsheer erleichtert, indem es die künstliche Aufregung, die sie erregen wollen, auch unsererseits unterstützt hätte. Haben wir denn je einen Zweifel darüber gefaßt, wie wir darüber denken, etwa um Marokkos willen einen Weltkrieg zu entfesseln. Auch in der Politik kommt es nicht auf die Fügigkeit an, sondern auf die Richtigkeit; und vom Parteivorstand, dem Generalkomitee unserer Armee, müssen wir verlangen, daß er eine Situation nicht prüft und nicht in hysterischer Nervosität auf eine Aktion hineinpaktet. (Lebedour: Armer Parteivorstand. Webel: Unerblichkeit!) Auf den Hochpreis Ledebours gehe ich nicht ein, er richtet sich von selbst. Nun spricht man vom Recht der Kritik. Ihm steht eine Pflicht der Zurückhaltung gegenüber, wenn man sich in einer Aktion befindet. Stets ist es eine Schwäche der Demokratie gewesen, wenn in gegebenen Situationen durch Kritik sie sich selbst schwächte. Aus der russischen Revolution sollen wir lernen, daß man im Kampf, bevor die Errungenschaften noch feststehen, die Opposition zurückstellen und die Geschlossenheit der Situation wahren muß. Gerade diejenigen, die sich über zu spätes Eingreifen des Parteivorstandes beschwerten, haben die mit dem Marokkoflugblatt unternommene Aktion durchkreuzt. (Webel: Sehr wahr!) Auf das Hochmische dieses Intermezzos will ich nicht eingehen. Nur auf die praktische Wirkung, die es ausüben muß, wenn vom Parteivorstand ein Flugblatt verbreitet wird und die gegenwärtige Presse aus der „Leipziger Volkszeitung“ abdrückt, es sei ganz oberflächlich, fables Gewäsch, ein kleinbürgerliches, prinzipienloses Elaborat. Noch nie ist ein solcher Fall vorgekommen. (Luruf: Monatshefte!) Dort ist, wie in der „Neuen Zeit“ an der Theorie und der Taktik Kritik geübt, niemals aber eine Aktion der Partei durchkreuzt worden. Wenn Zweifel hätten entstehen können, daß die Partei in der Marokkofrage die Kriegsgehe zurückweist und die internationale Solidarität nicht hochhalte, so hat der Verlauf der Debatte gezeigt, daß jeder Versuch, die Einheitsfront und die Geschlossenheit der Partei anzuzweifeln, hinfällig ist. Bisher galt es als eine Selbstverständlichkeit, daß man sich auf die internationale Solidarität der Partei verlassen kann, und daß sie mit allen Kräften gegen die Kriegsheer und chauvinistischen Spekulant, die die Völker gegeneinander heben, kämpft. Künstlich wurden in diese Selbstverständlichkeit Zweifel hineingetragen und von imperialistischen Tendenzen in der deutschen Parteileitung gesprochen. (Lebedour: Wer hat das getan?) Gernern noch von dieser Tribüne herab Dr. Vensch. (Dr. Vensch: Das ist eine Verdrängung der Tatsachen!) Nun weiß ich ja, daß Vensch nicht ernst zu nehmen ist, aber in dieser politischen Situation, die noch ernster werden kann, müssen wir betonen, daß es hier keine Richtungsunterschiede, keine Unterschiede zwischen Nord und Süd und Ost und West gibt, daß die Sozialdemokratie gegen die Kriegsheer und die Kriegsheer einzig ist, daß sie zum Segen der Arbeiter des deutschen Volkes und der Kultur geschlossen alle Versuche abwehren wird, die Völker in den Krieg zu treiben um Marokkos willen oder um eines sonstigen Anlasses willen. (Lebhafter Beifall.)

#### Webel:

Wider meinen Willen nötigen mich die Reden der Genossin Luxemburg und Ledebours, noch einmal zu sprechen. Ich kann mich aber kurz fassen, da Genosse David, wie ich anerkennen muß, in ganz ausgezeichneter Weise die Angriffe von jener Seite gegen den Parteivorstand und sein Verhalten widerlegt hat. Bis auf einige nicht zur Sache gehörige Ausführungen bin ich mit allem einverstanden, was er über die Tätigkeit des Parteivorstandes und überhaupt über die Marokkopolitik gesagt hat. (Bravo!) Auf die Gefahr hin, daß mich Ledebour und Luxemburg in die Wolfgrube der Revisionisten werfen. (Große Heiterkeit.) Als David einige Worte zur Rechtfertigung des Parteivorstandes sagte, rief Ledebour: Armer Parteivorstand! Das zeigt den Tiefstand seiner Auffassung. (Lebhaftes Zustimmung.) Also, wenn ein Revisionist, mag er noch so richtig gesprochen haben, für den Parteivorstand eintritt, so ist das in Ledebours Augen eine Herabsetzung des Vorstandes. Ich bedauere es auch in Ihrem (zu Ledebour) eigenem Interesse, daß Sie die Ausführung Mollenbuehrs als läge charakterisiert haben. (Unruhe.) Der Genossin Luxemburg erwidere ich: Duhymans soll nicht nur gesagt haben, daß die Indiskretionen der Genossin Luxemburg das Internationale Bureau zur Vorsicht nötigen, er hat es gesagt. (Hört! hört!) Und ich begehe damit keine Indiskretion, denn er hat mir gesagt, es sei ihm sehr angenehm, wenn ich von dieser seiner Aeußerung möglichst viel Gebrauch mache. (Große Unruhe.)

Ich habe gestern in meiner Rede mich zunächst ausschließlich mit der Haltung der Genossin Luxemburg zu dem Briefe Mollenbuehrs und ihren Folgerungen daraus befaßt, und im anderen Teil meiner Rede habe ich mich auf ihre Rede bezogen und auf das, was sie nicht gesagt hat. Auf den Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“, den die Versammlung gar nicht kennt, brauche ich nicht Bezug zu nehmen. Wohl aber war ich verpflichtet, da Genossin Luxemburg in ihrer Anklage nicht genügend Bezug auf die Äußerungen nahm, auf meinen Brief vom 12. Juli hinzuweisen, worin ich die Enderufung einer Konferenz bei dem zunächst friedlichen Verlauf der Angelegenheit nicht für nötig halte, damit wir unser Pulver nicht verstreuen. Ich habe weiter, und das will ich insbesondere für die weite Öffentlichkeit feststellen, mich, wie aus den Äußerungen hervorgeht, sofort als England eingetiff, an das Internationale Bureau gewandt mit dem Antrag, Stellung zu nehmen. Mehr konnte ich in der Tat nicht tun. Man vergesse doch nicht die fortwährenden Schwankungen in der Marokkofrage. Keine drei Tage war dieselbe Situation. Als ich Duhymans privatim sagte, binnen drei Tagen muß das Bureau zusammen sein, sagte er, das geht nicht, weil die Mitglieder über die ganze Welt gestreut sind. Ich habe

aber dringend zugeredet, mit möglichster Beschleunigung vorzugehen. Ich habe damals auch gesagt, und das hat sich ja bisher bestätigt, daß ich an diesen Krieg nicht glaube. Freilich, der offenbar vorhandene Versuch der englischen Regierung ist außerordentlich bedauerlich. Wir haben uns im Reichstage und anderwärts manchmal auf die Aushörungen der englischen Minister berufen und nun hielt Lloyd George auf einmal eine Rede, die sich ganz im Geiste der Chauvinistenbewegung und den Krieg als unter gewissen Umständen für notwendig erklärte, genau so, wie es seine deutschen Kollegen um Helmuth von Soltweg im Reichstage taten. Eine andere Aushörung der Genossin Luxemburg konnte den Eindruck einer besonders lebhaften und besonders gereizter Korrespondenz zwischen uns hervorufen. Das stimmt aber nicht. Unser beiderseitiger Briefwechsel war durchaus freundlich. Wenn sie mir schrieb, dann schrieb sie, lieber Genosse Bebel, und wenn ich ihr antwortete, dann schrieb ich, liebe Genossin Luxemburg. (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben also ganz freundschaftlich miteinander verkehrt. (Abermals stürmische Heiterkeit.) Freilich muß ich gestehen, das „Liebe“ kann ich künftig nicht mehr anwenden nach dem, was heute vorgekommen ist. Ich nehme an (zur Genossin Luxemburg), das ist auch auf Ihrer Seite der Fall. (Die wachsende Heiterkeit des Parteitages callabert sich zu einem minutenlangen Lachsturm.)

Die Genossin Luxemburg hat mir zum besonderen Vorwurf gemacht, daß der Beifall, den getrennt meine Worte fanden, von der revisionistischen Seite kam. Ich weiß nicht, woher der Beifall kam, denn wenn ich von der Tribüne herunterkomme, dann gude ich immer schamhaft zu Boden. (Weiterer Beifall.) Ich glaube, in meinem langen Leben bewiesen zu haben, daß ich nicht nach Beifall geize. (Sehr wahr!) Ich kann mich ruhig auf meine Vergangenheit berufen. (Bewegung und Zustimmung.) In meinem langen Leben habe ich leider meine Oppositionsgefühle durchaus nicht befriedigen können (große Heiterkeit) in Rücksicht auf die Partei, weil ich von den letzten 50 Jahren, die ich in der Partei siehe, 47 immer in der Parteileitung war oder ihr nahe gestanden habe. Aber herumgeschlagen haben wir uns immer ehrlich. Ihr glaubt wohl, daß alles ein Herz und eine Seele gewesen wäre — i, fällt uns gar nicht ein. (Heiterkeit.) Keiner hat sich etwas vom anderen gefallen lassen, aber wir waren immer freundschaftlich verbunden, und es herrschte immer volle Harmonie, und so wird es auch bleiben, solange ich die Ehre habe, im Parteivorstand zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe den Vorwurf Ledebours, vorgeschoben zu sein, durch einen Zwischenruf beantwortet, von dem ich zu meinem Bedauern nichts zurücknehmen kann. Es ist ein sehr starkes Stück, einem Manne, der 50 Jahre in der Bewegung steht und 47 Jahre mit an der Spitze, zuzumuten, er lasse sich schreiben. (Bewegung.) Ich hoffe, daß Ledebour niemals dies Kompliment gemacht wird. (Sehr gut!) Schlicht doch künftig alle, die über 50 Jahre alt sind, aus der Partei aus. Wenn Kautsky mit seinen 57 Jahren und Mehring mit seinen 62 Jahren fertig sind, dann wird man ja vielleicht auch bald mit 50 Jahren fertig sein. (Heiterkeit.) Müller-München: Ranher bringt Senilität mit auf die Welt! Dann müssen wir bald einen Invalidenfonds schaffen, für den ich auch gern ein paar tausend Mark herbeige. (Stürmische andauernde Heiterkeit.) (Zu Ledebour:) Sie kämen selbstverständlich auch schon unter die Invaliden, Sie sind ja auch schon über 50 Jahre. (Erneute große Heiterkeit.)

Ledebour hat die Stellung des Parteivorstandes gegenüber der französischen Partei in der Demonstrationsangelegenheit als einen Fehler bezeichnet. Vorgesitern hat Le Parti Socialiste durch ihren Sekretär unserem Parteivorstand schreiben lassen, daß sie durchaus anerkennen müßte, daß wir vollständig korrekt gehandelt haben und daß sie für das lokale Entgegenkommen danke, das wir stets den französischen Sozialisten bewiesen haben. (Hört! hört!) Ledebour, der ja französisch versteht, kann den Brief einsehen. Aber vielleicht behauptet man, ich hätte den Brief in Paris bestellt. Das würde mich bei den Anschuldigungen von jener Seite gar nicht wundern. (Rohme: Das gehört zum System!) Ich schüttelte das ab, ich lasse mir nichts gefallen, ich vertraue auf den gesunden Sinn der Parteigenossen, die in ihrer übergroßen Mehrheit wohl wissen werden, auf welche Seite sie sich in dieser Frage zu stellen haben. (Sehr gut!)

Ich habe noch mitzuteilen, daß die „Adnische Zeitung“ unter Bezugnahme auf meine Rede am Sonntag mir einen Brief schreibt, worin sie beklagt, anlässlich der Miquel'schen Steuerreform mit Revision ihrer monarchischen Anschauungen gedroht zu haben. Ich stelle dies in lokaler Weise fest. Die Presse wird ja für Weiterverbreitung sorgen. — Im übrigen habe ich zu der Sache nichts zu sagen. (Lebhafter Beifall.) Bebel ruft einigen süddeutschen Genossen, die ihm Beifall spenden, zu: Wollt Ihr ruhig sein, Ihr Revisionisten. (Stürmische Heiterkeit.)

#### Beber-Griseheim:

Wir glauben, daß der Parteivorstand die richtige Stellung in der Marokkofrage eingenommen hat. Gerade als Gewerkschaftler sollte ich es für richtig, wenn die Parteipresse unseren Gewerkschaftsführern zeigt, wie das proletarische Klassenempfinden geweckt, statt eingulstet werden muß. Sind doch Gewerkschaftler in Turnvereinen, die um Staatsbeihilfe aus dem Reptilienfonds der proletarischen Jugendorganisation betteln. (Hört! hört!) Ich möchte dann noch die Ausgabe kurzer Agitationsbroschüren anregen, und die Genossen hier auf dem Parteitag bitten, die Diskussion nicht in so persönlicher Weise zu führen. (Bravo!)

#### Mara Bien-Berlin

wendet sich gegen die Angriffe auf den Buchdruckerverband. Die Buchdrucker haben überall ihre Solidarität bewiesen. (Bebel: Sehr richtig!) Auf dem Wege des Tarifvertrages ist der Buchdruckerverband bahnbrechend vorangegangen. In der Sache Scherl hätten die Parteiblätter wachen sollen, bis die Gewerkschaften gesprochen haben. Sie haben gesprochen und damit ist die Sache für die Partei erledigt. (Beifall.)

Es ist inzwischen ein Antrag Jettin eingegangen, den Antrag 11 (Göppingen) wie folgt abzuändern: Der Parteitag bedauert, daß der Parteivorstand nicht früher energisch Initiative zu einer umfassenden einheitlichen Agitation in der Marokkofrage ergriffen hat.

#### Mara Jettin:

Der Antrag (Göppingen) ist teils unberechtigt, teils trifft er daneben. Ein Vorwurf gegen den Vorstand, daß er nicht genügend Auffassung über den Militarismus verbreitet habe, ist durchaus unberechtigt. Wir bemängeln auch in der Marokkofrage nicht ein Fehlen an Initiative, sondern nur, daß sie nicht früher und energischer erfolgte. Genosse Fischer hat mit einer tiefen, sittlichen Entrüstung und mit jener Armut des Geistes, die zu seinen wesentlichen Charaktereigenschaften gehört und die ihm so überaus wohl ansteht, sich gegen unsere Kritik gewendet. Das Interesse der lebendigen Partei steht aber über dem Rechte der Form. Genossen, warte Ihre Entrüstung über die Indiskretion gleich groß gewesen, wenn die Genossin Luxemburg an den Brief Wolfenbühler lebhaft Zustimmung und eine Verherrlichung des Parteivorstandes geknüpft hätte? Ich hoffe, daß David auch den national-liberalen „Sozialistischen Monatsheften“ (Heiterkeit) den und gegebenen Rat erteilen wird, sich der Verantwortlichkeit bewußt zu sein und nicht durch unzeitige Kritik die Aktion zu fördern. Auch Männer der Praxis haben schon Parteiaktionen gefördert, ich erinnere an die Budgetbewilligung. (Rufe: Aha!) Damals hatten wir monatliche Auseinandersetzungen darüber, während wir den Kampf gegen das persönliche Regiment und den Absolutismus zu führen hatten. In dieser Zeit kommen höfliche Guldigungen von Genossen vor bis herunter zur Anteilnahme

sozialdemokratischer Abgeordneter an dem Ministeressen in Stuttgart. (Sehr richtig! und Zurufe: Na endlich!) Wenn man schon abrechnet, dann auf beiden Seiten. (Dr. Frank: Das ist Ihr Kampf gegen den inneren Feind!) Nicht nur die alldutschen Kriegsheer, sondern die Regierungen, die ihr Instrument sind, haben wir zu bekämpfen. Wenn Wolfenbühler meint, daß uns das Datum seines Briefes hätte zu anderer Meinung bekehren müssen, so muß ich ihm zurufen: Gretchen, du ahnungsloser Engel dul (Heiterkeit.)

Daß es zum Protest gegen die Entsendung des Kanonenbootes nicht zu spät wurde, ist doch wahrhaftig nicht das Verdienst des Parteivorstandes. (Sehr richtig!) Es hätte auch anders kommen können. Es ist auch nicht unser Verdienst, daß aus dem Veräumnis nicht ein großer Schaden entstanden ist. Ueberdies war das Kanonenboot entsendet worden, ohne daß man die Zustimmung des Reichstags eingeholt hätte, ein neuer Beweis selbstherrlicher Regierung. Gerade die Rücksicht auf die Ausnutzung des Marokkoadventurers zu Wahlzwecken war der stärkste Ansporn für uns, sofort auf den Plan zu treten. Nur Aufklärung über die Geschichte des Marokkoadventurers kann seiner Ausbeutung zu Wahlzwecken vorbeugen. Wir sind nicht klagenbe Jeremiaffe gewesen, sondern sind unter die Massen gegangen. Der Parteivorstand ist hinter der Bewegung eingekumpelt. Im Gegensatz zu der höchst anerkennenden demaltenden Tätigkeit des Parteivorstandes, die sich allen Situationen aufs beste anpaßt, sieht die politische Inaktivität, die eine Reorganisation des ganzen Parteivorstandes veranlassen muß. Geschicht dies, dann brauchen wir uns an diesen Auseinandersetzungen nicht zu stoßen, die ein Zeichen sind, daß die Sozialdemokratie ein jugendfrischer Organismus ist. Von dem Tage an, wo sich die innere Entwicklung der Partei lediglich routinemäßig auf bureaukratischem Wege vollziehen würde, von dem Tage an würden wir das Zeugnis verdienen, daß wir anfangen, altersschwach zu werden. Die Zusammenstöße sind das Zeugnis für das Vorwärtsdrängen und alle Kämpfe um die richtigen Mittel hindern nicht, daß wir geschlossen und stärker als je den gemeinsamen Feind zu schlagen bereit sind. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag von Luth-Hamburg wird die Besprechung geschlossen.

#### Es folgen

#### persönliche Bemerkungen.

##### Lebedour:

Ein Brief Macdonalds an Longuet-Paris, den ich selbst von Longuet zu lesen bekommen habe, beweist, daß Macdonald seine nationalsozialistische Anschauung ausdrücklich mit dem Hinweis darauf begründet, daß die deutsche Partei nicht tun wolle. In dem Briefe heißt es: „Die deutsche Partei will nichts tun.“ Als ich nach Paris kam, wußte die französische Partei überhaupt noch nichts von der Sache, außer durch eine Annonce; auch die Humanität wußte nicht, daß wir an der Versammlung beteiligt sein sollten. (Zurufe: Das sind doch keine persönlichen Bemerkungen!) Wenn ich sagte, Bebel sei vorgeschoben, sollte das kein Tadel für Bebel sein, sondern für diejenigen seiner Kollegen, die ihn vorgeschoben haben. (Müller ruft: Unwahr!) Es heißt doch oft: Du glaubst zu schreiben, und du wirst geschoben! Das ist etwas ganz Seltsames. Es kommt nur auf die Geschicklichkeit der Schieber an. (Heiterkeit.)

##### Lenck:

Wenn David mir unterstellt, ich hätte dem Parteivorstand imperialistische Durchsicht und Durchscheidung und eine kapitalistische, imperialistische Politik vorgeworfen, so weise ich das als eine Unterscheidung zurück und berufe mich auf das Protokoll. Es ist mir nicht im Traum eingefallen, dem Parteivorstand einen solchen Vorwurf zu machen.

##### Robert Schmidt:

Ich stelle als Teilnehmer an der Pariser Kundgebung noch einmal fest, daß die Behauptung von Ledebour, der Parteivorstand habe auf die Einladung der französischen Partei verzichtet, unrichtig ist, daß im Gegenteil alles von uns getan worden ist, diese Einladung herbeizuführen, und daß der Kontakt in Paris durch nichts anderes gestört werden konnte, als durch das ungeschickte Auftreten von Ledebour. (Hört! hört!) Wozu diese ganze Rechthaberei, da doch alle Differenzen beseitigt sind, und zwar, wie uns Vertreter des Parteivorstandes in Paris persönlich erklärt haben, zur Zufriedenheit der französischen Partei. Infolge unseres Verlangens und unserer Einladung ist schließlich auch ein Vertreter der französischen Partei auf der Kundgebung zu Worte gekommen und hat seine Hebereinsimmung mit uns zum Ausdruck gebracht.

##### Bebel:

Ledebour hat seine erste Behauptung, ich sei vorgeschoben, nicht nur aufrechterhalten, sondern durch seine persönliche Bemerkung noch verstärkt. Er hat mich als einen Menschen hingestellt, der unfähig sei, zu beurteilen, aus welchen Motiven heraus er aufzutreten ist. (Widerpruch von Ledebour.) Es scheint mir, daß Ledebour gar nicht mehr begreift, welche Bedeutung seine Worte haben. Ich kann nur sagen: an Taktlosigkeit übertrifft er alle Parteigenossen. (Unruhe und Zustimmung.)

##### Dr. David:

Ich habe erklärt, daß Lenck gestern dem Parteivorstand imperialistische Tendenzen vorgeworfen habe. Daß er von Verfechtung geiproden hat, habe ich nicht gesagt. Lenck sagte gestern ausdrücklich: wir müssen erfahren, nach welchen Anschauungen die imperialistische Politik im Parteivorstand betrieben wird. (Hört! hört!) Nun frage ich: habe ich unterlassen, oder sucht Lenck wegzutragen, was er gestern gesagt hat. (Sehr gut!)

##### Lebedour:

Ich stelle gegenüber Robert Schmidt nochmals ausdrücklich fest und werde den Beweis dafür später schriftlich erbringen, daß die Generalkommission und der Parteivorstand sich auf die Pariser Verhandlungen eingelassen haben, obwohl die Sozialisten ausdrücklich erklärt hatten: Wir können die Beteiligung der französischen sozialdemokratischen Partei nicht akzeptieren. (Rufen: bühr: Sie haben sie doch akzeptiert!) Ja, in wenig angenehmer Form, um wenigstens den anderen Schein zu wahren. Es hieß in der Versammlung: auf Wunsch der deutschen Delegation erhält jetzt Raboud das Wort. Raboud hat dann fünf Minuten gesprochen. Das ändert an der Verantwortlichkeit der Generalkommission und des Parteivorstandes nichts.

##### Lenck:

Gestern hat kein Mitglied des Parteitages den Eindruck gehabt, daß ich dem Parteivorstand imperialistische Tendenzen oder die Durchscheidung einer imperialistischen Politik vorgeworfen habe. (Widerpruch.) Heute vormittag hat man denn aus dem Bericht glücklicherweise ein Sätzchen herausgefunden, das man eventuell so drehen konnte, als ob dem Parteivorstand imperialistische Politik vorgeworfen würde.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Vorsitzender Diez: Der Antrag 11\*) ist zurückgezogen. Ebenso der Antrag 55\*\*) aus Bremen. (Heiterkeit und Bravo!) Frau Jettin (zur Geschäftsordnung): Die Anträge sollten nur eine klare Aussprache herbeiführen. (Lebhafte Rufe

\*) 11. Göppingen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine rege Agitation gegen den Militarismus und für den Völkerverfrieden bei jeder gegebenen Gelegenheit zu entfalten, und bedauert, daß der Parteivorstand nicht das Marokkoadventurer dazu benutzt hat, um die Initiative zu einer umfassenden einheitlichen Aktion der Partei für den Weltfrieden zu ergreifen.

\*\*) 55. Bremen: Der Sozialdemokratische Verein Bremen bedauert, daß der Parteivorstand es nicht für nötig gehalten hat, in eine allgemeine Aktion gegen den Marokkoforschmel einzutreten. Die Versammlung ersucht den Parteitag, dafür Sorge zu tragen, daß der Parteivorstand in Zukunft solche wichtige, die ganze zivilisierte Welt in Aufregung lebende Fragen nicht so gleichgültig behandelt. Ah! Ah! bei den Süddeutschen und Gelächter.) Daher ziehen wir

die Anträge zurück. (Große Heiterkeit und Beifall bei einem Teil des Parteitages.)

Genosse Bremen: Nicht nur aus dem von der Genossin Jettin angegebenen Grunde wird der Antrag Bremen zurückgezogen, sondern (Zuruf bei den Süddeutschen: Beil er abgelehnt wird!) Große Heiterkeit!) weil in den bisher gepflogenen Debatten und in dem Antrag Auer zum Ausdruck kommt, daß die Reorganisation des Parteivorstandes allgemein gewünscht wird. Das genügt uns vollkommen. (Stürmische Heiterkeit bei einem großen Teil des Parteitages.) Im übrigen sind wir mit dem Resultat der Aussprache vollständig zufrieden. (Erneute große Heiterkeit.)

Es tritt die Mittagspause ein. Vor Beginn der Nachmittagsstiftung soll der Kranz am Denkmal für Ernst Abbe niedergelegt werden und morgen eine gruppenweise Besichtigung der Zeilwerke vorgenommen werden.

#### Nachmittagsstiftung.

Vorsitzender Diez eröffnet die Sitzung.

#### Müller-Parteivorstand erhält das Schlufwort!

Ich möchte nur noch auf einige Punkte zurückkommen. Es ist behauptet worden, daß der Parteivorstand in der kritischen Zeit gar nicht genügende Fühlung mit seinen auswärts befindlichen Mitgliedern nehmen konnte. Zweck der Uebung war, einen Gegensatz zwischen dem Genossen Bebel und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern zu konstruieren. Demgegenüber kann ich feststellen, daß nie ein so inniger Kontakt geherrscht hat, als gerade in der Marokkofrage. Es ist ja selbst ein Mitglied des Vorstandes in Holland gewesen, um mit Bebel über diese Sache zu konferieren. Was geschehen ist, ist mit dem vollen Einverständnis aller Vorstandskollegen geschehen. Allerdings hat in der gemeinsamen Sitzung der Kontrollkommission und des Parteivorstandes ein Vorstandsmittglied geäußert, daß in Rücksicht der vorher stattgehabten Versammlung diese Zeit gerade nicht der geeignetste Moment zu großen Marokkoverhandlungen sei. Die anderen Mitglieder haben dem auf das allerentschiedenste widersprochen. Es ist festgestellt worden, daß nicht erst auf Initiative der Kontrollkommission etwas geschehen ist, sondern daß der Parteivorstand die ganze Zeit die Sache vorbereitet hat und nur auf den günstigsten Moment gewartet, um eine allgemeine Aktion einzuleiten. Schon vor dem Austruf war viel geschehen. Wir haben gerade den Moment ausgewählt, als die große Kriegshecke sich nicht mehr auf die Organe der Panzerplattenfabriken beschränkte.

Es ist nun bestritten worden, daß die Angriffe auf das Flugblatt Lähmend auf die Agitation gewirkt hätten. Selbstredend ist die große Berliner Veranstaltung dadurch nicht beeinträchtigt worden. Aber das Flugblatt war bestimmt für das ganze Land, bis in die entlegensten Dörfer hinein. Und diesem Flugblatt stellte nun ein so großes Parteiblatt ein so schlechtes Zeugnis aus. Die bürgerlichen Blätter haben sich das gesunde Pressen natürlich nicht entgehen lassen. Nun wird gesagt, was kann es schaden, wenn ein Blatt einen solchen Artikel bringt? Dann aber haben alle anderen Blätter dasselbe Recht. Das würde ein hübsches Totuwbahn geben, wenn mitten in einer Aktion alles das heruntergerissen wird, was von leitender Stelle geschieht. Ich möchte die Zeitartikel sehen, die erschienen wären, wenn ein anderer Genosse so etwas gegen das Flugblatt geschrieben hätte. Die Parteipresse hat es erkeulicherweise abgelehnt, ein solches Vorgehen zu verteidigen, weil sie, Gott sei Dank, in der Frage der Organisation und der Agitation keinen Spatz verliert. Angeblieh soll in Frankreich und Spanien mehr geschehen sein. Man soll mir das Land nennen, wo mehr geschehen ist, wo das Land mehr in die Tiefe und Breite hinein aufgewährt worden ist. Diesen Beweis ist man schuldig geblieben, und da soll man vom Parteivorstand nicht verlangen, daß er als reuiger Sünder dastehen soll. (Zustimmung.) Der Parteivorstand hat vollkommen seine Pflicht getan, er hat für die internationale Situation mehr Verständnis bewiesen als seine Kritiker. Im übrigen ist das Erfreuliche an der ganzen Geschichte, daß wir eigentlich zum Schluß wieder ganz einig sind. (Weiterkeit und Beifall.) Die beiden Bedauerungsanträge sind zurückgezogen, und die Antragsteller haben erklärt, sie könnten es tun, weil sie zufrieden sind. Auch wir vom Parteivorstand sind sehr zufrieden mit dem Ausgang der Debatte, weil die Einigkeit der Partei wiederhergestellt ist. (Lebhafter Beifall.)

Nun zur französischen Demonstration. Es kam eine Deputation der Confédération nach Deutschland, um Fühlung mit den deutschen Gewerkschaften zu nehmen. Sie kennen die politischen Ansichten der französischen Syndikalisten, und Sie begreifen, daß sie nicht allzuviel Bedürfnis hatten, mit der deutschen Partei in Fühlung zu treten. Sie haben nicht einmal unsere Parteieinrichtungen besichtigt. Wir hatten zunächst keine Veranlassung, mit ihnen in Verbindung zu treten. Da kamen die schweren Tage der Marokkotrifis. In dieser Situation wurde angeregt, eine Friedensdemonstration zu veranstalten, die die Gewerkschaften, wie üblich, nicht ohne die deutsche Partei veranstalten wollten. Da hielten wir es für unsere Pflicht, dabei mitzuwirken und die Internationale ist uns dafür dankbar gewesen. Im Anschluß daran wurde eine ähnliche Demonstration in Paris angeregt. Ich kann im Einverständnis mit Oberi erklären, daß der Parteivorstand seine Zustimmung zur Nichteinladung der französischen sozialdemokratischen Partei nicht gegeben hat. Die Situation stand damals nicht so, daß von der Nichtbeteiligung der französischen Genossen die Rede sein konnte. Alle Mitglieder, die nach Paris gingen, hatten die Abficht, dort das zu tun, was für die Einladung der französischen Partei zu tun war. Einer der französischen Genossen hatte die Information des offiziellen Organs der französischen Partei, der „Humanité“, übernommen, was er allerdings, wie später festgestellt wurde, unterlassen hat. Nun verlangt Ledebour eine Verichtigung unserer Erklärung im „Vorwärts“ vom 4. August. Es ist natürlich absichtlich nichts Falsches behauptet worden. Und als die Notiz von der Beteiligung der französischen Genossen abgefaßt wurde, war man der Meinung, daß die Demonstration zusammen mit der französischen Partei stattfinden sollte. Wenn einer auf Formalien herumgeritten ist, so ist es der Genosse Ledebour. Vormittags hat bereits Genosse Bebel darauf hingewiesen, daß wir eingehenderweise über die Situation mit dem Internationalen Sekretariat korrespondieren haben. Die Antwort des Genossen Dubreuil ist so spät eingetroffen, weil er sie nicht auf eigene Hand geben wollte.

Noch ein paar Worte zu unserem „Geheimerlaß“. Man fragte, warum auch das Essener Blatt gerügt wurde. Das geschah gar nicht; in der nicht veröffentlichten Erklärung der Generalkommission war es genannt, aber nicht wegen geschäftiger Schreibweise, sondern weil der Geschäftsführer den Tarifbehörden mitgeteilt hatte, es beständen Differenzen im Betriebe ähnlich wie in Berlin. Wir haben vielmehr der Redaktion auf ihre Anfrage geschrieben, sie solle nicht unter die Blätter mit geschäftiger Schreibweise. Ueberhaupt sollte das Zirkular im Sinne der Jenaer Resolution prophylaktisch wirken und es kann gar keine Rede davon sein, daß die Parteiblätter im Stich gelassen sind, sie sollen im Gegenteil auf der Redakteurkonferenz Gelegenheit haben, ihren Standpunkt auch gegenüber der Generalkommission zu wahren.

Dann sind noch einige Kleinigkeiten im Bericht gerügt, so von Waller, daß die bodischen Landtagswahlen nicht aufgenommen sind. Der Bericht kann ja in Zukunft in der Richtung ergänzt werden. Die kleine Unrichtigkeit, daß dem Bildungsausschuß der Stadt Frankfurt 1000 M. zur Verfügung gestellt sei, ist entschuldigbar. Dem Genossen Schulz war nicht mitgeteilt worden, daß der Magistrat den Beschuß beanstandet hat.

In bezug auf die Hilfsarbeiter im Parteivorstand kann keine Rede davon sein, irgend welche verantwortliche Arbeit durch Hilfsarbeiter erledigen zu lassen; aber man wird doch auch zu dem früheren Zustand nicht zurückkehren wollen, daß die Vorstandsmittglieder selbst die Auderis lieben. Mit dem Antrag 73, zwei weitere Parteisekretäre anzustellen und eine Kommission zur Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kon-

\*) Entfaltung einer regen Agitation gegen den Militarismus und für den Völkerverfrieden bei jeder gegebenen Gelegenheit und Ausdruck des Bedauerns, daß der Parteivorstand das Marokkoadventurer nicht zur Ergreifung der Initiative zu einer proken Aktion für den Weltfrieden benutzt hat.

trollkommission einzusehen, ist der Parteivorstand selbstverständlich einverstanden, der Antrag ist ja unter seiner Mitwirkung festgestellt worden. Diese Kommission kann auch die Frage des beabsichtigten Vorhanges prüfen. Es besteht keine Notwendigkeit, uns schon jetzt darauf festzulegen. Auf keinen Fall darf ein etwa beabsichtigter Vorhang der eigentlich dirigierende sein und der andere in die Ecke gestellt werden, vielmehr muß der Parteivorstand ein kollegial entscheidendes Kollegium bleiben.

Rum zu den Anträgen. Bei den Landtagswahlen in Preußen haben wir ein Flugblatt „Liebe Verwandte“ herausgegeben und also das schon erfüllt, was der Antrag Berlin bewirkt. Durch den Antrag 15, meine Söhne, könnte ein gemeinsamer Papiereinkauf und Ersparnisse in den Parteigeschäften erzielt werden. Einen Zwang, sich revidieren zu lassen, können wir auf diese nicht ausüben, wir sind noch nicht auf dem Wege des großen sozialistischen Zeitungstrusts der Zukunft, wobei alle Ueberträge aus den Geschäften in die Parteiliste geliefert werden müssen. Der Antrag 18, den Bericht des Parteivorstandes mit der Tagesordnung zugleich zu veröffentlichen, ist bei den augenblicklichen Verhältnissen, wo das Geschäftsjahr am 30. Juni schließt, nicht durchzuführen. Antrag 63 wünscht, daß die Resolutionen und Reize früher zur Verfügung gestellt werden. Derartige läßt sich durch einen generellen Beschluß in der Praxis nicht ohne weiteres erreichen. Antrag 16 wünscht billigere und schnellere Lieferung von Flugchriften. Mit dem Pressebureau hat das nichts zu tun. Im Anschluß an die Parteiforespondenz ist ein Genosse engagiert zur Bearbeitung von Flugchriften. Was gewünscht wird, ist also schon im Keime vorhanden. In bezug auf die Billigkeit aber geben wir wirkliche Flugchriften bereits für 10 Pf. heraus und im Massenablauf stellen sie sich sogar auf 1 Pf. das Stück. Das ist der billige Preis, der mir bekannt ist. Daß eine Broschüre, wie die der Genossin Vera Flegner, „Russische Gefangnisse“, darunter nicht fällt, ist selbstverständlich, handelt es sich hier doch um eine nur kleine Auflage. Man sagt sogar, daß wir zu viel an Flugchriften herausgeben. Ich halte diese Klage für unberechtigt, aber tatsächlich haben wir ein großes Material, es kommt ja auch das von den Bezirks-Landesorganisationen herausgegebene hinzu. Natürlich werden wir gleich nach dem Parteitag die Bezirks- und Landesvorstände nach Berlin zusammenrufen und alle Angelegenheiten mit ihnen besprechen; wir werden trotz Marxforummel und trotz nationaler Wahlparole, nach der man sucht, eine Rüstung für den kommenden Wahlkampf schaffen, mit dem die Sozialdemokratie in Ehren bestehen kann. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zur Agitation und Organisation gestellten Anträge. Der Antrag 12 (Berlin IV) wird dem Parteivorstand zur Prüfung überwiesen, Antrag 14 (8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Kreis) abgelehnt, Antrag 15 (Frankfurt a. M.) dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 16 (Nürnberg) abgelehnt, Antrag 18 (Hamburg III) abgelehnt, Antrag 63 (Magdeburg) abgelehnt.

Der Antrag 23 (Stuttgart) ist zurückgezogen worden. Der Antrag 73 Auer-München, Dr. Quard, unterstützt von den Berliner und Brandenburger Delegierten, wird angenommen.

Vorsitzender Diez: Ich bin ersucht worden, hier festzustellen, daß die Beratung dieser einundzwanzigstündigen Kommission sich auch darauf zu erstrecken haben, daß sie, falls sich dies als notwendig erweist, auch das Organisationsstatut zu prüfen hat.

### Es folgt die Beratung der zu **Presse und Literatur**

gestellten Anträge. Unterstützt werden alle Anträge bis auf den Antrag 31 von Berlin I, den „Vorwärts“ während der Reichstagswahltagung auch abends erscheinen zu lassen.

#### Dr. Sühheim-Nürnberg

begründet den Antrag 36. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher nimmt von Jahr zu Jahr zu. Unsere Macht und unser Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen sind in diesem Steigen begriffen. Da ist der Besitz des nötigen Aufklärungsmaterials noch viel nötiger als unsere Agitation. Darum stellt der Gauag Nordbayerens den Antrag, der „Kommunale Praxis“ durch Herabsetzung des Preises noch weitere Verbreitung zu geben. Auch die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden muß geleitet sein von den Grundsätzen der Partei.

#### Barthel-Lunzenau

begründet den Antrag 37 auf Herabsetzung des Preises der „Gleichheit“.

#### Müller-Breslau

befürwortet den Antrag 38, der die Herausgabe einer populären Schrift verlangt, worin das Verhältnis der Sozialdemokratie zum landwirtschaftlichen Kleinbesitz dargestellt wird. Die Broschüre muß noch vor den Reichstagswahlen erscheinen.

#### Ottmann-Hamburg

begründet den Antrag 39, der verlangt, daß der „Vorwärts“-Verlag die Schriften an die Parteischüler ebenso billig abgibt, wie der Verlag Diez in Stuttgart. An Stelle der Kulturbilder, die große unhandliche Werke sind, sollten andere Schriften treten.

\*) 12. Berlin IV: In jedem Bezirk der einzelnen Wahlvereine Deutschlands ist eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage einzurichten, und zwar dergestalt, daß die Parteigenossen angehalten werden, die Adressen ihrer auf dem Lande lebenden Verwandten den Bezirksführern oder deren Vertretern mitzuteilen.

14. 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Kreis: Im § 7 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird unter 1. der letzte Satz, welcher lautet: „Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein“, gestrichen.

15. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens eine Zentrale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigeschäfte regelmäßig zu beaufsichtigen und für deren geschäftliche, organisatorische Fortschritte besorgt zu sein. Die Institution ist ähnlich gedacht, wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbandsrevisoren bereits geschaffen ist.

16. Nürnberg: Der Parteivorstand hat sofort eine Instanz im Anschluß an das Pressebureau zu schaffen, die eine bessere, billigere und schnellere Herausgabe von Agitations- und Aufklärungsflyerschriften und Broschüren ermöglicht.

18. Hamburg III, District Gildes: Der Parteitag möge beschließen, daß mit der Bekanntgabe der Tagesordnung zum Parteitag zugleich der Bericht des Parteivorstandes veröffentlicht wird.

63. Magdeburg: Der Parteivorstand wird beauftragt, für die Folge alle Leitsätze (Resolutionen), die er in Gemeinschaft mit den von ihm bestellten Referenten über Fragen prinzipieller oder tatsächlicher Natur dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen gedenkt, spätestens mit der Veröffentlichung der übrigen Anträge im „Vorwärts“ den Parteioorganisationen zur Vorbereitung zu unterbreiten.

23. Stuttgart: Der Parteitag beschließt: Ueberall dort, wo das Bedürfnis vorhanden ist und es die Umstände gestatten, sind die lokalen Bildungsausschüsse in eine Arbeiterbildungsschule umzuwandeln, die ihre Tätigkeit möglichst auf alle das moderne Arbeiterleben berührenden Gebiete ausdehnen hat.

73. Der Parteitag beschließt: 1. zwei weitere Parteisekretäre anzustellen; 2. zwecks Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine Mitgliederkommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Quard-Frankfurt a. M. Auer-München. (Unterstützt von Frau Döring und 42 Genossen von Berlin und Brandenburg.)

\*\*) Die dem Vorstände später zur Erwägung übergebenen Anträge können wir wegen des Stoffandranges erst morgen bekanntgeben.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

#### Schwent-Berlin

begründet den Antrag 34 auf bessere Ausstattung der „Neuen Welt“ ohne Preiserhöhung.

#### Stelling-Lübeck

begründet den Antrag 32. Die Agitationsbroschüren sollten zu dem billigen Preise nicht nur an die Bildungsausschüsse, sondern ganz allgemein abgegeben werden. Wir müssen mit unseren Broschüren immer weiter in das Volk eindringen und dazu ist es nötig, daß wir den vorwärtsstrebenden Proletariern auch die Möglichkeit geben, sie zu erwerben. Weiter wünschen wir die Herausgabe von populären Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung, nicht nur für die Landarbeiter, sondern auch für die kleinen Bauern, die Häusler usw. Bierseltige Flugblätter in kleiner Schrift haben für diese Leute keinen Wert. Der letzte Teil unseres Antrages bezieht sich auf die Kulturbilder, die ihren Zweck nicht mehr erfüllen, da die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen.

#### Müller-Hamburg

Der Antrag 44 bezweckt die Ausgestaltung des Pressebureaus dahin, daß allen Parteizeitungen auch Illustrationen zugänglich gemacht werden. Die Möglichkeit dazu ist gegeben, die Kosten sind nicht so groß. Wir haben in unserem Kreis dadurch, daß wir einige Nummern unserer Presse mit Illustrationen versehen haben, die größten Erfolge erzielt.

Vorsitzender Diez teilt mit, daß seitens der Antragsteller gewünscht wird, den Antrag 43 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Debatte über alle vorliegenden Anträge wird verbunden.

#### Ebert:

Es wird die Verhandlungen wesentlich abkürzen, wenn ich vorweg die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen Anträgen darlege. Was den Antrag 36 betrifft, so wissen Sie alle, daß die „Kommunale Praxis“ bisher ganz erhebliche Zuschüsse erfordert hat und auch in Zukunft noch erhebliche Zuschüsse bedarf. Die Anforderungen an das Blatt steigen fortgesetzt, so daß der Umfang erweitert werden muß, was natürlich mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. Die Verhältnisse und die Bedürfnisse der kleinen Gemeinden sollen mehr als bisher zur Geltung kommen. (Probal) Wir stehen dem Antrage wohlwollend gegenüber, aber große Verpflichtungen hinsichtlich der Verbilligung kann ich Ihnen nicht machen. Ich bitte Sie, ihn trotzdem zu überweisen. Was der Antragsteller des Antrags 38 gesagt hat, dem kann ich ohne weiteres zustimmen und seine Ausführungen wären noch erfreulicher gewesen, wenn er uns zugleich auch den Verfasser einer solchen Broschüre genannt hätte. Es ist ungemein schwierig, für die gewünschten Broschüren geeignete Verfasser zu finden.

Rum zu den Anträgen, die eine Verbilligung der von der Vorwärtsbuchhandlung herausgegebenen Literatur verlangen. Den Organisationen werden schon jetzt erhebliche Vorgangspreise gewährt, die aber den Widerspruch der örtlichen Sortimentbuchhandlungen herausfordern. Nach dem Parteitag soll eine eingehende Prüfung aller dieser Wünsche vorgenommen werden. Auch die einuberufende Konferenz der Sekretäre und Geschäftsführer der Parteigeschäfte soll gehört werden. Wir werden dann eine Neuorganisation des Vertriebs unserer Literatur versuchen. Man darf aber nicht vergessen, daß die Herstellungs- und die Donorare steigen sind. Ich bitte Sie, alle Anträge, ausgenommen 34 und 44, dem Vorstand zu überweisen. Antrag 34 wünscht eine bessere Ausstattung der „Neuen Welt“. Das würde eine ungeheure Mehrausgabe verlangen. Etwa 180000 M. pro Jahr. Es würde direkt eine Gefährdung der Existenz der „Neuen Welt“ bedeuten. Wir beabsichtigen aber die illustrative Ausstattung künftig wesentlich zu verbessern. Damit sind berechtigte Wünsche wohl erfüllt. Ich bitte um Ablehnung des Antrages.

Rum zum Antrag 44. Vom parlamentarischen Bericht werden schon heute Notizen an die Parteipresse verschickt. Von der letzten großen Demonstration sind auch die Zeichnungen der Illustrationen den Parteiblättern zur Verfügung gestellt worden. Wir tun, was möglich ist, bitten aber den Antrag abzulehnen, weil er zu weit geht.

Vorsitzender Diez teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, sämtliche Anträge in bezug auf Presse und Literatur dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

#### Berard-Hamburg

Als Repräsentant des Verlags der „Neuen Welt“ kann ich nur bestätigen, was Ebert ausgeführt hat. Ich freue mich, daß anerkannt wird, daß sich die „Neue Welt“ wesentlich zu ihren Gunsten entwickelt hat. Sie überträgt weit die ähnlichen bürgerlichen Blätter. Allerdings lassen die Illustrationen viel zu wünschen übrig. Der Parteitag kann nicht über diesen Kleinram entscheiden. Da er die Verhältnisse doch gar nicht kennt.

#### Dr. Grabauer-Dresden:

Ebert hat eine Angelegenheit nicht mitbesprochen, die mir doch sehr erwähnenswert und dringend erscheint. Wir haben alle Veranlassung, die Gedanken, die in den Anträgen 39 und 33, soweit sie sich auf die Herausgabe von Monographien auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaft beziehen, in Erwägung zu ziehen. Es fehlt uns an Schriften, die dem wissenschaftlichen Sozialismus und die wissenschaftlichen Auffassungen unserer Partei auf dem Gebiete der Geschichte und der Gesellschaftswissenschaft in populärer Weise an die breiteren Massen der Arbeiter herandrängen. Es fehlt uns an handlichen Büchern. Wir haben nicht einmal eine populäre Parteigeschichte, denn die große vierbändige Geschichte von Franz R. E. H. stellt große Ansprüche an die Arbeiter. Es fehlen uns Gegenstände zu den technisch und sachlich guten, aber reaktionären Büchern aus der Sammlung Götschen und Teubner.

#### Busch-Friedberg:

Von Jahr zu Jahr häufen sich die Anträge, der Landagitation mehr Beachtung zu schenken. Gerade in meinem Wahlkreis hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, Erfolge unter den Kleinbauern zu erzielen. Den Antrag Breslau unterstütze ich, soweit er die Verteilung von weiterem Agitationsmaterial verlangt. Die Gelegenheit für Landagitation ist jetzt günstiger als je. Die Kleinbauern merken jetzt, wie schädlich die Zollpolitik ist und wie bei der Finanzreform ihre Interessen mit Füßen getreten wurden. Eine Aufklärungsschrift ist dringend notwendig. Ich bitte Sie, den Antrag Breslau nicht zur Erwägung, sondern in dem von mir erwähnten Teile zur Berücksichtigung zu überweisen.

#### Stengels-Hamburg

wendet sich kritisch gegen die im offiziellen Vorwärtsverlag erscheinenden „Kulturbilder“, die sich allerdings leider einer weiten Verbreitung erfreuten. In der sozialistischen Presse sind sie schon scharf kritisiert worden, aber der Verlag kümmert sich nicht darum. Vielleicht wird er weniger distanzlos sein, wenn der Parteitag zu der Frage Stellung nimmt. Jetzt, wo allgemein die Bild-Revolution in der Parteistellung wird, bringt man in den Kulturbildern merkwürdige blutige Bilder. Die „Geschichte der Revolution“ ist eine Darstellung der deutschen Wirtschaftsgeschichte, nicht einmal geradezu eine Sammlung von Schinderhütchen. Die Bilder stehen zum größten Teil in gar keinem Zusammenhang mit dem Inhalt und sind nur gewählt, das Auge eines Menschen von niedrigem Geschmack und niedrigen Instinkten anzuziehen. Es ist traurig, daß man so etwas auf dem Parteitag von einem offiziellen Vordenker der Partei sagen muß. Was sollen auch in der „Hohenzollernlegende“ die Bildnisse sämtlicher Potentaten? Sollen sich die Genossen eine Ahnengalerie anlegen? Die ganze Sache macht den Eindruck, als ob ein Ramschlager an den Mann gebracht werden soll.

#### Adolf Hoffmann-Berlin:

Die „Neue Welt“ ist ja etwas besser geworden, wenn auch selbst Berard ausdrücklich erklärt hat, daß die Illustrationen viel zu wünschen übrig lassen, aber es besteht in der Partei ein starkes

Verlangen nach einem illustrierten Blatt. Die bürgerlichen illustrierten Blätter werden zum großen Teil von Arbeitern gekauft. Da wir die Schaffung eines illustrierten Blattes nicht hier beschließen können und die Erfahrungen mit Ueberweisungen an den Vorstand nicht zur Wiederholung ermutigen, beantrage ich eine neungliedrige Kommission zur Ausarbeitung geeigneter Vorschläge einzusetzen.

#### Ruffel-Leipzig:

Die Verbilligung der „Gleichheit“ bei direkter Lieferung an die Kreise liegt im Interesse des Blattes und der Agitation überhaupt. Der Leipziger Bezirk liefert die „Gleichheit“ den Genossinnen gratis, was ihm jährlich 200-300 M. mehr kostet, als er an Beiträgen der Frauen einnimmt. Im Leipziger Bezirk wird auch die „Kommunale Praxis“ gratis abgegeben. Ihre Verbilligung liegt aber im Interesse der Verfertigung unserer Gemeindevorsteher mit dem nötigen Material. Wenn die Abstimmungsergebnisse aus dem Reichstag mit namentlicher Ausführung und mit kurzen Erläuterungen der Materien verbreitet würden, so könnte das besser wirken, als manches Flugblatt.

#### Luisse Diez:

Zur Frage der Verbilligung der „Gleichheit“ sagte mir Diez, daß er selbstverständlich Freude daran hat, wenn die „Gleichheit“ eine größere Verbreitung gewinnt. Aber natürlich hängt der Preis ab von der Höhe des Absatzes. Der Verlag wird dem Parteivorstand eine Aufstellung in dieser Beziehung übermitteln und dieser wird sie an die einzelnen Kreise weiterleiten, damit sie die „Gleichheit“ billiger beziehen können.

Berard-Hamburg: Der Antrag Hoffmann will ja ganz etwas anderes als der Antrag 34. Es wäre sehr erfreulich, wenn man auch ein in bezug auf die Illustrationen einwandfreies Blatt auf gutem Papier zu 10 Pf. herstellen könnte. Tatsächlich trifft zu, was Hoffmann gesagt hat, daß ja die bürgerliche Presse vom Proletariat unterstützt wird. Freilich darf nicht übersehen werden, daß die besseren illustrierten Blätter der bürgerlichen Presse Inzeratenaufnahme haben. Die „Neue Welt“ hatte früher auch einmal Inzerate, aber gegen diese wurde so gewütet, daß man sie wieder fallen ließ und dadurch auch wieder zum Defizit kam. Ich würde mich freuen, wenn der Antrag Hoffmann auf Einsetzung einer Kommission von neun Mitgliedern, die dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu machen hat, angenommen würde. Früher und ich würden gern etwas Besseres liefern, aber bei dem jetzigen Preis ist das nicht möglich.

Vorsitzender Diez: Es ist folgender Antrag eingegangen: „Der Parteitag beschließt, eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, welche die Frage der Begründung eines selbständigen illustrierten Blattes vorzubereiten und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu machen haben.“ Der Antrag wird genügend unterstützt.

#### Adolf Hoffmann-Berlin:

Solange wir in der politischen Presse Inzerate aufnehmen und durch die Verhältnisse dazu gezwungen sind, brauchen wir uns auch vor Inzeraten in einem solchen Blatt nicht zu scheuen. Nur gegen eine Verpachtung der Inzeratenaufnahme an eine Inzeratenfirma würde ich mich wenden, und das ist wohl bei der „Neuen Welt“ der Fall gewesen.

Die Diskussion schließt. Zunächst wird über den weitgehendsten Antrag, alle Anträge, welche sich auf die Presse und Literatur beziehen, dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen, abgestimmt. Dieser Antrag wird angenommen. Damit sind sämtliche übrigen Anträge zu diesem Punkt erledigt. Es folgt der letzte Punkt des Vorstandesberichts.

#### Jugendagitation.

Hierzu werden die Anträge 24, 25, 60a und 75\*) zur Debatte gestellt, sowie ein weiterer, genügend unterstützter Antrag: „Der Parteitag möge die Zentrale für die arbeitende Jugend beauftragen, in der Zentrale einen besonderen Jugendsekretär zur Erledigung für die Jugend anzustellen.“ Sämtliche Anträge werden genügend unterstützt.

\*) 24. Berlin II, IV und Teltow-Beeskow: Der Parteitag begrüßt die Fortschritte, die die proletarische Jugendbewegung trotz der Bekämpfung durch Staat und Kirche gemacht hat. Er bestätigt aufs neue die Wichtigkeit dieses jungen Zweiges der Arbeiterbewegung und macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, ihre Söhne und Töchter für die Veranstaltungen der Jugendauschüsse zu interessieren, sie zum Lesen der „Arbeiterjugend“ zu veranlassen und auf den Arbeitstätten für die freie Jugendbewegung zu agitieren.

Angefaßt der Tatsache, daß die neue, von staatlicher Seite ausgehende Jugendbewegung durch Veranstaltungen und Gründungen von Vereinen im Anschluß an die Fortbildungsschule fortwährend größeren Einfluß auf die schulentlassene Arbeiterjugend gewinnen will, beschließt der Parteitag:

„Die Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands hat ein planmäßige Agitation durch Veranstaltung von Veranstaltungen, Herausgabe von Flugchriften und Broschüren in die Wege zu leiten. Die Zentrale stellt bei den in der Jugendbewegung stehenden Funktionären durch stete Versorgung mit Agitationsmaterial und durch besondere Hinweise auf wichtige Geschehnisse innerhalb der gegnerischen Jugendbewegung sowie durch Erörterung organisatorischer, agitatorischer und pädagogischer Fragen Anweisung und Anleitung für die Erledigung ihrer Arbeiten zu geben. Die Parteipresse hat mehr als bisher die Bekämpfung der Jugendbewegung zu schildern und über die Arbeit der Jugendauschüsse zu berichten.“

25. Stuttgart: Der Parteitag möge beschließen: Um eine gründliche Aufklärungsarbeit unter der proletarischen Jugend Deutschlands durchzuführen, hat die Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands Wanderebdner bereitzustellen und entsprechende Agitationstouren anzugehen und eventuell auszuführen.

60a. Der Parteitag ersucht die Zentrale für die arbeitende Jugend, die Errichtung eines Ratgebers und Korrespondenzblattes für die Jugendauschüsse in Erwägung zu ziehen, in dem den in der Jugendarbeit tätigen Genossen Anregungen und Aufklärung über die Jugendarbeit gegeben werden. E. Kay, E. Edler, L. Andratschke, J. Stelling, E. Diez, M. Voller, K. Röhner, Michelsen, Clemens, Wischoff, C. Wagner, H. v. Elm, Fr. Bartels, C. Weiß, E. Flegner, J. Jodolin, Dr. Jasper, Scholz, C. Schröder, M. Lange, L. Baumann.

75. Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei und Justiz.

Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Verührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offensibare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen.

Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen Konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatslich preussischen „Jugendpflege“. In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der „preussischen Lehrer, Geistes, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibenden, Ingenieure Offiziere“, und zwar „ohne nach außen irgendwelches Aufsehen davon zu machen“, die Erziehung der Jugend im „vaterländischen Geiste“ fördern.

Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerliche Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen. Schulz, Ebert, Luisse Diez, Legien, Müller, R. Schmidt.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Buchdrucker: u. Verlagsanstalt Paul Springer u. Co., Berlin SW.

# Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Heinrich Schatz-Berlin:

Im Namen der Zentralstelle für die arbeitende Jugend möchte ich Sie bitten, die Anträge 24, 25 und 60a und auch den oben eingebrachten Antrag uns zu überweisen. Der Antrag 25 ist eigentlich überflüssig. Da die Zentralstelle schon jetzt derartige Agitationstouren veranstaltet. Wir werden auf diesem Wege weiter schreiten und erwägen, ob auch Wanderedredner entsandt werden können. Der Antrag 24 ist schon öfter Gegenstand der Besprechungen der Zentralstelle gewesen. Überweisen Sie uns den Antrag, wir werden erneut die Anregung prüfen. Antrag 24 ist uns in seiner Tendenz durchaus sympathisch. Der erste Absatz deckt sich mit unserer Resolution. Daß wir stets neue Anregungen prüfen, und auch aus eigener Initiative weiter gehen, ist selbstverständlich. Nun zum Antrag 75, worin wir Sie auffordern, gegen die Verfolgung der arbeitenden Jugend durch Polizei und Justiz zu protestieren. Dieser Protest muß immer aufs neue von der Arbeiterklasse ausgesprochen werden, denn seitdem wir eine proletarische Jugendbewegung haben, hören die Schikanierungen im großen und kleinen nicht auf. Ueber alle Konfessionen, über alle politischen Gegensätze hinweg hat sich die bürgerliche Gesellschaft geeinigt und will alles mögliche tun, um die Arbeiterjugend von dem Wege, den sie beschreiten muß, zurückzubalten. Es werden ganz raffinierte Mittel angewandt, um diese Jugend zu korbieren, nachdem man sie in der Schule durch rüch-sichtslos Drill im Sinne der herrschenden Klassen bearbeitet hat. Man begegnet ihr dann mit augenverdreherischer Heuchelei und honigsüßen Worten. (Sehr richtig!) Man versteht seine eigentlichen reaktionären Absichten hinter dem Wort von der Staatsbürgerlichen Erziehung, die aber in Wirklichkeit nichts anderes ist, als reaktionärer Jugendkram. (Sehr wahr!) Das ganze Wesen dieser Erziehung erblickt ein Wort des Rindener Stadtschulrates Kerschenskeiner: die oberen Stände sind und bleiben die Erzieher des Volkes! Aber die Arbeiterklasse bedankt sich für diese Erziehung! (Lebhafte Zustimmung!)

Kultusminister, Handelsminister und andere Regierungsorgane haben durch Erlasse diesen Eifer der Bourgeoisie noch anzulegen versucht. Die Kriegsspielererei ist ein besonders beliebtes Mittel, mit dem man die Jugend einzujagen will und auch der preussische Fortbildungsausschuss hat sich in dieser Richtung bis zu einem gewissen Grade diesen Bestrebungen dienen. Ich empfehle allen Genossen, die sich mit der Jugendbewegung beschäftigen, sich den Erlaß der preussischen Regierung betreffend der Jugendpflege anzuschaffen. Sie können da manches lernen. Es steht ausdrücklich in dem Erlaß, daß Lehrer, Ärzte, Weisliche, Ingenieure, Offiziere sich an die Jugend heranmachen sollen, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Mit welchen Mitteln will man an die Jugend herantreten? Man spekuliert auf ihren Freiheitsdrang, ihr Bedürfnis nach Selbstbetätigung und ihr Bedürfnis nach Vereinsmeierei. Während man die sozialdemokratischen Organisationen rücksichtslos aufißt, begünstigt man die bürgerlichen. Durch Sport und Spiel, durch die Freude am Kampf und am Kriegsspiel will man die Jugend einzujagen zugunsten der Reaktion. Es ist zweifellos ein ganz geschicktes Vorgehen und wir dürfen erwarten, daß durch die Willkür, die sich jetzt auf die freiwilligen Helfer ergiebt, der Eifer dieser Leute lebhaft angezettelt wird. Einleitend spricht der Erlaß von der infolge der Veränderung der Verhältnisse gefährdeten Jugend in leiblicher und sittlicher Hinsicht. Das sagt der preussische Kultusminister seiner Regierung ins Gesicht, daß sie seit Jahrzehnten das leibliche und sittliche Wohl der Arbeiterjugend aufs schwerste gefährdet hat. Wird nun eine Disziplin eingeleitet durch sozialpolitische Maßnahmen? Nein, das fällt dem Minister gar nicht ein. Zur Abwehr der Gefahr bietet er eine Willkür. Allerdings hat die moderne Entwicklung nachhaltigen Einfluß auf die Arbeiterjugend gehabt. Die ganze Entwicklung der kapitalistischen Industrie ist eine Nussumme von Minderelend. Marx hat dafür das zutreffende Wort vom bethlehemischen Kinder mord geprägt. Gelan hat dagegen die Regierung nichts Positives. Wohl aber hat sie die Arbeiterklasse, die die Bewegungen in die Hand nehmen wollte, darin gehindert, so oft wie sie sich dazu anschickte. Das darf sich die Klassenbewegte Arbeiterschaft nicht gefallen lassen.

Wohl wissen wir Sozialdemokraten, daß die Kinder nicht unser persönliches Eigentum sind, über die wir wie über einen Gegenstand verfügen können; noch weniger aber wollen wir anerkennen, daß unsere Kinder das Eigentum des heutigen Klassenstaates sind. Wir wollen die freie Selbstbestimmung der Kinder, wir wollen sie urteilsfähig machen, damit sie selbständig entscheiden können. Wir wissen nicht, ob sie zu uns kommen, aber wir haben das Vertrauen zu unserer Sache, daß sie, wenn sie urteilsfähig sind, den Weg zu uns finden. Der preussische Staat aber, der den Wädnerinnenklub und die Sänglingspflege, die ungenüßliche Ernährung von Kindern usw. bevorzugt, will jetzt auch noch die schulenlose Jugend zu geistigen Krüppeln erziehen. Wenn diese bürgerlichen Wölfe in Schafsheiden kommen, wenn diese Herren unsere Arbeiterjugend mit ihrem Jaderbrut einzujagen wollen, dann weisen Sie ihnen die Tür! (Beifall.) Warnen Sie die Jugend vor den Versuchungen der falschen Freunde.

Aber wir müssen auch Positives leisten, darum fordere ich Sie zugleich auf, Ihre Kinder, die Lehrlinge, mit denen Sie arbeiten, die jungen Freunde, auf die Sie Einfluß haben, auf die proletarische Jugendbewegung, auf die Jugendausschüsse, die Jugendheime, die Vorträge und Kurse aufmerksam zu machen. Geben Sie ihnen die Literatur in die Hand, die sie aufklärt. Führen Sie sie den geselligen Veranstaltungen zu, die wir für die Jugend einrichten; gehen Sie mit ihnen hinaus in die freie Natur, das wird ihnen selbst das Herz stärken und wird für Ihre Erkenntnis der jugendlichen Seelen von bleibendem Werte sein. (Wohlgel.) Im übrigen wollen wir bei den Bestrebungen der bürgerlichen Scheinjugendfreunde ruhig Mut bewahren. Es steht ein lieber Kern in den jungen Menschen. Wir hoffen, daß der in Verbindung mit dem jugendlichen Klasseninstinkt unsere Jugend vor den Fallstricken der falschen Freunde bewahren, und sie, wenn sie soweit ist, in die Kämpferreihe des modernen Proletariats hineinführen wird. (Lebhafte Beifall.)

Nach-Niel

begründet den Antrag 60a: Trotz der Fortschritte, die die Jugendbewegung zu verzeichnen hat, fehlt es an vielen Orten an geeigneten Kräften. Deshalb beantragen wir, ein Korrespondenzblatt für die Jugendausschüsse herauszugeben, worin den in der Jugendarbeit tätigen Genossen Anregung und Aufklärung über die Jugendbewegung gegeben wird.

Höller-Jena:

Die trefflichen Ausführungen von Schatz stimmen nicht überein mit dem von ihm a priori angegebenen Gutachten über die vorliegenden Anträge. Im Sinne seiner Rede hätte er doch sagen müssen, daß von Seiten der Zentralstelle alles gefehlen muß, um die proletarische Jugend möglichst schnell vorwärts zu bringen. Der von uns geforderte Jugendsekretär der Zentralstelle

hätte den Verkehr mit den einzelnen Ausschüssen im Reich zu besorgen und alle Angelegenheiten der Jugendbewegung zu leiten. Die Zentralstelle ist tatsächlich überlastet. Alle Genossen, die ihr angehören, sind mit Arbeit so überhäuft, daß sie selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, alle Geschäfte in dem Umfange zu erledigen, wie es notwendig wäre, wenn das einträte sollte, was Genosse Schatz als erforderlich bezeichnet hat. Wo arbeiten denn unsere Gegner? Die katholische Jugendbewegung hat über 100 Sekretäre, die evangelische hatte schon 1910 147 Sekretäre, die neutralen Jugendvereine haben eine ganze Reihe von Beamten, Lehrern usw., die sich ihr widmen. Sie sehen also, daß unser Antrag nicht etwa aus Übermut gestellt ist.

Das Korrespondenzblatt haben wir so nötig wie das liebe Brot. Darum sollte die Zentralstelle nicht erst lange Erwägungen anstellen. Es kann unmöglich mit der „Arbeiterjugend“ verhandelt werden. Es ist doch nötig, daß endlich im ganzen Deutschen Reich Jugendausschüsse gebildet werden. In Süddeutschland besteht überhaupt noch keiner. Sie sind aber sehr notwendig, um einerseits Fühlung mit den Bezirken zu haben und andererseits die mit der Zentralstelle in Berlin aufrecht zu erhalten. Bitte, bezeugen Sie durch Annahme des Antrages, daß Sie gewillt sind, die Jugendbewegung sofort und ausgiebig zu fördern.

Genossin Gröndberg-Rürnberg:

Wir haben in Deutschland 454 Jugendausschüsse, die verschiedenartig zusammengesetzt sind. Es fehlt an einer Einheitlichkeit der Verwirklichungsform und das führt vielfach zu Verwicklungs-kämpfen. Wäre eine einheitliche Form vorhanden, so hätten wir gewiß in der Jugendbewegung bessere Fortschritte zu verzeichnen. Deshalb bitte ich Sie, sich mit dem Gedanken der Reorganisation zu beschäftigen.

Dr. Liebknecht-Berlin:

Die proletarische Jugend seufzt unter einem Doppeljoch. Sie ist die Jugend des Proletariats und sie ist die Jugend des Proletariats, die von der kapitalistischen Ordnung besonders hart betroffen wird. Zu dem, was Schatz angeführt hat, kommt als Ergänzung noch die Kriminalstatistik. Die Kriminalität der Jugendlichen zeigt, daß die größte Zahl von Straffällen der Jugendlichen auf dem Gebiete der Eigentumsvergehen liegt: Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Landstreicherei und andere solche Delikte, die alle den Charakter sozialer Delikte tragen. Bei den weiblichen Jugendlichen besteht dazu noch die entsetzliche Rubrik: Verfehlungen gegen die Polizeibestimmungen über die Kontrolle der Prostituierten. Da wird ein so entsetzliches Bild aufgerollt, und eine Regierung, die den Ernst dieser Frage nicht begreift, sondern ihn sogar zu verschleiern sucht, verdient, das Brandmal auf die Stirne gedrückt zu bekommen.

Von großer Wichtigkeit ist, daß in dem Antrag 75 noch hinter das Wort „Polizei“ das Wort „Schulaufsichtsbehörden“ eingeschoben wird. Diese tragen zur Bekämpfung der Jugendbewegung bei. Auf alle verbotenen Regierungsverordnungen wird zurückgegriffen, um einen Unterrichtsverbot zu erlassen zum Unterricht der Jugend zu fordern. Was in dieser Beziehung dem preussischen Kultusminister und den ihm untergeordneten Instanzen geleistet wird, ist mit das Ärgste, was von der preussischen Regierung in ihrer langen Geschichte begangen worden ist.

Auch durch Sportlererei will man die Jugend von dem großen proletarischen Kampf abbringen. Es ist das Heimtückische, daß die Regierung die Jugend durch ihr Freiheitsbedürfnis in die Falle lockt und sie zu proletarischen Sklaven nach ihrem Willen machen will. Alle diese Abwehrbewegungen der Regierung sind natürlich ein ehrendes Zeugnis für die Wucht der proletarischen Jugendbewegung und die Furcht der herrschenden Klassen. Auch wir müssen uns die jugendliche Abenteuerlust und den jugendlichen Freiheitsdrang nutzbar machen, freilich nicht durch militärische Spielerei, nicht durch Kriegsspiele, sondern etwa durch Spiele wie „Sozialdemokraten und Gendarm“. (Weiterlekt.)

Die herrschenden Klassen müssen die Hoffnung schwinden lassen, die Jugend uns abwendig zu machen. Man hemmt uns, doch man zwingt uns nicht, ja man hemmt uns nicht einmal. Nie und nimmer hätte die Jugendbewegung eine solche einmütige Beteiligung bei der Partei und den Gewerkschaften gefunden, wenn sie nicht so verfolgt worden wäre. Sie ist durch die infame Taktik ihrer Verfolger gefördert worden. Wir können den herrschenden Klassen das Wort zurufen: „Ihr seid bewegt sich doch!“ Die Jugend des Proletariats wird Sieger bleiben über alle ihre Feinde und die Scharen liefern, die dereinst unsere Kämpfe weiter führen werden. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Diez: Vom Genossen Liebknecht wird beantragt, im Antrag 75 hinter „Polizei“ noch zu setzen „Schulaufsichtsbehörden“. Hiergegen wird nichts eingewendet.

Genossin Habermann-Berlin:

Mit der proletarischen Jugendbildung dürfen wir nicht warten, bis die Kinder aus der Schule entlassen sind, sondern wir müssen sie, sobald sie anfangen zu begreifen, in Bahnen lenken, die sie später zu gehen haben. Wenn die Jugend gehört, dem gehört auch die Zukunft. Weiter habe ich im Namen von Berlin 4 noch zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß der Antrag 24 der Zentralstelle überwiesen wird.

Schubert-Spandau:

Wie weit sich die Behörden bereits den Bestrebungen der bürgerlichen Jugendbewegung angepaßt haben, beweist der Umstand, daß in Potsdam die Militärbehörde der Jugend bei ihren Spielen den markierten Feind liefert. In Spandau sind die Schüler organisiert und die Schulverwaltung verlangt von ihnen einen Beitrag von 10 Pfennig. Das ist zweifellos ungenüßlich und solchem Verlangen müssen wir uns auf das Entschiedenste widersetzen. Das in Spandau am Sedantage vorgekommen ist, spottet jeder Beschreibung. Dort hat man die Jungen aus den Depots mit den Gewehren und Seitengewehren bewaffnet. Aber nicht nur die Kinder unserer Gegner treiben diesen Kummel, auch die proletarischen Kinder nehmen daran teil. Das müssen alle Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder verhindern.

Obert-Parteivorstand:

Ich bedauere aus taktischen Gründen lebhaft, daß Genosse Höller eine Differenz zur Sprache gebracht hat, die sich zwischen der Zentralstelle und der Bezirksleitung von Thüringen ergeben hat. Die Bezirksleitung von Thüringen fragte bei uns an, was sie aus Anlaß des Parteitages zur Propaganda der Jugendbewegung tun solle. Wir rieten aus taktischen Gründen von einer Veranstaltung ab. Später erklärte die Bezirksleitung, daß sie doch eine solche Veranstaltung treffen wollte, und legte Formulare und Fragebogen bei, die an die Jugendausschüsse versandt werden sollten. Das geforderte Material deckte sich nun zum Teil mit dem, was wir bereits kurz vorher von den Jugendausschüssen ebenfalls durch einen Fragebogen eingeholt hatten. Es bestand nun die Gefahr, wenn nun auch in Jena das Material bearbeitet wurde, daß uns nun von dort ein Bericht vorgelegt werde, so daß dem Parteitage vielleicht zwei sich widersprechende Berichte

vorliegen würden. Das mußte verhindert werden. Dazu kamen auch organisatorische Gründe. Die Einforderung von Material usw. hat durch die Zentralstelle zu erfolgen. Die Bezirksleitungen dürfen sie nicht beiseite schieben. Ueber die Tätigkeit der Zentralstelle informiert Sie unser schriftlicher Bericht. Wir sind völlig von der Notwendigkeit einer intensiven nachhaltigen Propaganda unter der Jugend überzeugt. Unsererseits geschieht alles, was die Propaganda fördern kann. Natürlich fehlt es in einer so jungen Bewegung, in der das jugendliche Element ausschlaggebend ist, nicht an Wünschen, Anregungen und Forderungen, die sehr oft das über sich äumende jugendliche Temperament erkennen lassen. Alle Anregungen sind aber sachlich geprüft worden. Wir sind in der Zentralstelle so einig, daß alle wesentlichen Beschlüsse einmütig gefaßt sind. Wir beabsichtigen, die „Arbeiterjugend“ nach der Richtung hin auszubauen, daß sie künftig mehr Material zur Schulung in der praktischen Jugendarbeit bringt. Ob dann noch ein besonderes Mitteilungsblatt für die Jugendausschüsse notwendig ist, wird die Erfahrung lehren. Die Zentralstelle wird die Frage noch einmal prüfen.

Die Sekretärfrage wird auf die nächste Tagesordnung der Zentralstelle gesetzt werden. Die Arbeiten haben sich gebäuft, sie sind erfreulicherweise angewachsen. Wir wären Loren, wenn wir uns weigern wollten, Sekretäre anzustellen, wenn es notwendig ist. Leider klagen die Jugendausschüsse vielfach, daß sie nicht die nötige Unterstützung von den erwachsenen Genossen erhalten. Verleugern Sie nicht die Wichtigkeit der Jugendbewegung. Es ist ein Kampf, den wir der herrschenden Klasse gegenüber um die Arbeiterjugend führen. Wir müssen die Bestrebungen der bürgerlichen Kreise, die die Jugend für sich gewinnen wollen, illusorisch machen. Das muß uns gelingen, wenn jeder Genosse und jede Genossin ihre Kräfte voll in den Dienst der Sache stellen. Dem Amendement Liebknecht können wir uns anschließen. Ich bitte Sie noch einmal, unsere Resolution anzunehmen.

Höller-Jena erwidert persönlich dem Genossen Ebert, daß man von Berlin aus eine Antwort in einer Form erhalten habe, die unbedingt verkehrt wirken müsse. Es mag sein, daß hier vom Jugendausschuss in Jena ein Fehler gemacht worden ist, aber man brauchte nicht so großes Geschrei anzufachen, wie es seitens des Genossen Ebert geschah ist.

Hierauf werden die Anträge 24, 25, 60a und der Antrag Höller betreffs Anstellung eines Sekretärs der Zentralstelle überwiesen. Die Resolution wird mit dem Amendement Liebknecht einstimmig angenommen.

Damit sind alle Anträge zum Vorstandsbericht erledigt. Dem Parteivorstand wird einmütig Decharge erteilt.

Vorsitzender Diez dankt namens des Parteitages dem Vorstand, der Kontrollkommission sowie allen anderen Kommissionen, die gemeinsam mit dem Vorstand im Geschäftsjahre gearbeitet haben.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch früh 9 Uhr verlegt.

Schluß 7 Uhr.

## Antrag zu dem Parteitag in Württemberg.

Der Parteitag nimmt mit Bedauern Kenntnis von den jüngsten Vorgängen in der württembergischen Landesorganisation. Er beauftragt den Parteivorstand, mit dem württembergischen Landesvorstand und mit der Stuttgarter Parteileitung in Verbindung zu treten, um die Entwicklung der Partei in Württemberg im Sinne und Geiste der Gesamtpartei und ihrer Beschlüsse zu sichern. Westmeyer und 105 Genossen.

**Berichtigung.** Wie unsere Leser wohl schon bemerkt haben, ist im Bericht der Montagführung der Schluß der Ausführungen des Genossen Robert Schmidt durch ein technisches Versehen an den Schluß der Ausführungen des Genossen Regien geraten. Die letzten 11 Zeilen bei Regien gehören zu der Schmidtschen Rede.

Weiter findet sich im Bericht über die Montagführung des Parteitages, im Geschäftsbericht des Genossen Hermann Müller, ein sinnfälliger Irrtum. Es ist von der langen Krankheit Debel's die Rede. Statt Debel ist zu lesen: Gerisch.

## Verfammlungen.

Die Verschleppung der Sonntagsruhe.

In einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen am Montag nach den „Arminhallen“ einberufenen öffentlichen Versammlung referierte Uzo über dieses Thema. Wie stark das Interesse an der Frage bei den Handlungsgehilfen ist, zeigte der außerordentlich zahlreiche Besuch, wobei die große Beteiligung der weiblichen Angestellten besonders auffiel.

Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands einberufene, am 11. September 1911 in den „Arminhallen“, Berlin, tagende, öffentliche Versammlung erklärt:

Die völlige Sonntagsruhe ist eine hygienische und kulturelle Notwendigkeit, welche von allen Wissenschaftlern längst anerkannt, von sämtlichen Handlungsgehilfenverbänden einmütig gefordert wird und auch in den Kreisen der Geschäftsinhaber immer mehr Anhänger gewinnt.

Es ist für die Reichshauptstadt Berlin eine selbstverständliche Pflicht, nicht länger hinter anderen deutschen Städten zurückzubleiben und endlich den Sonntagsverkauf in den Ladengeschäften ganz zu verbieten oder wenigstens einzuschränken.

Die Versammlung erklärt den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin vom 16. Februar 1911 für durchaus unzureichend, verurteilt aber um so mehr, daß selbst diese bürgerliche Regelung noch nicht einmal zur Durchführung gebracht ist.

Die Versammlung ersucht den Magistrat von Berlin, ungeachtet der Stellungnahme der Vorortgemeinden den Beschluß der Stadtverordneten vom 16. Februar 1911 spätestens zum 1. Oktober durchzuführen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 Stunden nach 6 Uhr abends, 6 Uhr abends, 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Päckchen und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erteilt. Anfragen, denen keine Honorarbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— R. 24. B. Ja, sofern die Erkrankung nicht als Folge des Dienstes anzusehen ist. — G. 6. 50. Briefkasten. Die vorherige Annahme des Schlichters ist notwendig, sofern beide Parteien in derselben Gemeinde wohnen. — G. 3. 18. In Berlin nach 2 Monaten. — 100 R. Verjähr. falls nicht etwa früher schon ausgelagt. — Margarete 999. 1. Ja. 2. Nur dann, wenn der Schuldner die Mittel herabst. 3. Gerichthlich nicht. — Gerichthl. 62. Nein. — H. 3. 100. 1. In der Regel ja. 2. Nein. — Pud. Vorherige Mitteilung ist erforderlich. —





Tornow, Franz, Tegel, Berl.-St. 1.  
Tugendreich, Wilm., Augustastr. 1.  
A. Trettle, Friedr. Schlegel, Friedr. Str. 23.  
Ad. Uebrecht, Goltzstr. 21.  
H. W. Wiedel, Weissenhof, Uckermarkt 189.  
Witt, Spand., Neuenhofstr. 99.

Schirmfabrik

**Berliner Schirm-Fabrik**  
Eugen Liechtenstein  
Leipzigerstr. 78. Müllerstr. 18.  
Kurfürstend. 211, Wilmersd. Str. 48.  
Rosent. Str. 11/12, Seböckh Allee 101.  
Ternstr. 57. Oranienstr. 28.  
Tegel, Berlinerstr. 4.

Müller, Weissenhof, Langhausstr. 4

Schirme u. Stöcke

G. Dahinter, Rixd., Kais.-Friedrichstr. 16.  
Reparaturen, Bestige billigst.  
Ulrod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.  
Franz Havel, Prinzen-Allee 7.  
Joh. Jung, Reichenbergerstr. 25.  
M. Lersch, Alte Jakobstr. 57-59.  
Arth. Piesker, Chorinerstr. 61.  
A. Rieka, Bodstr. 11. Bestige billigst.  
Herm. Rosenky, W. Kassestr. 4.  
G. Schloßmann, Warschauerstr. 85.

Seifen

Gustav Gumbel, Kaniatr. 64.  
Heidke, Paul, Burgsdorfstr. 12.  
Memele Str. 48a.  
**John, A.**, Alie Haschalsperr-  
str. 11.  
H. Semrau, Wrangelstr. 118.  
Pöcklerstr. 20, Eisenbahnstr. 26.

Teppiche u. Gardinen

Franckenstein & Co., Rixd., Bergstr. 149.

Carl Gehring, Teppiche, Möbelstoffe,  
Gr. Frankfurterstr. 82, Gardinen, Lössen.  
Mauerhoff, M., Gr. Frkf. Str. 3, pt.  
**J. A. Schulz**, Weinbergs-  
Weg 10 Z.

Trauer-Magazin

**Westmann**  
Mohrenstr. 27 a, Gr. Frkf. Str. 118.

Uhren u. Goldwaren

**Abel**  
Goltzstr. 50,  
am Winterfeldpl.  
Oscar Aldag, Charl.-Krummest. 29.  
Art. Herm., Manteuffelstr. 114.  
Joh. Böggerow, Charl. Tegl. Weg 108.  
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.  
Arnold Beyer, Oberschönweide.  
Fr. Bess, Charl., Krummest. 61.  
Otto Brauer, Möllerstr. 164.

Charlottenburg

Spandauerstr. 3.  
E. L. Hirsch, fr. Trenz  
Max Eisermann, Charl. Märktstr. 16.  
Briese, Ernst, Rixd., Berl.-Str. 61.  
Brogemann, Reichenbergerstr. 99.  
Brückmann, Rixdorf, Bergstr. 181  
(Passage).

Max Busse

Brunnenstr.  
175/177.

Emil Dippe

Schönhauser Allee 132,  
vis a vis der Guelast.

Ebert, Otto

Hüttenstraße  
Nr. 67.  
R. Eichler, Reineckstr. O. Reineckstr. 45.  
W. Eisolt, Charl., Wilmersd. Str. 111.  
Ellinghausen, Gebr., Grönerweg 46.  
Fenske, S., Kottbusserdamm 90.  
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 9.  
Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 8.

J. Gebhardt

Charlottenburg,  
Berlinerstr. 124.  
George, Adolph, Bodstr. 65.  
Carl Olesen, Oranienstr. 165 a.  
Ernst Gräber, Brunnenstr. 79.

**M. Graupner**, Bismarckstr. 57, Lief. 4  
Kessau-Ges. Berlin a. U.  
P. Hoffmann, Hohenfriedb. Str. 4.  
Hoffeld, E., Andrasstraße 21.  
Hummel, E., Reichenberg-Str. 74.  
Jarchow, A., Bergmannstr. 21.  
H. Kammler, Charl., Krummest. 22.  
**M. Kariol**, Brunnenstr. 118.

R. Klonka

Oranienstr. 36.  
Martin Klein, Neus Hochstr. 23.  
Kleibusch, W., Frit. Chaussee 61.  
E. Kautz, Reineckstr. 52.  
J. Körner, Reineckstr. 52.  
B. Lechtermann, Dreyse-Wilmersd. Str. 14.  
Lohmann, Alb., Frankf. Allee 45.  
Lohmann, Wilh., Kottb. Damm 25.  
Lohseng, Now., Lindenstr. 61.  
Ernst Leutert, Osm. Radolfplatz 1.  
Lewin, Adolf, Königsstr. 43/44.

Lüders, H.

Schöneberg,  
Königsstr. 11.  
Fr. Meixhöke, Warschauer Str. 83.  
G. Neumann, Charl., Wallstr. 59.

Nolte, K.

Simon-Dach-  
str. 18.  
Brunnenstr. 112.  
Brunnenstr. 91.

Rudolf Plunz

Schöneberg,  
Hauptstr. 148.

Emil Quade

Quitzow, Joh., Möllerstr. 1 a.  
Rampmalter, F., Skalitzerstr. 23.  
Karl Reichel, Hermann-  
platz 7.  
Riedel, Reinhold, Reineckend. Str. 71.  
A. Rob, Reineckstr. W. Eichenstr. 61.  
Joh. Schallan, Seböckh Allee 158 a. Yer.  
Alfred Scheer, Turmstr. 40.  
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.  
Reichen-  
bergerstr. 143.

R. Schmelz

Schöneberg  
Hauptstr. 158.

Willy Schmidt

Friedrichs-  
Kleinstr. 13.

Gustav Scholz

Schöneberg  
Hauptstr. 158.

Schönemann, G.

Rixd., Berl.-Str. 75.

F. Schönwieg

Berl. O., Gesslerstr. 27.

W. Schütz, Kottbuscher, Neus Bahnhofsstr. 22.  
Rich. Schramm, Turmstr. 92.  
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 3a.  
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.  
T. Stolz, Chausseestr. 93.  
Carl Stubb, Drosselstr. 154.  
M. Tomechna Nchf., Bricksstr. 18.  
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 22.  
Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4.  
Traxn, W., Frankf. Allee 188.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie

Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste  
direkt Bezugsquelle! Katalog gratis.  
Versand auch außerhalb, billigste Preise.  
Adolf Völkel, Frankf. Chaussee 156.  
Brunnenstr. 163.  
Otto Wartig, Triftstr. 2.  
Wedermann, O., Wilmersd.,  
Augustastr. 14.  
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74.  
Rixdorf,  
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.  
Wutke, Karl, Treckstr. 7.  
Zabel Nchf., Charl., Berlinstr. 118.

Vericherungen

„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung - Schützen-  
Sterbekassenversicherung. -  
straße 2.

„Friedrich Wilhelm“

Berlin WB, Bohrenstr. 58-61  
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterverichg.  
Mit u. ohne Arzt. Untersuchungs-  
jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

Warenhäuser

Bernhard, G., Ober-Schönweide.  
Bleber, Nf., Yorkstr. 37, am Buf.

**Warenhaus Max Codik**  
SO., Wrangelstr. 20, Eckpöcklerstr.

Max Blumenreich

Schöneberg,  
Str. 1.

Julius Loewenberg Nachf.

Str. 19 a & 4, Schönhauser-Allee.

Warenhaus M. Hirsch

Spandau

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Beling

50 Filialen in allen Städten.  
Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Winkler

Conrad, Großdeitillation

Oranienstr. 207.

Denhardt & Schultze

Brunnenstr. 51.  
Eile m. Weyle, Likörfabr., Gerichstr. 18.  
Großd., „Zur Sonne“, P. Freudenberg.

K. Lehmann, Nowawes, Großbierstr. 29

Martin, Bruno, Rixd., Hermannstr. 16, N. O. 18.

Mertin, Louis, Belle-Alliancestr. 19

Rieß, Fritz, Rixd., Hermannstr. 118.

Sello, Hermann

Phil. Lall,  
Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.  
Bitte Preisl. zu verl. Tel. III, 8192.  
auch Liköre u. Säfte,  
Brunnenstr. 16 a. Filial-  
Kasse/verk. u. Lagerw.

Ignatz Sello

Schwendy, H., Rosenthalstr. 67.  
Welke, W., Hermannstr. 160.  
Wermuth, Oswald, Kopsstr. 82. L.

Waschmittel

Verlangen Sie

„Edelweiß“

Krone aller Waschmittel.

Weiß-, Woll-, Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 78.  
Max Bahn, Mühlentstr. 42.  
H. Barts, Schönhauser Allee 107.  
Dredow, Otto, Rixd., Hermannstr. 56.  
Otto Erdmann, Mirbachstr. 36.  
Beusselstraße 76  
M. Gardels, Taurogenest. 19  
Kron-  
Str. 51a.  
Grüner  
Hans, A., Weg 26.  
Hugo Hecht, Chorinerstr. 65 a.  
Reichen-  
bergerstr. 63.  
Hoffmann, Carmen, Sylvestr. 6  
Hoppe, E., Schwanenbergerstr. 52.  
Lortzingerstr. 9.  
Dankenstr. 1.  
Köstrin-Pl. 1.  
Luisen, Seefeld,  
Hixdorf,  
Hermannstr. 172.  
Kaufh. Kätzki, Rixd., Kais.-Friedr.-Str. 143.  
Cari Klein, Högelsstr. 16, N. O. 18.  
Robert Kutsche, Gubenerstr. 54.  
Adolf Küsel, Rixd., Bergstr. 84 a.  
Kriebel, Schönberg, Louthenat. 5  
A. Kaosler, Caprivistr. 5.  
R. Lehmann, Jäh. Winter, Köpenick,  
Rixdorf, Bergstr. 52 53  
vis-a-vis der Kirche  
Luster, U., Reichenbergerstr. 61.  
Thaerstr. 44.  
Müller, E., Wäsche eig. Fabrikstr.  
Meyer, Bernauerstr. 17. (Arbeitshaus)  
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kant.-Lief.  
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 208.

Pietschmann, Marie

Jagowstr. 25

Schaefer, M.

S. W. Hollmannstr. 43

M. Schaefer

W. Mannsstr. 17.

Schrom, Lina

Mirbachstr. 31.

A. Radloff, Reineckstr. Marktl. 1. 509

Raebmer, C., Andrasstr. 83.

Hermann Meyer, Schwanenbergerstr. 21

A. Nitschgan, Bergmannstr. 11 Hixdorf.

Sigmund Simon, Nf., Köpenickstr. 123

Stavenow, Charl., Gärten-4-Cornerstr. 10

I. Stele Reineckstr. W. Schwanenbergerstr. 118

Thurau, O., Charl., Caneerstr. 14

L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.

E. Volgt, Reineckstr., Amiesstr. 101.

Albert Vogt

Hixdorf, Bergstr. 63

Wollhaus Lucas

Hixdorf, Bergstr. 63

Wild u. Goffugel

Hixdorf, Bergstr. 63

C. Dittmann

Berliner Str. 42.

O. Grimm

Landberger Allee 23,  
auch Flische.

P. Hildebrandt

Brunnen-  
straße 122.

Schmidt, E.

Spandau, Havelstr. 19

Zimmer, H.

Prinzenstr. 12.

Zahn-Atelier

E. Hade, N. Schönhauser Allee 43, I.

Hollbruch, Herm., Fests. 5. 1871

A. Jahnke, SO., Eisenstr. 84, I. 18-1-2-3

Jordan, Alfr., Fests. 61, 1867, 1885.

Alfred Rau 10

Wrangelstr. 86 L. - Gebr. 1885.

Witte, Max

Muakauerstr. 14  
Ecke Kastellstr.

13

Wer sagt: dreizehn  
ist eine  
Unglückszahl?

Der Name

**BRENNINKMEYER**

besteht aus 13 Buchstaben, trotzdem hat  
das Damen-Konfektionshaus dieses Namens  
einen der grössten Erfolge erzielt, dessen  
sich ein Berliner Geschäft ein halbes Jahr  
nach seiner Eröffnung je hat rühmen dürfen.

Wer sagt: dreizehn  
ist eine  
Unglückszahl?

*C. & A. Brenninkmeyer*  
Königstrasse 33, am Alexanderplatz

13

13

B

Die echten

**SALEM ALEIKUM = SALEM GOLD**  
(Goldmundstück)  
Cigaretten  
für Feinschmecker!  
Man hüte sich vor hässlichen, qualitativ minderwertigen Nachahmungen!

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
(Marke Schwan)  
Billig im Preis. Vorzüglich in Qualität.  
Unschädlich im Gebrauch.  
Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

**Persil**

Zarte Haut  
leidet nicht beim Waschen mit Persil, daher keine zersprungenen Hände. Persil gibt schöne fette Lauge, löst Staub und Schmutz spielend.  
Wäscht von selbst  
ohne jeden andern Waschzusatz, ohne Reiben und Bürsten, nur durch einmaliges, etwa viertel- bis halbstündiges Kochen.  
Erhältlich nur in Original-Paketen.  
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten  
**Henkel's Bleich-Soda.**  
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

**VERA** *Joseffi* **VERA**  
Beste 3 Pfg.-Cigarette.

### 3. Deutscher Städtetag.

Wien, 12. September 1911.

Telegraphischer Bericht.

Als ersten Gegenstand enthält die zweite und letzte Sitzung des Deutschen Städtetages die

#### Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosenversicherung.

Die beiden Referenten sind die Oberbürgermeister Wallraf-Köln und Dr. Adickes-Frankfurt a. M., die der Versammlung folgende Leitsätze unterbreiten:

1. Von starker menschlicher Teilnahme für die Not der unverschuldeten Arbeitslosen erfüllt, sind viele Städtewaltungen seit geraumer Zeit bemüht gewesen, Hilfe zu bringen, aber die Erfolge waren nur bescheiden. Das Verlangen nach einer umfassenden Arbeitslosenversicherung macht sich daher immer wieder geltend, und die Städtewaltungen haben um so mehr Anlaß zum Studium dieser Fragen, als neuerdings die bayerische und badische Staatsregierung versucht haben, den Städten in erster Linie die Verantwortung für die Organisation der Arbeitslosenversicherung zuzuwenden.

2. Den sichersten Ausgangspunkt der Untersuchungen bildet die auf Anregung des Reichstags vom Kaiserlich Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik (Regierungsrat Dr. Leo), herausgegebene große Denkschrift über die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Ausland und in Deutschland (1906). Und zwar ist es vor allem wichtig, die Ausführungen dieser Denkschrift über Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit, gegen welche die Versicherung geplant ist, d. h. der Arbeitslosigkeit eines arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeiters, der eine angemessene Beschäftigung nicht finden kann, scharf und bestimmt zu erfassen.

3. Soweit die bisherigen Erfahrungen und Ermittlungen reichen, sind Gründe und Umfang der Arbeitslosigkeit und auch das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben äußerst verschieden. Ein großer Unterschied ist vor allem dadurch gegeben, daß in den Winter-Saisongewerben, namentlich Landwirtschaft, Binnen-Schiffahrt und Baugewerbe mit Hilfgewerben, alljährlich an einer nach dem Jahresdurchschnitt in weitem Umfang feststellbaren Zahl von Tagen die Arbeit im Gewerbe aus klimatischen Gründen mit Sicherheit ausgeschlossen ist, während im übrigen die Arbeitslosigkeit durch Geschäftsstörungen, Änderungen im Gewerbebetrieb, Ueberfüllung des Berufes und andere ungewisse Umstände verursacht wird. Ganz besonders geartet ist außerdem die Arbeitslosigkeit der sogenannten Gelegenheitsarbeiter. Das Versicherungsbedürfnis ist überdies in den einzelnen Berufen auch deshalb sehr verschieden, weil die Möglichkeit von Nebenerwerb und Nebenbeschäftigung in der arbeitslosen Zeit außerordentlich verschieden ist. Eine sorgfältige Unterscheidung und eine gesonderte, den eigentümlichen Verhältnissen der einzelnen Arbeiterklassen angepaßte Behandlung der verschiedenen Fälle und die Herausarbeitung der in den einzelnen Fällen ratsamen und vermeintbaren Versicherungseinrichtungen ist um so mehr geboten, als eine allgemeine Arbeiterversicherung zurzeit schon deshalb ausgeschlossen erscheint, weil ihre Voraussetzung — ein allgemeiner Arbeitsnachweis — nicht vorhanden ist und voraussichtlich auch in naher Zeit nicht vorhanden sein wird.

4. Die Grundfrage jeder Organisation für Arbeitslosenversicherung ist die Frage: ob und in welchem Umfang ein staatlicher Zwang angewandt werden soll? Für ihre Beantwortung ist der Umstand, daß im Deutschen Reich die Gewöhnung an Zwang auf diesem Gebiete weiter verbreitet ist, als in den meisten anderen Ländern, deren Arbeiterversicherung auf Freiwilligkeit beruht, bei Bezugnahme auf Maßnahmen des Auslandes sorgsam zu beachten. Jedenfalls sind bei uns hervorragende Kennner der Ansicht, daß durchgreifende Erfolge nur bei Zwang erreichbar sind, und auch wir müssen nach unseren Erfahrungen bestätigen, daß die bisherigen Versuche freiwilliger Versicherung (sogenanntes Genter und Kölner System) gerade da, wo nach ziemlich all-

gemeiner Auffassung am dringendsten Hilfe nottut, bei den Bauarbeitern und den ungelerten Gelegenheitsarbeitern, nur ganz unzureichende Hilfe gebracht haben. Diese Erfahrung zeigt zugleich, daß die Frage des Zwanges keineswegs einheitlich behandelt werden kann, daß vielmehr für die einzelnen Arbeiterklassen eine Untersuchung unerlässlich ist, ob für sie mit Rücksicht auf die Stärke des Versicherungsbedürfnisses ein Versicherungszwang irgendwelcher Art im allgemeinen Interesse nötig und möglich ist, wobei auch der für einzelne Gewerbe mancherlei Vorteile bietende Spargzwang mit zu berücksichtigen sein würde.

5. Eine fernere wichtige Frage betrifft die Aufbringung der Beiträge durch die zunächst Beteiligten, d. h. die Arbeiter und Arbeitgeber, und kann gleichfalls nur für die einzelnen Gewerbe erfolgreich untersucht und beantwortet werden. Die Lage und Leistungsfähigkeit des Gewerbes, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Gewerben des Auslandes, die Gründe der Arbeitslosigkeit im Gewerbe (klimatische und andere) spielen hierbei eine entscheidende Rolle; ebenso die Höhe der Löhne, die für viele Gewerbe jetzt durch Tarifverträge einheitlich geregelt sind.

6. Noch schwieriger liegt die prinzipiell viel praktischer außerordentlich wichtige, und trotzdem oft leicht hin behandelte Frage der Zuschüsse aus öffentlichen Kassen, welche gleichfalls ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben nicht zutreffend beantwortet werden kann. Es ist z. B. kein Grund ersichtlich, warum eine öffentliche Beihilfe für Fälle gegeben werden soll, in denen die Arbeitslosigkeit nur aus klimatischen Gründen eintritt.

7. Ferner kann die Voraussetzung jeder Arbeitslosenversicherung: nämlich ein gut geordneter Arbeitsnachweis für die beruflich geschulten Arbeiter nur für die einzelnen Gewerbe geregelt werden.

8. Wenn hiernach sowohl die Gründe der Arbeitslosigkeit als das Verbitterungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr verschieden sind, und auch die grundlegenden Fragen des Zwanges, der Verteilung der Beiträge, der öffentlichen Zuschüsse und des Arbeitsnachweises nur nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe beantwortet werden können, so ist die weitere Förderung einer rationellen Arbeiterversicherung nur durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben zu erzielen. Diese kann aber nicht von den Städtewaltungen — allein! In Städten mit über 25 000 Einwohnern —, sondern nur einheitlich von der Reichsregierung oder den Landesregierungen durchgeführt werden. Die Ueberweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlich verantwortlichen Stellen — Regierungen und Parlamente — von Verantwortlichkeit zu befreien. Alle Gemeindeverwaltungen, auch diejenigen, welche aus freiem Entschluß bisher Versicherungseinrichtungen irgendwelcher Art für Arbeitslose geschaffen haben, sowie alle wahren Freunde rationaler und wirksamer Versicherung sollten gegen diese verführte Verschiebung der Verantwortlichkeiten Verwahrung einlegen und von den Regierungen fordern, daß von ihnen unerbittlich die erforderlichen Untersuchungen geleitet werden, um sowohl das Versicherungsbedürfnis, als die Mittel zu seiner Verwirklichung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen. Soweit die Städtewaltungen hierbei, insbesondere bei Untersuchung der Verhältnisse der Gelegenheitsarbeiter hilfreiche Hand leisten können, werden sie gern dazu bereit sein. Daß diese Untersuchung die Verhältnisse der Bauarbeiter in erster Linie ins Auge zu fassen hätte, ergibt sich aus den Ausführungen unter Nummer 4. Bei diesen Untersuchungen wird auch zu prüfen sein, ob — zur Beschaffung schneller Hilfe unter besonderen drücklichen Verhältnissen — vor einer Erledigung der übrigen Fragen zunächst für einzelne Kommunalverbände reichs- und landesgesetzlich eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen wäre.

Oberbürgermeister Wallraf-Köln erörtert zunächst die Frage, ob die Öffentlichkeit verpflichtet sei, eine Fürsorge für Arbeitslose einzurichten. Unzweifelhaft liegt eine gesetzliche Ver-

pflichtung, die über die Armenpflege hinausgeht, für uns zurzeit nicht vor.

### Der britische Gewerkschaftskongreß.

London, 9. September 1911.

6. Tag.

Mit der heutigen kurzen Vormittagsitzung nahm der 44. Gewerkschaftskongreß ein Ende. Die Sitzung wurde eröffnet mit einer Beileidskundgebung für den Führer der parlamentarischen Arbeiterpartei, dessen Frau, eine unermüdete und moderne Kämpferin in der Arbeiterbewegung, die sich besonders große Verdienste um die Organisation der Arbeiterinnen erworben, soeben einer schweren Krankheit unterlegen ist.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die von Will Thorne begründete Resolution über die Verschmelzung der Arbeiterorganisationen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Dieser Kongreß ist der Ansicht, daß es höchst wünschenswert ist, Schritte zu tun, um die verschiedenen Gewerkschaften und Gesellschaften, die augenblicklich dem Gewerkschaftskongreß und der Arbeiterpartei angehören, zu einer wirksamen Zentralorganisation zu vereinigen, und zwar zu dem Zweck derselben Gelegenheit zur Diskussion gewerkschaftlicher und Arbeiterangelegenheiten zu verschaffen, die augenblicklich existiert. Dieser Kongreß beauftragt daher das Parlamentarische Komitee mit dem Exekutivauschuß der Arbeiterpartei zusammen einen Plan auszuarbeiten, der sich mit der Gründung einer Zentralförperschaft, die den obigen Zweck hat, befaßt.“

Hill (Kesselschmiede) unterstützte die Resolution und führte aus, daß der Kongreß, als er beschloß, ein Arbeitervertretungskomitee zu gründen, nicht beabsichtigt habe, eine Sonderorganisation ins Leben zu rufen. Man habe sich das Komitee ursprünglich als ein Komitee des Gewerkschaftskongresses gedacht. Zu dieser Position müsse man zurückkehren. Die Mitglieder machten ein Geschrei über die vielen Kongresse, die im großen und ganzen dieselben Angelegenheiten berieten. Man rate den Gewerkschaften, sich streng abzurufen von der Politik zu halten. Das sei unmöglich; die Gewerkschaften bildeten eine politische Partei. Das hätten sogar die Gerichtshöfe entschieden, als sie die Ansicht aussprachen, daß sich gewisse Gewerkschaften dem Gewerkschaftskongreß nicht anschließen könnten, da sich der Kongreß mit politischen Fragen beschäftige. Wenn sich die Gewerkschaften vor den Gerichten fürchteten, so sollten sie doch gleich ihre ganze Tätigkeit einstellen. Man müsse den Gesetzen trotzen, die den Gewerkschaften die politische Tätigkeit untersagten.

Morris (Maurer) sprach sich für die rein gewerkschaftliche Tätigkeit des Kongresses aus. Die Gant, die gestern während der Beratung der Resolution über das Schulwesen hervorgerufen worden sei und deren Wiederholung wohl niemand wünsche, zeige, wozu die politische Tätigkeit der Gewerkschaften führe. Auch Jones (Kesselschmiede) sprach sich gegen die Verschmelzung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung aus. — Die Resolution wurde von dem nur schwach besetzten Kongreß angenommen.

Ein interessanter Zwischenfall war das Verlesen eines Briefes, den eine alte Dame, Weiserin von Eisenbahnanlagen, an die Direktoren einer Eisenbahngesellschaft geschickt hat. Die Aktienbesitzerin, die die Chartistenbewegung mit erlebt hat, teilt den Eisenbahnmagnaten darin mit, daß sie 45 Schilling, den Betrag der halbprozentigen Dividendenerhöhung des letzten Jahres, der Gewerkschaft der Eisenbahngestellten überwiesen habe, da sie mit ihrem Gewissen es nicht vereinbaren könne, diesen auf Kosten des Lebensblutes der schlecht bezahlten Angestellten erworbenen Profit anzunehmen.

Der Kongreß schloß mit den üblichen Dankesworten. Im nächsten Jahre wird der Kongreß in Newport (Monmouthshire) abgehalten werden. Will Thorne wurde zum Vorsitzenden des parlamentarischen Komitees gewählt und wird daher auch im nächsten Jahre als Vorsitzender des Kongresses fungieren.

### Kleines feuilleton.

Herbstzeißen.

Der Sommer stand abscheidend im Tal. Zum letztenmal sah er die Menschen, die er liebte, die Kinder und Liebenden, die er verschwenderisch beschenkt. Er sammelte farbenbunte leuchtende Blüten, er fing die schmetternden Schmetterlinge, er nahm der Erde den Duft und den Klang, die glühenden Sonnenstage und die schwülen Nächte. Lange stand er am Rain — abscheidend... Aus den Felsen, aus verwittertem Gestein schritt der Herbst auf ihn zu, in langen grauen, schleppenden Gewändern. Starr waren seine Augen, und die Hände waren fahl, wie die Blätter wurden, die er im Gehen streifte... Der Sommer hob seine Lider:

„Ich habe an die Menschen gedacht, im Tale. Da habe ich dich nicht kommen gefühlt. Es tut mir so weh, von ihnen scheiden zu müssen, sie deinen geröteten Händen zu lassen.“

„Und der Winter, junger Sommer?“

„Der Winter ist anders wie du. Der Winter ist die Auflösung, die Ruhe. Der Winter ist die große lautlose Stille. Du bist das Sterben, und die Menschen, die meinen Fuß auf ihrer Stirn fühlen, die kämpfen gegen dich.“

Die grauen Lippen des Herbstes lächelten höhnisch: „Nicht alle.“

„Nein, nicht alle...“

Des Sommers Trauer durchwehte das Tal mit leisen Winden.

„Ich lehre die Menschen, das Leben zu lieben. Ich lehre sie stark zu sein wie die schaffende Erde und schön wie ihre vollste Entfaltung. Ich will mit meinem ganzen Herzen, daß alle Menschen glücklich sind.“

„Sommer, gib mir den Weg ins Tal frei!“

Rebel stiegen aus den Niederungen, fahle Hände hoben sich beschuldend empor.

„Ich bitte dich, bitte dich: Gib den Menschen, die von mir träumen, ein Zeichen! Ründe ihnen deinen Einzug und laß sie noch einmal lächeln, bevor deine Stürme, deine vernichtenden Stürme über sie herbrausen!“

Und der Sommer, der junge leuchtende Sommer, zog ein paar zartgeäderte traurige Blüten aus seinem Gürtel und reichte sie schweigend dem Herbst hin. Der sagte sie mit seinen schlanken, grauen Händen und stieg langsam ins Tal hinab. Und dann freute er die Blumen vor sich hin, die zarten, feldfarbenen Blumen, die ein letztes wellendes Wägen, ein letztes Lächeln des scheidenden Sommers künden. Herbstzeißen!

Sonja Leviné.

### Notizen.

— „Heilige Pflichten“, die neue Komödie von Ludwig Thoma, wurde für das Wiener Hofburgtheater erworben. Herr von Hüfen, der Berliner Hofkunstleutnant, wird nie in die gleiche Lage kommen! —

— Ein Liszt-Rubinstein-Wälw-Denkmal wird nächstens in Wien enthüllt werden. —

— Ein Liszt-Rubinstein-Wälw-Denkmal wird eine meisterhafte Uebersetzung von Victor Hugos Gedichten über die „Legenden der Jahrhunderte“ in norwegischer rhythmischer Prosa erscheinen. —

### Arbeitermöbel.

Die Frage der Arbeitermöbel hat in den letzten Wochen im erhöhten Maße die Öffentlichkeit beschäftigt. Anlaß dazu gaben die Ausstellungen im Gewerkschaftshaus und die gelegentlich der Möbelmesse im Zoo; die eine von Konsumenten, die andere von Produzenten hervorgehoben.

An sich ist die Veranstaltung von Ausstellungen Sache des Produzenten, der zeigen will, was er hat. Wenn nun in jenem ersten Falle die Verbraucher ausstellen, so werden sie notwendigerweise zu oberst betonen, was sie wünschen, was sie fordern. Und so sehen wir denn auch in der „Musterwohnung“ nicht eine reiflose Erfüllung all unserer Wünsche, sondern deren vielleicht etwas herbe Betonung; nicht ein Anbieten an alte Gewohnheiten, sondern ein absichtlicher Bruch mit manchen von ihnen. Dabei geschieht es leicht, daß man scheinbar zu puritanisch wird.

Die Ausstellung der Produzenten ist notwendigerweise mehr auf den Verkauf zugeschnitten. Man produziert und stellt aus, um das Geschäft zu beleben, um die Ware abzusetzen. Daher wird meist Rücksicht auf die Gewöhnung des Auges genommen: durch kleine Verzerrungen, durch Intarsien und durch die Holzarten. Es wäre falsch, solche Kettigkeiten als Fortschritt zu betrachten. Es kommt nicht nur darauf an, die kleinen Wünsche des Antiquaranten zu erfüllen, sondern allein auf die Tendenz: Die Grundzüge der modernen Wohnungskunst auch auf die einfache Wohnungseinrichtung zu übertragen, als da sind: Zweckmäßigkeit, Materialdeutlichkeit und Schönheit. Daß dabei dieser und jener Versuch nicht gleich alle berechtigten Anforderungen erfüllt, darf nicht Wunder nehmen. Während die gut bürgerliche, die vornehme Wohnung einen langen Entwicklungsprozess hinter sich hat und die Bedürfnisse ihrer Insassen seit Jahren von Künstler und Handwerker zu erfüllen gesucht wurden, fehlt beides der Arbeiterwohnung.

Nun aber ist es anders geworden. Wie der moderne Arbeiter heute nach Kultur lechzt, wie er nach Wissen dürftet, nach guten Konzerten verlangt, sich nicht mehr mit dem Spektakelstück auf der Bühne begnügt, so wird auch das Verlangen nach einer schönen und guten Hauslichkeit in ihm wach. Er stellt höhere Lebensansprüche; und das ist ein Kulturfortschritt.

Auch der Arbeiterwohnung im Gewerkschaftshaus, dem Wettbewerb der Möbelmesse und nicht minder allen früheren Versuchen, Arbeitermöbel zu schaffen, einschließlich einer gegenwärtig in Köln stattfindenden Ausstellung, ist der Vorrang gemacht worden, die Möbel seien für Arbeiter zu teuer. Es ist dabei gleichgültig, ob die Preisgrenze 800, 900 oder 1100 Mark ist. Sollen wir aber daraus wirklich dem Aussteller einen Vorwurf machen, der als Muster doch auf jeden Fall Gutes bieten will? Keineswegs! Wenn wir eine Lehre daraus ziehen wollen, so die, daß das Einkommen der meisten Arbeiter zu niedrig ist, um sich eine solche einigermaßen menschenwürdige Umgebung zu schaffen. Hier muß der Hebel ansetzen.

Zum anderen haben aber die Versuche bewiesen, daß innerhalb von Preisgrenzen, die in der Praxis häufig noch überritten werden, sich Gutes, zum mindesten weit Besseres leisten läßt, als der Durchschnitt der Möbelleistungen dieser Preislage heute ist. Und gerade auf diesem Gebiet war das Unterrichten der Berliner Tischlerinnung zu begrüßen, ihren Wettbewerbswohnungen eine landläufige Abzählungsmöglichkeit gegenüber zu stellen. Das soll sowohl im Interesse der Käufer wie der Produzenten; denn an solch minderwertiger Arbeit, die zu niedrigen Preisen geliefert werden muß, hat auch dieser kein Interesse.

Der Kampf gegen die Abzählungsgeschäfte ist nicht ein Kampf gegen die Personen der Inhaber, sondern gegen schlechte Arbeit, unverschämte hohe Preise und harte Kaufbedingungen. Wenn hier jene Produzentengruppe Abhilfe schaffen wollte, so wäre das ein Fortschritt gewesen.

Es ist darum nicht zu verwundern, daß dieses Streben die Sympathie weiter Kreise gewonnen hat. Der Ausgang dieses Kampfes hat leider nicht gehalten, was er versprach. Beide Parteien, auch die bisher siegreiche, haben ihren Frieden gemacht und zu Bedingungen, die den Freund einer Besserung trübe stimmen müssen. Die Tischlermeister geben den Kampf auf gegen die schlechte Arbeit und die hohen Preise der Abzählungsgeschäfte.

Und die Abzählungsgeschäfte? Sie werden für eine geringe Abschlagssumme und einige unverbindliche Versprechungen den hochherzigen und berufenen Wohner — die Tischlerinnung — los und dürfen noch dessen neugewonnenes Renomee für sich ausschlagen. Die Tischlerinnung hindert sie nicht daran, nach wie vor für schlechte Ware hohe Preise zu nehmen.

Der einzelne Tischlermeister, der auf solche Lieferungen angewiesen ist, mag sich mit diesem mageren Vergleich begnügen; für das Publikum aber kann damit der Kampf gegen die Auswüchse des Abzählungshandels nicht erledigt sein. Der Konsument darf sich nicht mehr mit allem Schund begnügen; er muß lernen, höhere Ansprüche auch auf dem Gebiete der Wohnungseinrichtung zu stellen. Ist dies heute der dritten Klasse nicht ohne weiteres möglich, so muß es ihr ein unbedingtes Ziel werden. Deswegen sprechen wir bei diesen Betrachtungen mit Recht von „Arbeitermöbeln“, solchen, in denen die Bedürfnisse einer vorwärts schreitenden Schicht zum Ausdruck kommen sollen. Dabei ist Form und Farbe allein nicht einmal jeweils das Wesentliche.

Wenn durch solche Veranstaltungen der einzelne Arbeiter angeregt wird, seine wirklichen Bedürfnisse und Ansprüche zu erforschen, wird sich die Produktion nicht ablehnend verhalten können. In dem lebhaftesten Interesse, das diese Bestrebungen in der Öffentlichkeit finden, spiegelt sich der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse wieder.

Franz Rißner.

Auf das, was neulich Gustav Meinde über die Unmöglichkeit eines Klassenbewußten Möbels sagte, wollte ich eine theoretische Antwort geben. Da kam mir der vorstehende Artikel meines Freundes Rißner zu Gesicht. Er scheint mir das, was es sich zunächst bei dem ganzen Problem handelt, durchaus richtig zu erfassen: das Praktische. Wohl bin ich der festen, aus der Geschichte abstrahierten Ueberzeugung, daß die Auffassung jeder optisch wahrnehmbaren Form als einer Materialisation von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfteparallelogrammen der gründlichen Durchdenkung lauthalten muß. Andererseits meine ich allerdings, daß es besser tut, die Dogmen, die Naturgesetze der geistigen Entwicklung, sich vor aller Augen aus den Erfahrungen des Alltags absondern zu lassen, als sie zum Ausgangspunkt der Praxis zu machen. Warten wir ruhig ab, ob es nicht doch dahin kommt, daß das Proletariat in dem Sichtbaren der Kultur eine genau so wichtige Waffe begreifen wird, wie einst die Könige sie in der Pracht und nicht etwa in der Pauerndide der Schlösser begriffen sehen wollten. Der Petersdom war keine Geschmadsfrage, vielmehr eine Demonstration der Macht. Daß auch das Arbeitermöbel (als ein Teil der sichtbaren Kultur) ein Machtfaktor werde, danach laßt uns arbeiten. Diese Absicht ist die Seele der Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen im Gewerkschaftshaus; ich bin nur ein Funktionär.

Robert Dreuer.

# Aus Industrie und Handel.

## Die Sorgen des Herrn Calwer.

Die „Arbeitsmarktcorrespondenz“ schreibt:

Die stark und allgemein die herrschende Nervosität des Publikums infolge der unklaren politischen Verhältnisse ist, das haben die stürmischen Abhebungen bei zahlreichen Sparkassen während der letzten Zeit gezeigt. Man fragt unwillkürlich, was würde dann werden, wenn die Situation sich wirklich zuspitzte und die Aufregung des Publikums begründet wäre? Dann würde wohl überall ein Ansturm auf die Sparkassen einsehen, und diese wären einfach nicht in der Lage, dem Verlangen des Publikums nach Rückzahlung der fälligen Einlagen nachzukommen. Gewiß würden die Sparkassen verlangen, daß die Kündigungstermine eingehalten würden, aber was würde das gegenüber den Summen besagen, die von den Sparkassen schon in kurzer Zeit flüchtig gemacht werden müßten! Bei den Sparkassen gerade sind aber die Gelder so gut und sicher angelegt, daß selbst in Zeiten politischer Verwirlungen starke Vermögensverluste kaum eintreten können. Wenn aber die Sparerkasse in Massen und in Massen ihre Einlagen zurückerhalten wollen, so können wohl einzelne Anstalten durch die kräftige Unterstützung von Banken über einen solchen Ansturm hinwegkommen, aber die Gesamtheit der Sparkassen wäre nicht in der Lage, so viel Vermittlung flüchtig zu bekommen, als für die jeweils fälligen Beträge notwendig wären. Man muß angesichts der Vorgänge in Stettin, Königsberg usw. allen Ernstes die Sparer auf die Unmöglichkeit ihres Verhaltens hinweisen, um so viel wie möglich dazu beizutragen, daß in einem kritischen Falle wenigstens ein Teil des Publikums ruhig Blut behält. Man sollte zwar meinen, daß in einer Stadt wie Stettin die öffentliche Meinung aufgeklärt genug wäre, um sich nicht so leicht zu benehmen, wie es geschehen ist. Ein Gerücht, das nicht nachgeprüft wird, und das sich als gänzlich haltlos herausstellt, genügt, um das Publikum in Angst und Schrecken und in Sorge um seine Spargroschen zu setzen. Ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen einer massenhaften Abhebung der Gelder sucht jeder zu reiten, was er vermag, ohne zu bedenken, daß er über kurz oder lang doch wieder gezwungen ist, sein Geld irgendwoanders anzulegen, falls er es nicht sofort ausgeben will. Oder wollen die Leute wieder zu den Gemütsheilen früherer Zeiten zurückkehren, wo man seine Gelder an irgendeinem sicheren Orte verstaubte, bis die kritischen Zeiten vorüber waren! Das wäre in einer Zeit hoher Kreditentwicklung einfach nicht mehr möglich, da eben die Gesamtheit der Schuldner gar nicht mehr in der Lage ist, die Gesamtheit der Gläubiger mit Bargeld zu befriedigen. Sobald ein erheblicher Teil des Bargeldes vertriehen würde, kämen wir in eine Situation, die einen bangigen Genosse, wenn man sie sich näher ausmalte.

Das gleiche, was für die Sparkassen gilt, muß auch von den Banken gesagt werden. Alle die schönen Berechnungen über die größere oder geringere Liquidität dieser Institute sind für den Fall, daß es ernst werden sollte, ziemlich wertlos. Eine einzelne Bank kann mit Hilfe beschränkter Institute einen Ansturm des Publikums bestehen und überwinden, die Situation wird aber sofort kritisch, sobald der Ansturm auf der ganzen Linie gegen die Gesamtheit der schuldnerischen Banken erfolgt. Sofort müssen dann die Banken erklären, daß die Vermittlung zur Mobilisierung der Anlagen unter keinen Umständen aufzubringen sind. Es wäre gar nicht unangebracht, wenn die Sach- und Fachverständigen sich mit der Frage einmal näher beschäftigten, was zu geschehen habe, wenn ein solcher Ansturm erfolgte. Eine rasche Verabreichung des Publikums herbeizuführen, ist in solchen Zeiten so gut wie ausgeschlossen; mit Vermitteln kann man aber das Meer der Gläubiger unmöglich befriedigen, selbst dann nicht, wenn man alles Restlos aus dem wirtschaftlichen Verkehr herausgibt. Was wäre also in einer solchen Zeit zu beginnen, um

das Publikum zu befriedigen, ohne daß eine Katastrophe bei den bestärkten Instituten eintrete? Man muß sicherlich die Bescheidenheit anerkennen, mit der dieser „volkswirtschaftliche Schriftsteller“ sich als nicht fach- und fachverständig bekennt und sich nun an die Fachleute wendet, um Aufklärung zu erhalten. Nur finden wir es etwas ungenügend, daß der Herr Verfasser von den Fachleuten verlangt, sie sollen nun zu seinem persönlichen Dienst herbeieilen und seiner Unkenntnis abhelfen. Noch merkwürdiger fast ist, daß große Zeitungen diese Anfrage aufnehmen. Es gibt doch eine große, zum Teil recht wertvolle Literatur über die Frage der finanziellen Kriegsberedtheit, worin sowohl historisch als theoretisch das Problem erörtert wird. Der Herr Herausgeber der „N. C.“ hätte also bloß ein wenig studieren brauchen, um seine an sich recht anerkennenswerte Willigkeit zu befriedigen. Er würde dann vielleicht zu der Ansicht gelangen, daß wenn im Kriegsfall — und das selbe könnte zur Zeit einer klugen Geld- und Bankkrise aus anderen Ursachen eintreten — ein allgemeiner Ansturm auf Sparkassen und Banken eintrete, kein anderes Mittel übrig bliebe, als die Suspendierung der Verzinsungen, also in Deutschland die Ausfaltung der Banknoten mit Zwangskurs. Die weitere Gestaltung hinge von den finanziellen Wirkungen des Krieges, vor allem auch von der Möglichkeit ab, die ungeheuren Mittel zur Kriegsführung — man schätzt die Kosten eines Monats für die deutsche Kriegsführung auf etwa 1 Milliarde Mark — eventuell durch Anleihen im Ausland aufzubringen. Gelingt die Aufbringung in dem erforderlichen Umfang nicht, so könnte unter bestimmten, hier nicht weiter zu erörternden Umständen eine Wertverminderung der Banknoten gegenüber dem Golde eintreten, wie das in früheren Kriegen zumeist in größerem oder geringerem Maße vorgekommen ist.

## Verfammlungen.

### Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Montag eine Versammlung ihrer Mitglieder ab. Sie beschäftigte sich zunächst mit einem Antrage der Textilarbeiter, welcher sich auf die

### Organisierung der berufstätigen Frauen und Mädchen

bezieht. Die Antragsteller berufen sich auf Beschlüsse der Gewerkschaftslogenreihe von 1906 und 1908, welche besagen:

„Die in den Gewerkschaften organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder in der Heimarbeit beschäftigt sind und dadurch, daß sie nicht organisiert sind, den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie, Textilindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen.“

Die Grühl als Vertreter der Antragsteller ausführte, hat dieser Beschluß des Gewerkschaftslogengresses die beabsichtigte Wirkung noch nicht gehabt. Eine große Zahl gewerblicher Arbeiterinnen, deren männliche Angehörige gewerkschaftlich organisiert seien, gehörten ihrer Gewerkschaft noch nicht an. Es sei deshalb notwendig, daß sich die Gewerkschaftskommission der Sache annehme und Maßnahmen treffe, um die Arbeiterinnen den zuständigen Gewerkschaften zuzuführen. Der Redner schlug vor, daß die Gewerkschaftskommission die einzelnen Gewerkschaften veranlassen möge, durch ihre Mitglieder Aufnahmezettel für Arbeiterinnen zu verbreiten. Dadurch solle zunächst festgestellt werden, wo organisationsfähige weibliche Familienglieder vorhanden und in welchem Verufe sie tätig seien. Die mit diesen Angaben versehenen Zettel seien ein-

zusammeln und den für die angegebenen Arbeiterinnen zuständigen Organisationen zuzuwenden, die dann im Wege der Hausagitation die betreffenden Arbeiterinnen für die Gewerkschaft zu gewinnen hätten. Auf diese Weise könnte den Gewerkschaften eine große Zahl weiblicher Mitglieder zugeführt werden.

Der Ausschuh hat sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ein Flugblatt im Sinne der Antragsteller verfaßt, dem ein Aufnahmezettel angefügt ist. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß das Flugblatt durch die Gewerkschaften an ihre Mitglieder verbreitet wird.

### Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter.

Schulze trug die Forderungen der Zigarrenarbeiter vor. Er erinnerte daran, daß in der Branche Löhne von 15 bis 18 M. wöchentlich an der Tagesordnung seien, und daß die Verhältnisse der Berliner Tabakarbeiter seit 15 Jahren nicht aufgebessert worden seien. Die Zigarrenarbeiter hätten jetzt vor der Alternative: Entweder im Glend unterzugehen, oder einen entscheidenden Schlag zur Durchführung fester Tarifröhne zu wagen. Die Zigarrenarbeiter haben das letztere gewählt, sie sind in eine Tarifbewegung eingetreten, die schon einige Erfolge gezeitigt hat. Aber der Kampf geht weiter und muß sich auch gegen die größeren Fabriken wenden. Die Zigarrenarbeiter wenden sich an die Gewerkschaften mit dem Ersuchen, durch solidarisches Verhalten den Kampf der Zigarrenarbeiter zu unterstützen.

Dr. Rosen teilte mit, daß sowohl der Ausschuh der Gewerkschaftskommission als auch der Zentralvorstand der Berliner Parteioorganisation dem Wunsche der Zigarrenarbeiter entsprechend, dem Kampf derselben zugestimmt haben. Hiernach würden die Genossen wissen, welcher Art die von ihnen geforderte Solidarität sein solle und wie sie dieselbe zu betätigen haben.

Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die beantragte Unterstützung des Lohnkampfes der Zigarrenarbeiter.

### Längere Erörterungen rief ein Konflikt

herbor, welcher zwischen dem Buchbinderverband und dem Sattlerverband ausgebrochen ist. Es handelt sich um die Frage, ob neben dem Buchbinderverband, der mit den Unternehmern der Album-, Mappen- und Ledergeräteebranche einen Vertrag abgeschlossen hat, auch der Sattlerverband für die Durchführung des Vertrages zuständig sein soll in den Betrieben, wo er Mitglieder dieser Branchen hat. Der Ausschuh hat sich auch mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Er hat aber in der Sache selbst keine Entscheidung herbeiführen können, weil der Vertreter des Buchbinderverbandes erklärte, er könne sich einem Schiedsspruch des Ausschusses nicht fügen, weil nicht die Berliner Gewerkschaftskommission, sondern die Generalkommission für diesen Streitfall zuständig sei. Dagegen hat der Ausschuh auf Antrag des Vertreters des Sattlerverbandes sich mit dem Inhalt eines Flugblattes beschäftigt, welches der Buchbinderverband anlässlich seiner Differenz mit dem Sattlerverband unter seinen Mitgliedern verbreitet hat. Der Ausschuh hat entschieden, daß die Vorwürfe, welche das Flugblatt dem Vertreter des Sattlerverbandes macht, unrichtig und ungerecht seien. Gegen dieses Urteil hat der Buchbinderverband die Entscheidung der Versammlung der Gewerkschaftskommission anrufen. Die Versammlung bestätigte die Entscheidung des Ausschusses und erkannte dieselbe als zu Recht bestehend an.

Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß folgende Organisationen in der Versammlung nicht vertreten waren: Bureauangestellte, Gärtner, Hausangestellte, Hotelbediener, Lagerhalter, Musiker, Tapezierer, Bühnenpersonal, Holzschnitzer, Postkammer, sowie die Unterkommissionen Erker, Ober-Schöneweide, Rigborf, Zegel, Adlershof.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Görlitzer Viertel.  
(Stadtbezirk 90, Wahlbezirk 174.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Richter **Emil Pottel** gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
Am 10. September verstarb unser Genosse, der Malermeister **Fritz Huhle**  
Weihenburger Str. 49.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer **Richard Diebner** am 10. d. Mts. im Alter von 42 Jahren verstorben ist. 70/18  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. Mts., nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichshagen, statt.  
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stallmann **Hermann Schmidt** am 10. d. Mts. im Alter von 59 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes, Pantow, Wollanstraße, statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Verband der irelen Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
(Zahlstelle Strauß-Kummelsburg.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Strauß** (Gärtnerstr. 11) verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. September, von der Leichenhalle des Kummelsburger Friedhofes statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
5155 Der Vorstand.

**Dauftagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sage ich allen Teilnehmern, besonders der Familie Schuch, sowie den Mitgliedern des Hauses Osterstraße 3 meinen herzlichsten Dank.  
**Wilhelm Matke**  
nebst Kindern.  
**Dauftagung.**  
Dem Sozialdemokratischen Wahlverein Tempel - Baumhuldenweg sage ich für die meinem lieben Mann erwiesene Teilnahme meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe Ida Klafunde.**

**Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.**  
Am Dienstag, den 26. September 1911, findet im Lokale des Herrn Warneke hier selbst, Wilhelmshagenstraße 18, eine **Erstwahl** der Vertreter der Arbeitgeber und Rosenmüllergesellen statt.  
Die Vertreter der Arbeitgeber werden von diesen in ungeteilter Wahlversammlung in der Zeit von 1/4 bis 1/2 Uhr nachmittags gewählt. Zu wählen sind 3 Vertreter.  
Die Vertreter der Rosenmüllergesellen werden ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung in der Zeit von 5 bis 1/2 Uhr gewählt. Zu wählen sind 11 Vertreter.  
Wahlberechtigt und wählbar ist jedes großjährige, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindliche Mitglied. Als Legitimation gilt der Mitgliedsausweis.  
Am Dienstag, den 3. Oktober 1911, nachmittags 6 Uhr, findet im Lokale des Herrn Warneke hier selbst, Wilhelmshagenstraße 18, eine **außerordentliche General-Versammlung** der Vertreter der Arbeitgeber und Rosenmüllergesellen statt.  
Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über das Ausschreiben des bisherigen Ortsbezirks Rosenhagen-Horst aus der Orts-Krankenkasse. 2. Regelmäßige Beschlußfassung über Abänderung des Statuts, § 41. 3. Bericht von der Konferenz in Brandenburg und von der Hauptversammlung in Dresden. 4. Verschiedenes.  
Als Legitimation gilt die Einlagekarte. Nach der Generalversammlung findet die Erstwahl für die ausgeschiedenen Vorstandsmittelglieder statt.  
Ober-Schöneweide, den 11. September 1911.  
Der Vorstand. 278/10  
Sommerfeld, 1. Vorsitzender.  
Wille, Schriftführer.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Emil Pottel** am 10. September im Alter von 62 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 13. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Friedrich Huhle** Weihenburger Straße 49, Bezirk 3, verstorben ist. 75/20  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former **Wilhelm Gehrke** am 10. September an Herdenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Leuhter Anstalts-Kirchhofes in Leipzig statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
122/30 Die Ortsverwaltung.

**Dauftagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Sozialdemokratischen Wahlverein der 5. Abteilung, meinen herzlichsten Dank.  
**Karl Hammel,**  
Elnetaplatz 7.

**Stoffe**  
Reite, ausreichend für Anzüge, Mäntel, Paletots, Kostüme Mtr. 3.-, 4.-, 5.-M.  
Zuchlager Koch & Seeland, G.m.b.H.  
Gertraudenstr. 20-21, vis-a-vis d. Petrikirche.

**Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 10. September starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege **Ernst Langhans** im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 13. September, nachmittags 5 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof Rigborf am Mariendorfer Weg statt.  
237/2 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former **Wilhelm Gehrke** am 10. September an Herdenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Leichenhalle des Leuhter Anstalts-Kirchhofes in Leipzig statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
122/30 Die Ortsverwaltung.

**Sommer-Konfektion zu jedem annehmbaren Preise!**

? Wo finden Sie geschmackvolle Plüschmäntel ?  
? Wo finden Sie elegante Kostüme ?  
? Wo finden Sie dauerhafte Ulster ?  
? Wo finden Sie kolossale Auswahl ?  
? Wo finden Sie billige Preise ?

**Einsegnungs- und Prütungs-Kleider!**

**!! WESTMANN !!**  
Möbelenstr. 37a (nahe Jerusalemstr.)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (u. Andreasstr.)  
**MODELLE**  
a. T.  
50% unter Original-Preisen  
anfangend von  
12, 15, 18, 26, 32, 39, 55, 66, 82, 98 M. usw.  
regul. 20, 25, 32, 40, 50, 60, 70, 80, 100, 110, 120, 150 M. usw.



**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre u. äußerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen meinen herzlichsten Dank.  
5285  
**Max Ladwig** nebst Kindern.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten, insbesondere dem Herrn Balduw Manasse, meinen innigsten Dank.  
**Frieda Strobel.**





Heute Mittwoch Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Der Zahlabend für unsere taubstummen Genossen wird am heutigen Mittwoch bei Haberland, Linienstr. 73, abgehalten. Der Aktionsausschuß.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute (Mittwoch) abend, 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Dronienstr. 103: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen, Kino-Operateure. Der Vorstand.

Rixdorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins hiermit zur Kenntnis, daß auf dem heutigen Zahlabend nähere Erläuterungen über das Auslegen der Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen gegeben werden und auf die Anrechnung des Kinderprivilegs Bezug genommen wird. Wir weisen deshalb auf diesen Zahlabend besonders hin. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Zahlabend findet statt: Osten: 1., 2., 3. Bez. im Kaiserhof, Kronoldplatz 2; 4. Bez. bei Erpel, Berliner Str. 129; 5., 6. Bez. bei Junide, Feinersdorfer Str. 15. — Westen: 6., 7., 10., 12. Bez. bei Brotnicki, Ringstr. 17; 8. Bez. bei Babrendorf, Bäckstr. 22; 9., 11. Bez. in Böyow-Dierquelle, Portenienstr. 11, am Bahnhof Botanischer Garten.

Gieswalde. Der heutige Zahlabend findet um 8 1/2 Uhr im Restaurant Witte statt.

Sohnsdorf. Der heutige Zahlabend findet abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Rufowitzer (Villa Kahl) statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Kreis-Generalversammlung. 2. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, bei E. Schütze, Gesellschaftshaus: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordneten und Stellungnahme zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. 4. Parteiangelegenheiten.

Erker-Waltdorf. Heute Mittwoch: Mitgliederversammlung. Pankow. Der gemeinschaftliche Zahlabend für die Verteilung des Geldes findet bei Köbler, Kaiser-Friedrich-Str. 12; für Nord bei Koczka, Kreuzstr. 3/4, statt. Tagesordnung: Vortrag, Bericht und Ortsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

In den Inseratenplantagen

der Roffe, Scherl- und Wlstein-Presse sind unter der Rubrik „Heiratsgesuche“ oft Annoncen enthalten, die den heiligen Ehebegriff in recht charakteristischem Lichte erscheinen lassen. Nicht freie Wahl und innige Zuneigung ist es, die in gewissen Gesellschaftsklassen die Eheschließung voraussetzen, sondern die Jagd nach dem Mammon. Das Weib wird bei denen, die sich heute nur allzu oft über die Ehebegriffe der Sozialdemokratie entrüsten, als ein Stück Kapital betrachtet, das die ramponierten Finanzverhältnisse eines solchen heiratslustigen Gentleman in Ordnung bringen soll. Diese Auffassung über die Ehe ist natürlich auch bei dem Beamtentum vorwiegend. Sucht nun ein solcher Heiratslustiger eine wohlhabende Ehehälfte, so wendet er sich vertrauensvoll an die bürgerliche Presse, die in ihren Inseratenplantagen seine Wünsche zum Ausdruck bringt. Am Sonnabend, den 9. September, brachte die im Wlstein-Verlag erscheinende „Berl. Allgem. Zeitung“ unter der Rubrik „Heiratsgesuche“ folgendes Inserat:

Kgl. Bahnbeamter, 32, sucht vermögende Dame zwecks Heirat; die Heirat muß es ermöglichen, für die erste kranke Frau jährlich eine Pension von 600-700 Mark lebenslanglich auszuliefern. Offerten unter „A. 483“, an die Berl. Allgem. Ztg., Kochstr. 23-25. Öffentlich findet der Kgl. Bahnbeamte die vermögende Dame, die das gewünschte „Moos“ für seine erste kranke Frau jährlich auf Lebenszeit flüssig macht.

Eine Neuerung bei den Pflanzenlieferungen für die Schulen. Zur Anschauung im naturkundlichen Unterricht erhalten die Berliner Schulen aus dem Huboldthain wöchentlich am Montag und am Donnerstag die verschiedensten Pflanzen, unter denen sich zuweilen auch giftige befinden, wie Stechapfel, Tollkirsche, Herbstzeiwele und andere mehr. So wurde in dieser Woche der schwarze Nachtschatten geliefert. Die Pflanzen sind diesmal mit einem großen roten Zettel versehen, der den Ausdruck „giftig“ trägt. Es ist gut, daß unsere Kinder von den Giftpflanzen nicht nur hören, sondern die Pflanzen auch wirklich sehen, namentlich diejenigen, die in Berlin und Umgebung vorkommen. Es ist aber auch wünschenswert, daß die gelieferten Giftpflanzen an Stellen aufbewahrt werden, wo sie den Kindern nicht zugänglich sind und daß die Kinder während des Unterrichts streng überwacht werden, damit sie nicht Pflanzenteile entwenden und dadurch Schaden erleiden oder anrichten. Verbotene Früchte schmecken bekanntlich gut bezw. reizen besonders.

Zur „Belohnung für treue Dienste“

besteht in Berlin noch immer der sogenannte „Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds“, der vom Magistrat im Jahre 1827 gegründet wurde. Die alte Bestimmung, daß jedes Dienstmädchen bei jedem Stellenantritt einen 50-Pfennig-Beitrag zu dem Fonds leisten muß, ist im „Vorwärts“ oft in ihrer ganz Ungerechtigkeit beleuchtet worden. In tristem Gegensatz zu diesem Beitragszwang steht die andere Bestimmung, daß kein Dienstmädchen jemals einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung aus dem Fonds hat. Was der Fonds etwa gewährt, das spendet er aus Gnade und Barmherzigkeit als Belohnung für Wohlverhalten.

Die Leistungen dieser wunderlichen Wohlfahrts-Einrichtung sind im Laufe der letzten Jahre immer mehr dürftiger geworden. Auch im Verwaltungsjahre 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911) hat, wie wir dem jetzt erschienenen Jahresbericht entnehmen, die Zahl der mit barem Geld oder mit Hospitalpflege Unterstützten sich wieder noch verringert. Zu Beginn des Verwaltungsjahres waren 147 mit Geld Unterstützte vorhanden, im Laufe des Jahres schieden 13 davon aus, andererseits trat nur eine Unterstützte neu ein; das Jahr schloß demnach am 31. März 1911 mit nur noch 135 Unterstützten ab. Fünf Jahre vorher, am 31. März 1906, waren es noch 186 gewesen. Der Gesamtbetrag der Unterstützungen belief sich im letzten Jahr auf 12 120 M., 5 Jahre vorher noch auf 17 963 M. Auch im Gesindehospital, das aus Mitteln des Fonds unterhalten wird und im letzten Jahr 26 469 M. Ausgaben erforderte, ist die Zahl der Insassen immer geringer geworden. Das Verwaltungsjahr 1910 begann mit 81 Hospitalinsassen, davon schieden im Jahre 10 aus, es traten aber nur 6 neu ein, demnach schloß das Jahr ab mit nur noch 77 Hospitalinsassen. Fünf Jahre vorher waren es noch 97 gewesen.

Die Minderung der Leistungen ist nötig geworden, weil die Mittel sich immer weiter verringert haben. Sie flossen bisher hauptsächlich aus zwei Einnahmequellen, aus dem Zinsertrag des dem Fonds gehörenden Vermögens und aus den 50-Pf.-Beiträgen der Dienstmädchen. Der Zinsertrag ist seit längerer Zeit ziemlich unverändert geblieben: im letzten Jahr stellte er sich auf 20 958 M. Dagegen haben die Beiträge der Dienstmädchen immer weniger eingebracht. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß in Berlin die Dienstmädchen sich vermehrt haben. Dazu kommt aber, daß die Abneigung, die 50-Pfennig-Beiträge zu zahlen, zugenommen hat. Die Zahl der Dienstmädchen, die mit ihren Beiträgen noch rehiert, hatte eine Reihe von Jahren hindurch sich auf rund 6000 gehalten. Sie stieg dann aber im vorletzten Jahr plötzlich auf 9586 und im letzten gar auf 11 796. Gezahlt wurden von den Dienstmädchen im letzten Jahr nur noch 18 420 M., während 5 Jahre vorher aus ihren Beiträgen noch 23 180 M. eingekommen waren. In fünfzehn Jahren ist dieser Einnahmeposten heruntergegangen auf knapp die Hälfte des früheren Ertrages, der sich im Verwaltungsjahre 1895 noch auf 37 980 M. belief.

Der „Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds“ nimmt vielen Tausenden von Dienstmädchen ihre Beiträge ab und nur ein paar Ausreißer sind gewährt er unter den verlausuliertesten Bedingungen seine Hilfe. Die Aussicht, aus dem Fonds einmal mit einer „Belohnung für treue Dienste“ begnadet zu werden, ist überaus gering — und einen Rechtsanspruch hat, wie schon gesagt, niemand! Da begreift man es, daß alljährlich so viele Dienstmädchen sich der ihnen aufgezungenen Beitragspflicht zu entziehen suchen. Hoffentlich wird dieser sogenannten Wohlfahrts-Einrichtung, die für Berlin beschämenden Seitenstück zur preussischen Gesindeordnung, nun bald für immer ein Ende bereitet.

Die Beratungen über die Fußbarkeitssteuer, die bekanntlich im Februar d. J. von der Berliner Stadtverordnetenversammlung an den Ausschuß zurückverwiesen wurde, sollen jetzt nach langer Pause in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden. Am kommenden Dienstag tritt, wie berichtet wird, der Ausschuß für die Fußbarkeitssteuer vor. Nachdem bekanntlich der Magistrat sich geweigert hat, beim Königl. Hausministerium eine Entscheidung über die Frage herbeizuführen, ob die Königl. Theater sich der Fußbarkeitssteuer unterwerfen, dürfte sicher die Ablehnung dieser kulturfeindlichen Steuer erfolgen.

Schulmaßregeln gegen die Brandstiftungen. Die zahlreichen vorsätzlichen Brandstiftungen im Landespolicizeirkreis Berlin haben die Leitung der Kriminalpolizei veranlaßt, einen besonderen Sicherheitsdienst zu organisieren. Sie ist zuständig für den Landespolicizeirkreis Berlin; doch haben Schöneberg, Rixdorf und Charlottenburg einen eigenen Sicherheitsdienst eingerichtet, der in vor-kommenden Fällen mit dem Berliner in Verbindung tritt. Ferner bedarf es, wie wiederholt betont wurde, der kräftigen Mitwirkung des Publikums, um die Kriminalpolizei in ihren Bemühungen zu unterstützen. Auf die Ergreifung beziehungsweise Nachweisung eines Brandstifters ist eine Belohnung von 500 M. vom Polizeipräsidium ausgesetzt.

Die Dahlemer Gattenmordaffäre.

Eine Aenderung in den bisherigen Angaben des früheren Berliner Magistratsassistenten Sternbed, der unter dem Verdacht, seine Frau ermordet und dann die Leiche in der Nähe von Küstrin in die Oder geworfen zu haben, in Untersuchungshaft sitzt, hat zur Abhaltung eines dritten Lokaltermins geführt, der gestern vormittag in dem Hause Altensteinstr. 2 in Dahlem stattfand. Sternbed hatte bisher mit aller Hartnäckigkeit behauptet, daß er seine Frau nicht absichtlich tötet habe, daß sie vielmehr durch einen Zufall gefallen sei und sich dabei tödlich verletzt habe. Sternbed hatte allerdings zugegeben, daß er, nachdem ihm kein Zweifel darüber gekommen sei, daß seine Frau tot sei, verjagt habe, einen Selbstmordversuch vorzutauschen. Zu diesem Zweck habe er ihr einen Strick um den Hals gelegt und zweimal versucht, sie an der Tür aufzuhängen. Diese Angaben hat Sternbed, wie wir erfahren, nun selber als unrichtig bezeichnet und zugestanden, seine Frau getötet zu haben. Er will allerdings in Notwehr gehandelt haben. Wie er es jetzt darstellt, soll sich der Vorgang in folgender Weise abgespielt haben: Während er an dem in Frage kommenden Sonntag damit beschäftigt war, sich zu rasieren, habe sich seine Frau, nachdem bereits vorher ein Streit zwischen ihnen vor-gekommen war, auf ihn gestürzt und mit einer Reißfeile auf ihn eingeschlagen. Die Feile seien so wichtig gewesen, daß der Stiel der Reißfeile abgebrochen und er vom Stuhl gefallen sei. Aus der liegenden Stellung habe er mit dem abgebrochenen Stiel auf seine Frau eingeschlagen. Er habe sie auch im Gesicht getroffen. Darauf habe sich zwischen beiden ein heftiger Kampf entsponnen, in dem er seine Frau erwürgt habe. Die Verurteilung, seine Frau an der Tür aufzuhängen, habe er nur unternommen, um einen Selbstmord wahrscheinlich zu machen.

Um diese zum Teil recht unglaubwürdigen Angaben Sternbeds nachzuprüfen, wurde der gestrige Lokaltermin abgehalten. Um eine genaue Rekonstruktion des Vorganges vornehmen zu können, waren abermals die Möbel, die in dem Zimmer, in dem die Tat ausgeführt wurde, gestanden haben, aus der jetzigen Wohnung Sternbeds in der Herfurthstraße nach der alten Wohnung geschafft worden. Zunächst mußte Sternbed nochmals die Vorgänge, wie sie sich nach seinen Angaben abgespielt haben, schildern. Auf den Vorkalt des Untersuchungsrichters, daß er auf seinen Bureaukalender am 26. September, am Tage nach dem Mord das Wort „Dura“ geschrieben habe, wußte Sternbed keine Antwort zu geben. Gleichfalls blieb er die Antwort darauf schuldig, weshalb er einige Tage nach dem Verschwinden seiner Frau auf Fragen nach dem Verbleib seiner Frau geantwortet hatte: „Nach einem Weibe, das keine kleinen Kinder im Stich läßt, soll ich forschen?“ Nach seiner Vernehmung mußte Sternbed zusammen mit der Polizeigentante Löff die Vorgänge so, wie er sie angegeben hat, ausführen. Der Untersuchungsrichter ließ dann nochmals durch den Kriminalschutmann Derrms und die Polizeigentante den Kampf wiederholen. Zum Schluß mußte Sternbed nochmals dieselbe Prozedur vornehmen, damit die einzelnen Phasen des Kampfes photographiert werden könnten. Sternbed wurde während des Lokaltermins unwohl. Gerichtsarzt Dr. Marx wird darüber, ob die Angaben Sternbeds über die Tötung mit dem objektiven Befund, den die Leichenöffnung ergab, und mit den Verletzungen, die die Leiche zeigte, übereinstimmen, ein schriftliches Gutachten erstatten. Gegen 1 Uhr war der Lokaltermin beendet. Sternbed wurde wieder im Automobil in das Untersuchungsgefängnis zurücktransportiert.

Einen entsetzlichen Tod fand am gestrigen Dienstagvormittag die 2 1/2-jährige Martha des in der Wellermannstr. 92 wohnenden Arbeiters Krause. Frau K. mußte gegen 10 Uhr zwecks Erledigung einer dringenden Besorgung die Wohnung verlassen und ließ ihr Döchterchen Mortha schlafend allein zurück. Während der Abwesenheit der Mutter erwachte die Kleine, kletterte aus dem Bette heraus und begab sich in die Küche. Das Mädchen machte sich hier in dem Kachelofen des Herdes zu schaffen, in dem sich noch Glut befand und schüttete einige glimmende Kohlenstücke in den Kohlenkasten, in

dem Holz und Papier lag. Letzteres geriet sofort in Brand und dabei fing auch das Kleid des Kindes Feuer, das in wenigen Augenblicken lichterloh brannte. Auf das Geschrei des unglücklichen Mädchens eilten Nachbarn hinzu, die die Korridorier erbrachen und durch Aufwerfen von Kleidungsstücken und Decken die Flammen löschten. Das Kind hatte aber bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß es wenige Augenblicke später verstarb. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaus übergeführt.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen des Baues der Untergrundbahn die Kreuzungsanlagen am Kurfürstendamm und der Joachimsthaler Straße, sowie am Kurfürstendamm und der Augsburger Straße ausweichen. In der Nacht vom 18. auf den 19. werden deshalb von 1 Uhr ab folgende Linien abgelenkt: 54 über Tauentzien- und Kantstraße, A über Kurfürstendamm, Grolmann-, Kant- und Tauentzienstraße, F über Kante- und Hardenbergstraße, G über Ludwigkirch-, Schaper-, Kante- und Hardenbergstraße.

Eine fast einstündige Verkehrshörung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich gestern vormittag im Nordwesten der Stadt. Vor dem Hause Alt-Moabit 12 stieß eine Zementlöschmaschine der Firma R. Schüler, Heidestraße 14, gegen den Leitungsdraht der Straßenbahn; dieser brannte infolgedessen durch und beide Drahtenden fielen zur Erde, ohne jedoch irgend jemand zu verletzen. Dieselbe Maschine fuhr dann vor dem Hause Nr. 16 der genannten Straße abermals gegen das Leitungsgewehr und riß den Spanndraht und das Einhaltlabel herunter. Infolge dieser Beschädigungen war der Verkehr in der Richtung nach der Gropiusstraße während der Zeit von 10.39 bis 11.30 Uhr vormittags gestört. Die Wagen der an der Unfallstelle verkehrenden Linien 10, 14, Q und W wurden während der Dauer der Störung durch die Rathenower und Turnstraße umgeleitet.

Wegen Nordversuches verhaftet. In der Linienstraße 82 wurde gestern früh der 34 Jahre alte Klempner Richard Mohr wegen Nordversuchs verhaftet. Mohr hatte sich gegen 4 Uhr mit in die Wohnung der 35-jährigen Prostituierten Lucie Kurz begeben und war dort mit dem Mädchen in Streit geraten. Im Verlauf dieses Zwistes zog er ein Messer und stach blindlings auf seine Gegnerin ein. Auf die Hilferufe eilten andere Hausbewohner und ein Schuttmann hinzu, der den Messerstecher festnahm. Das durch sechs Messerstiche verletzte Mädchen wurde nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht. Mohr wurde später dem Polizeipräsidium eingeliefert.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Kollwagen, bei dem zwei Personen leicht verletzt wurden, ereignete sich am Dienstagvormittag gegen 1/5 Uhr an der Ecke der Kastanienallee und Heidebeller Straße. Dort fuhr ein Kollwagen der Firma Joch u. Gronberg, Demewitzstraße 37, seitlich gegen den aus entgegengelegter Richtung kommenden Straßenbahnwagen 2079 der Linie 30, so daß die Deichsel in die hintere Seitenreihe des Waggons drang. Durch unterfliegende Glassplitter erlitten zwei Passagiere des Straßenbahnwagens leichte Verletzungen, Frau Minna Hänischke aus der Swinemünder Straße 15 eine kleine Wunde über dem rechten Auge, ein Fräulein Vieke, Elisabethstraße 37 wohnhaft, eine unbedeutende Verletzung an der Unterlippe. Die beiden Verunglückten brachten ärztliche Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen und legten ihren Weg fort.

Die Feuerwehr im Samariterdienst. In der gestrigen Nacht wurde die Feuerwehr nach der Solmsstr. 12 gerufen, wo eine Frau schwer erkrankt war. Die Bemühungen der Samariter, die Frau mit Sauerstoff zu retten, waren leider ohne Erfolg. Gestern früh um 9 Uhr wurde die Wehr aus gleichem Anlaß nach der Reutenburger Straße 28 alarmiert. Eine Frau war dort infolge von Leuchtgasvergiftung schwer erkrankt. Drei Stunden lang waren die Samariter um die alte Frau bemüht, um sie mit Sauerstoff wieder ins Leben zurückzurufen. Die Frau hatte aber bereits soviel Gas eingeatmet, daß sie kaum mit dem Leben davon kommen dürfte. Als die Gefahr bemerkt wurde, standen fünf Gasbehälter auf. Nur durch schnelles Lüften und Schließen der Gasleitung wurde eine Explosion vermieden.

Auf der Treptow-Steinwarte spricht am Mittwoch, den 13. September, abends 8 Uhr, Dozent W. Paul über „Sichtbare Töne und tönenendes Licht“. In dem mit zahlreichen Experimenten ausgestatteten Vortrage wird die Lichtarmierung der Tonkurven, die Wundereigenschaften der Selenzellen, die klangende und sprechende Vogenlampe und das Problem des photographischen Phonographen und seine bisherigen Lösungen behandelt. Mit dem großen Fernrohr wird vor dem Vortrage der Planet Prokops und nach dem Vortrage der Planet Saturn mit seinen Ringen gezeigt. Am Mittwoch und Sonnabend findet morgens 9 Uhr ein astronomischer Schüler-vortrag statt, der mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet ist.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Militärbegeisterung wenigstens bei der Schuljugend zu wecken, diesem Zweck soll die alljährlich wiederkehrende Verfügung dienen, daß in Berlin und den näheren Vororten an Paradedagen der Schulunterricht ausfallen muß. Manchen Pädagogen genügt es aber nicht, daß nur durch Schließung der Schule den Kindern eine Gelegenheit geboten wird, zur Parade zu laufen. Da in den Volksschulen und besonders in denen der vorwiegend von Arbeitern bewohnten Orte diese Gelegenheit bei weitem nicht von allen Schülern benutzt wird, so sinnen eifrige Lehrer auf Mittel, die Widerpänsigen möglichst zum Besuch der Parade zu nötigen. Die Schule könnte da versuchen, direkt anzuordnen, daß die freigegebene Zeit von den Kindern zur Beschäftigung der Parade benutzt werden muß. Aber ein Recht, in dieser Weise über die Kinder zu verfügen, steht ihr denn doch nicht zu. Ueberflüssig werden solche Zwangsmittel, wenn ein Lehrer den Bildungswert der militärisch-höfischen Schaustellung so hoch ansetzt, daß er sie zum Gegenstand des Unterrichts macht und beispielsweise den Kindern aus gibt, über die Parade einen Aufsatz anzufertigen.

Vor der diesjährigen Herbstparade hat in Rixdorf an der 15. Knaben-Gemeinschaft (Vossingstraße) der Lehrer Bönsch den Schülern einer Klasse IV dieses Aufsatzaufgabe gegeben. Weil er sich aber Sorgen machte, daß wohl die meisten der Jungen bisher durch ihre Eltern den Paraden ferngehalten sein würden, so fragte er vorher, wer denn so etwas schon mit angesehen habe. Es sollen sich eine beträchtliche Anzahl Jungen gemeldet haben, die noch nicht aus eigener Anschauung wußten, was es bei Paraden für die Gaffer zu sehen gibt. Doch Herr Bönsch ließ sich nicht beirren, sondern gab ihnen die Anweisung, sich am Paradedage in der Velle-Alianzstraße aufzustellen. Als dann die Hurrabruher ihren Paraderummel genossen hatten und für die Schüler des Herrn Bönsch der Tag der Aufsatzaufgabe kam, zeigte sich, daß viele Jungen nicht über die Parade ge-

schrieben, sondern irgend einen anderen Stoff bearbeitet hatten. Der Herr Lehrer hatte eben nicht bedacht, daß es manchen Eltern denn doch nicht paßt, ihre Kinder als Paradegeister auf die Straße zu schicken.

Ein Vater war über dieses Verfahren des Lehrers so empört, daß er in dem Heft seines Jungen den zusammengefaßten Aufsatz durchstrich. Der Lehrer wird sich über die Entrüstung dieses Vaters trösten mit dem Gedanken an die Militärbegeisterung, die er in die Köpfe seiner Schüler hineinzutrichtern sich bemüht hat.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall trat sich Dienstag nachmittags gegen 1/2 Uhr, in der Hauptstraße zu. Als dort der 26-jährige Schlosser Hermann Richard aus der Willowstr. 57, an der Ecke der Haupt- und Wielandstraße den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von dem Privatautomobil IA 4041 umgerissen und überfahren.

Ein Jagdunfall ereignete sich am gestrigen Dienstagvormittag in dem Hause Hauptstr. 5. Dort war der 52-jährige Maler Heinrich Müller aus der Cheruskerstr. 32 damit beschäftigt, das Gerüst des auf dem Hofe befindlichen Lastenfuhrstuhls anzustreichen, wobei er sich innerhalb des Schachtes in der Höhe des 8. Stockwerks an dem Seil festhielt.

Mariendorf.

Großfeuer, das gleichfalls durch Brandstiftung entstanden sein dürfte, brach gestern in früher Morgenstunde in dem erst neu erbauten Schause Kaiserstr. 1 - Ringstraße aus. Das Feuer muß gleichzeitig an mehreren Stellen begonnen haben, denn als man die Gefahr gegen 2 1/2 Uhr bemerkte, brannte der ganze Dachstuhl schon lichterloh.

Friedenau.

Zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen findet am Donnerstag, den 14. September, abends von 7 Uhr ab von den Bezirkskollegen eine Flugblattverbreitung statt. Wahlberechtigt sind alle in Friedenau wohnenden oder beschäftigten Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Zernsdorf.

Eine Volksversammlung unter freiem Himmel fand am letzten Sonntag im benachbarten Cablow statt. Fast das ganze Dorf war versammelt. Unter den 180 anwesenden Personen waren etwa 30 Frauen. Genosse Kläb. Nigdorf hielt eine scharfe Rede mit dem schwarzblauen Wod, die bei den Landeuten fürstlichen Weisfall auslöste.

Buckow.

Schweren Brandwunden ist die 21-jährige Luise Schulz erlegen. Sie hatte am vergangenen Sonntag, nachdem sie sich im Dunkeln fast ganz entkleidet hatte, schließlich doch noch ein Streichholz angezündet, um die Schuhabänder zu lösen.

Weißensee.

Mordgerichte waren in Weißensee verbreitet. Es hieß, der Bäcker B. aus der Rembahnstraße sei das Opfer eines Verbrechens geworden. Man hatte B. auf seinem Grundstück erhängt aufgefunden. Anfangs wurde Selbstmord angenommen.

Spandau.

Im Straßenbahnbetrieb werden, wie der „Spand. Anz.“ berichtet, einige Veränderungen eintreten, die eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse herbeiführen. So werden die Wagenbahnhof-Feldbühner Tor alleamt bis Stadtpark fahren; die hierdurch verurteilte etwas längere Fahrtzeit soll dadurch wieder eingepreist werden.

Der Prozeß des internierten Studenten Hagen

gegen den Anstaltsleiter Dr. Weiler beschäftigt am gestrigen Tage wiederum das Landgericht III. Gegen das Urteil des Amtsgerichts Charlottenburg, durch welches die einseitige Verfügung betreffend die Zulassung von Konferenzen zwischen dem internierten Studenten und seinem Rechtsbeistand Dr. Ehrenfried bestätigt worden war, hatte der Anwaltsbeistand Dr. Weiler Berufung eingelegt.

Das Gericht lehnte den Antrag auf Aussetzung der Verhandlung bis zur Erledigung des Strafverfahrens gegen Weiler und Gen. ab, weil Dr. Ehrenfried vor Verbringung der notariell beglaubigten Vollmacht zur Stellung dieses Antrages nicht berechtigt sei und gab dem Anwalt Hagens auf, bis zu einem neuen Termin eine notariell beglaubigte Vollmacht seines Klienten einzureichen.

Aus der Zeit der Gemeindevertreterwahlen in Adlershof

Stammt eine Verleumdungssage des Lehrers und Schiedsmannes Hermann Suppas gegen den Gürtler Emil Klodt, die gestern in zweiter Instanz vor der Ferienkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Der Privatkläger ist Vorstandsmittglied des Grundbesitzervereins Adlershof, der Angeklagte ist Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins derselbst.

Aus aller Welt.

Elf Ulanen beim Manöver ertrunken.

Die Korpsmanöver des zwölften Armeekorps, die gegenwärtig in der Nähe von Pirna (Sachsen) abgehalten werden, haben einen bedauerlichen Unglücksfall zu verzeichnen, dem elf blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Die Opfer der Katastrophe sind: Unteroffizier Dittrich, Gefreiter Joditz, Gefreiter Poffart, Gefreiter Döhrantzig, ferner die Ulanen Zimmermann, Grub, Gut, Börner sowie die Reservisten Wildenhain und Kreißig. Der Name des elften Toten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Ueber das Unglück, das sich gestern früh gegen 10 Uhr ereignete, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Pirna, 12. September. Als die Patrouille die Elbe bei Vogelgesang durchreiten wollte, gerieten einige Pferde an einer tiefen Stelle in einen Strudel.

Die Opfer der Katastrophe sind: Unteroffizier Dittrich, Gefreiter Joditz, Gefreiter Poffart, Gefreiter Döhrantzig, ferner die Ulanen Zimmermann, Grub, Gut, Börner sowie die Reservisten Wildenhain und Kreißig. Der Name des elften Toten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Die Opfer der Katastrophe sind: Unteroffizier Dittrich, Gefreiter Joditz, Gefreiter Poffart, Gefreiter Döhrantzig, ferner die Ulanen Zimmermann, Grub, Gut, Börner sowie die Reservisten Wildenhain und Kreißig. Der Name des elften Toten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

teilt der Direktor des Observatoriums auf dem Aetna mit: In der letzten Nacht bildeten sich neue Eruptionsöffnungen. Die oberen Öffnungen speien Rauch aus, die beiden unteren, die sich am mittleren Krater in einer Höhe von 1800 Metern befinden, stoßen Lava aus.

Die Lava, die den Aetna herabfließt, bewegt sich mit einer Geschwindigkeit von 1/2 Kilometer in der Stunde in fast dreihundert Meter Breite vorwärts und bedroht die Eisenbahn rings um den Aetna sowie die Landstraße.

Von der Cholera.

Rovi Bazar, 12. September. Infolge der hier herrschenden Cholera ist unter der Bevölkerung eine Panik ausgebrochen, und massenhaft fliehen die Bewohner der Städte auf die Dörfer. Täglich sterben bis zu 80 Personen, in manchen Ortschaften sind ganze Familien ausgestorben.

Manila, 12. September. Wegen der hier stark auftretenden Choleraepidemie haben mehrere Tausend Familien die Stadt verlassen. Die Epidemie breitet sich immer weiter aus, da sanitäre Maßnahmen überhaupt nicht bestehen.

Bukarest, 12. September. Die bakteriologische Untersuchung hat in Braila drei Fälle von Cholera festgestellt. Manila, 12. September. Wegen der hier stark auftretenden Choleraepidemie haben mehrere Tausend Familien die Stadt verlassen.

Kleine Notizen.

Bergmannslos. Auf dem Grafen-Johanna-Schacht bei Deuthen wurde der Bergmann Tobur am Nabrestage seiner Hochzeit durch abstürzende Kohlenmassen verhängt. Sein jüngerer Bruder, der zugleich mit ihm in die Grube eingestiegen war, wurde gleichfalls unter den herabstürzenden Kohlenmassen begraben.

Baumunfall. In der Schule zu Alena ereignete sich gestern ein schrecklicher Unglücksfall. Dort stürzte ein 17-jähriger Malerlehrling, der an einem Strich an einem Gerüst in die Höhe kletterte, ab und fiel so unglücklich auf einen eisernen Zaun, daß ihm die Spitzen des Jammes etwa 30 Zentimeter tief in den Leib eindrangen.

Ingénieur Richter ist gestern mittag 1 Uhr 44 Minuten auf dem Weimar-Geraer Bahnhof in Jena angekommen, wo er von einer großen Menschenmenge erwartet und lebhaft begrüßt wurde. Von Löwen zerfleischt. Wie aus Toulouse gemeldet wird, wurden während einer Vorstellung in einer Menagerie auf dem Fuhrmarkt zu Holz zwei Tierhändler von Löwen angefallen und tödlich verletzt.

Opfer der Berge. Der Tourist Paul Otto aus Reichenhall ist im Glogergebiet abgestürzt und wurde mit so schweren Verletzungen aufgefunden, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

Ein Güterzug gerissen. Aus Düsseldorf meldet ein Telegramm: Vor der Station Erkath blieben Dienstag früh die hinteren Wagen eines von Elberfeld kommenden Güterzuges infolge zu starken Bremsens auf abschüssiger Strecke stehen, lösten sich dann von dem vorderen Teile des Zuges, der weiter fuhr, los, setzten sich nach rückwärts in Bewegung und fuhren auf einen am Bahnhof Erkath stehenden Eisenbahnwagen auf.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich 2 Kilometer hinter Jahnfeld. Dort geriet das Automobil des Kaufmanns Paul Müller aus Grunewald in den Sommerweg und das Vorderrad plachte, wobei die Passagiere aus dem Wagen flogen.

Die feindlichen Bürgermeister. In Argamajilla kam es gestern zu einem blutigen Kampf zwischen den Anhängern zweier feindlichen Bürgermeister. Drei Personen wurden getötet, fünf verwundet.

Ein Brandunglück, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der märkischen Ortschaft Leitersdorf. Dort spielte der vierjährige Sohn Walter des Pfarrers Pappeler vor der elterlichen Wohnung mit Streichhölzern, wobei die Kleidung des Knaben Feuer fing.

Die feindlichen Bürgermeister. In Argamajilla kam es gestern zu einem blutigen Kampf zwischen den Anhängern zweier feindlichen Bürgermeister. Drei Personen wurden getötet, fünf verwundet.

Ein Brandunglück, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der märkischen Ortschaft Leitersdorf. Dort spielte der vierjährige Sohn Walter des Pfarrers Pappeler vor der elterlichen Wohnung mit Streichhölzern, wobei die Kleidung des Knaben Feuer fing.

Ein Brandunglück, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der märkischen Ortschaft Leitersdorf. Dort spielte der vierjährige Sohn Walter des Pfarrers Pappeler vor der elterlichen Wohnung mit Streichhölzern, wobei die Kleidung des Knaben Feuer fing.

Marktberichte von Berlin am 11. Septbr. 1911. nach Ermittlung des Reichlichen Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34.00-35.00. Speisebohnen weiße, 35.00-36.00.

Witterungsübersicht vom 12. September 1911.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include stations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. September 1911. Reichlich wolke mit leichtem Regen, ziemlich lebhaften westlichen Winden etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Stationen. Rows include stations like Reges, Jüterburg, Berlin, etc.